

Sabine Walper / Walter Bien / Thomas Rauschenbach (Hrsg.)

Aufwachsen in Deutschland heute

Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015

AID:A



Impressum

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. ist ein zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene mit den Abteilungen „Kinder und Kinderbetreuung“, „Jugend und Jugendhilfe“, „Familie und Familienpolitik“, „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ sowie dem Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“.

Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

© 2015 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München
ISBN: 978-3-86379-171-1

Gestaltung und Satz:
Funk E Design
München
Sandra Ostertag / Julia Kessler

Druck:
Pinsker Druck und Medien GmbH
Mainburg

Sabine Walper / Walter Bien / Thomas Rauschenbach (Hrsg.)

Aufwachsen in Deutschland heute

Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015

Vorwort

4

Der hauseigene Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A, ist für das Deutsche Jugendinstitut zur wichtigsten Datenquelle der letzten Jahre geworden. Diese ebenso umfangreiche wie aufwändige Erhebung liefert detaillierte Einblicke in die Lebensbedingungen und in den Prozess des Aufwachsens von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kontext von Familie, Kita, Schule, Ausbildung und Studium und mit einem Bezug auf ihre Freundschaften, ihre Peers und ihre Freizeitinteressen. Diese komplexe Erhebung dürfte die gegenwärtig umfangreichste zu den Lebensverhältnissen junger Menschen in Deutschland sein.

Dank AID:A wird das dringend notwendige Wissen für Politik und Gesellschaft in vielen thematischen Facetten stabiler, werden die Interpretationen aussagekräftiger, die Einsichten fundierter. Besonders gute Ergebnisse kann eine solche umfangreiche Umfrage liefern, sofern sie zwei Bedingungen erfüllt. Nötig ist erstens eine Kontinuität der Beobachtung, also eine regelmäßige Befragung von möglichst identischen Personen zu gleichen Themen und Sachverhalten. Von großem Vorteil ist zweitens eine Herangehensweise, die eine Vielfalt der Perspektiven gewährleistet, bei der also eine genügend große Zahl an altersgleichen Personen zu umfangreichen Themenfeldern befragt und nach Möglichkeit zugleich ein multiperspektivischer Blick auf dieselben Fragestellungen ermöglicht wird.

Beide Voraussetzungen können mit AID:A inzwischen relativ gut realisiert werden. So ging der jüngsten AID:A-Erhebung zwischen 2013 und 2015 eine erste Welle im Jahr 2009 voraus. Weil ganze Fragenkomplexe erneut verwendet wurden und zugleich ein wesentlicher Teil der zuvor Befragten wieder interviewt wurde, lassen sich die Antworten in einem Trendvergleich und in Teilen sogar längsschnittlich auswerten. Darüber hinaus ist AID:A ein Gemeinschaftsprodukt des gesamten Instituts, an dem sich eine große Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Abteilungen beteiligt haben.

Auf diese Weise konnte eine thematische Vielfalt an Perspektiven, Themengebieten und Kompetenzen gebündelt werden, die der Vielschichtigkeit und dem Facettenreichtum des Lebens von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien eher gerecht wird als ein themenbeschränkter Zugang zu einzelnen Altersgruppen. Hinzu kommt, dass bei jüngeren Kindern, soweit möglich, Mütter und Väter gleichermaßen befragt wurden, so dass bei dieser Zielgruppe ein sog. „Multi-Actor-Design“ realisiert werden konnte.

In diesem Sinne ist AID:A ein Kinder-, Jugend- und Familiensurvey in einem, mit einem Querschnitt- und Längsschnittdesign. Dabei werden die objektivierbaren Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenso erfasst wie subjektive Einstellungen; „weiche“ Faktoren wie individuelles Wohlbefinden stehen neben „harten“ Indikatoren wie Armutsrisiken oder dem (Nicht-)Erreichen schulischer Abschlüsse. Nicht zuletzt aufgrund dieser thematischen Vielfalt und der dahinter liegenden Komplexität des Datensatzes kann diese Broschüre nur eine erste, vor allem deskriptive Ergebnispräsentation sein. In den nächsten Monaten und Jahren ist mit zahlreichen weiteren, vertiefenden Auswertungen und Publikationen von AID:A II zu rechnen.

Ein Projekt wie AID:A ist selbst für ein großes sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut wie das Deutsche Jugendinstitut nichts Alltägliches. In die Entwicklung, in die sämtliche Abteilungen des Hauses einbezogen waren, floss viel Engagement und Energie ein, was sich erst im Lauf der nächsten Jahre in Forschungsergebnissen niederschlagen wird. Deshalb möchte ich allen, die sich im DJI für das Großprojekt „AID:A“ engagiert haben, herzlich danken – denen, die in dieser Broschüre erste Ergebnisse zur Diskussion stellen ebenso wie jenen, die noch an Auswertungen sitzen oder das Projekt im Hintergrund unterstützt haben. Ohne die Kooperationsbereitschaft aller wäre AID:A in seiner Komplexität unmöglich.

Mit AID:A als einem neuen Survey des Deutschen Jugendinstituts und mit AID:A II als einer aktuellen zweiten Erhebungswelle steht ein weiterer für Deutschland wichtiger Datensatz zur Verfügung, der der Wissenschaft zusätzliche Möglichkeiten bietet: Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit können nun besser darüber Auskunft erhalten, was junge Menschen tun, wie sie leben, was sie denken und wollen, und von welchen Lebensumständen dies alles beeinflusst wird. Ich bin überzeugt, dass der Ertrag und die Bedeutung dieses Surveys erst in den nächsten Jahren so richtig sichtbar wird. Doch ein erster, spannender Anfang ist gemacht.

Thomas Rauschenbach
München, im Oktober 2015

Inhalt

■ Sabine Walper und Walter Bien: Einleitung: Aufwachsen in Deutschland 2015	8
■ Xuan Li / Claudia Zerle-Elsäßer: Können Väter alles unter einen Hut bringen? Das Vereinbarkeitsdilemma engagierter Väter	16
■ Angelika Tölke: Ein weiteres Kind: Wunsch und Realisierung einer Familienerweiterung	21
■ Christian Alt / Sandra Hubert / Hannah Steinberg: Auswirkungen des Ausbaus öffentlicher Kindertagesbetreuung für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr: Was ändert sich für potentielle Nutzer und überzeugte Nichtnutzer?	25
■ Katrin Hüsken: Brüche in der Betreuungskarriere am Schulbeginn: Familien in Ostdeutschland im Vorteil	30
■ Christine Entleitner-Phleps / Alexandra Langmeyer: Coparenting, Kontakthäufigkeit und Sorgerecht in Trennungsfamilien	34
■ Susanne Gerleigner / Gerald Prein: Bildung bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ein Blick auf die unterschiedlichen Migrationsgenerationen	37
■ Boris Geier: Zwischen Familie, Bildung und Peers. Die Bedeutung von Alter und sozialer Herkunft für Freizeitaktivitäten Jugendlicher	41
■ Martina Gille: Sind junge Menschen heute vereinsmüde? Vereinsaktivitäten und Vereinsengagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 2009 (AID:A I) und 2014/15 (AID:A II)	46
■ Melanie Böwing-Schmalenbrock / Tilly Lex: Geht heute wirklich alles schneller? Übergänge von der Schule in Ausbildung und Studium im Kohortenvergleich	51
■ Anne Berngruber: Ohne Moos nix los? Wann und warum junge Erwachsene zum ersten Mal aus dem Elternhaus ausziehen	55
■ Gerald Prein / Eric van Santen: Ist die Inanspruchnahme von institutionalisierten Hilfen sozial selektiv? Zu den Effekten des Bildungsniveaus der Eltern auf die Inanspruchnahme je nach Problembelastung der Kinder und Jugendlichen	59
■ Walter Bien / Ulrich Pötter / Holger Quellenberg: Methodische Grundlagen von AID:A II. Stichprobe und Fallzahlen	63

Einleitung: Aufwachsen in Deutschland 2015

Sabine Walper und Walter Bien

8

Die Lebensbedingungen in Deutschland haben sich – wie in vielen anderen Ländern auch – im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte merklich verändert. Zentrale Rahmenbedingungen ergeben sich aus dem demografischen Wandel, der sich in sinkenden Geburtenzahlen, steigender Lebenserwartung und damit einer veränderten Altersstruktur unserer Gesellschaft niederschlägt, die Wirtschaft und Kommunen vor beträchtliche Herausforderungen stellt (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2011). Auch eine Veränderung der Lebensformen, sichtbar an sinkenden Heiratsraten, der Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften, einer erhöhten Instabilität von Ehen und nichtehelichen Paarbeziehungen, aber auch an der zunehmenden Akzeptanz alternativer Lebensformen, sind wesentliche Merkmale des sozialen Wandels (vgl. Peuckert 2012). Dies berührt nicht nur individuelle Biografien und das Zusammenleben in Familien, sondern macht auch im Rechtssystem und in der Sozialpolitik Anpassungen erforderlich (z.B. Jurczyk/Walper 2013). Leitbilder für die Rollengestaltung von Männern und Frauen haben sich im Zuge wachsender Gleichstellung der Geschlechter verschoben, und mit ihnen sind die Anforderungen an die Unternehmen sowie das Bildungs- und Betreuungssystem gestiegen, geeignete Optionen für die Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit zu schaffen (vgl. Cornelißen 2005; Jurczyk u.a. 2013). Anforderungen an Bildung sind gestiegen und stellen Familien (vgl. Henry-Huthmacher u.a. 2008) wie auch das Bildungssystem vor vermehrte Aufgaben (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012). Nicht zuletzt die Wirtschaftskrise, die seit 2008 nahezu weltweit vielen Betroffenen auf indi-

vidueller wie staatlicher Ebene schmerzliche Einschnitte abverlangt hat, schafft veränderte Bedingungen für die individuelle Lebensgestaltung und politisches Handeln (vgl. International Monetary Fund 2009).

Angesichts dieser gesellschaftlichen Veränderungen kommt großen Survey-Untersuchungen in wachsendem Maße die Aufgabe zu, aktuelle Informationen über die Lebenslagen, Einstellungen, Partizipationsmöglichkeiten und das Wohlergehen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zur Verfügung zu stellen. Solche, zumeist breit angelegte, Erhebungen dienen vielfach der Sozialberichterstattung und damit als Planungsgrundlage für politisches Handeln. Indem sie Hinweise auf neue oder weiterhin ungelöste Probleme und Bedarfslagen liefern, geben sie auch Anstöße für die Weiterentwicklung von Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen. Zudem ermöglichen sie die Selbstvergewisserung einer im Wandel befindlichen Gesellschaft. Damit richten sie sich nicht nur an Politik und Fachpraxis, sondern wollen die öffentliche Diskussion weit über den engeren Kontext der Forschung hinaus anregen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Surveyforschung zur Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einen merklichen Aufschwung genommen. Schon seit den 1950er Jahren wird regelmäßig die Shell-Jugendstudie durchgeführt (siehe Hurrelmann u.a. 2006; Shell Deutschland Holding 2010; Zinnecker 1985). Hinzu kam der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI), der – wie die Shell-Jugendstudie – als replikativer Survey angelegt war und damit Zeitvergleiche zu zahlreichen jugendbezogenen Themenstellungen erlaubte (z.B. Gaiser u.a. 2005; Gille 2008a; Hoffmann-Lange

2013). Seit den 1980er Jahren hat sich die Sozialberichterstattung in Deutschland auf Kinder ausgeweitet und begonnen, deren Lebensverhältnisse zu beleuchten (vgl. Joos 2001; Lang 1985). Wesentliche Beiträge hierzu stammen aus dem Kinderpanel des DJI, das als Längsschnittstudie angelegt war und damit auch auf der Ebene des Individuums Veränderungen im Zeitverlauf nachzeichnen kann (Alt 2005, 2007). Mit speziellem Blick auf die Betreuungssituation von Kindern wurde die Kinderbetreuungsstudie auf den Weg gebracht (vgl. Bien/Rauschenbach/Riedel 2006). Neu hinzugekommen ist die World Vision Kinderstudie, die auf breiter Ebene, aber auch mit qualitativen Vertiefungen, wichtige Einblicke in die Lebensbedingungen und das Wohlergehen von Kindern bietet (vgl. Hurrelmann u.a. 2007). Ebenfalls in den 1980er Jahren wurde das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) gestartet, das Haushalte mit Wiederholungsbefragungen im Längsschnitt verfolgt und weit mehr als nur deren wirtschaftliche Lage beleuchtet (vgl. Schupp 2009; Wagner u.a. 2008). Und auch der Familiensurvey des DJI hat seine Ursprünge in dieser Zeit (vgl. Bertram, 1991, 1992; Bien 1994).

Damit sind schon vier zentrale Studien des Deutschen Jugendinstituts angesprochen, die Grundlage für die Entwicklung des integrierten DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland“ (AID:A) waren. Dieser Survey, der 2013 in seine zweite Erhebungswelle gestartet ist, liefert die Basis für die nachfolgenden Beiträge dieser Broschüre. Als erste Auswertungen geben sie einen Einblick in die Themenbreite von AID:A, ohne das Auswertungspotenzial dieser Daten auch nur annähernd ausloten zu können. Wir beschränken uns auf ausgewählte Themen, die aktuelle Fragestellungen zur Situation von Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgreifen. Doch zunächst sei die Konzeption von AID:A vorgestellt.

Der integrierte DJI-Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“

Der integrierte Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) des Deutschen Jugendinstituts e.V. dient der Sozialberichterstattung zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie der inhaltlichen Forschung zu spezifischen Fragestellungen, die über Aufgaben der Sozialberichterstattung hinaus gehen und vor allem im Bereich der Sozialisations- und Familienforschung angesiedelt sind. AID:A knüpft an die zuvor separaten Surveys und Panel-Studien des DJI an und integriert thematisch sowie methodisch die Anliegen von Kinderbetreuungsstudie (vgl. Bien u.a. 2006), Kinderpanel (vgl. Alt 2008), Jugendsurvey (vgl. Gille 2008b) sowie

Familiensurvey (vgl. Bien/Marbach 2008) des DJI. Der integrierte Survey wurde erstmals 2009 (AID:A I) mit einer bundesweiten Einwohnermeldeamts-Stichprobe zu 25.000 Personen im Altersbereich ab Geburt bis 55 Jahren durchgeführt (Rauschenbach/Bien 2012). Diese Daten haben die Sozialberichterstattung – insbesondere im Rahmen des Kinder- und Jugendberichts, des Familienberichts, aber auch des Bildungsberichts – unterstützt und die Basis für zahlreiche inhaltliche Auswertungsarbeiten geliefert.

2013 bis 2015 fand die Folgeuntersuchung statt (AID:A II), die nun – mit besonderem Fokus auf Kindheit, Jugend und junges Erwachsenenalter – auf den Altersbereich von 0 bis 32 Jahre eingeschränkt wurde. Insgesamt wurden Angaben zu 22.424 Personen erhoben, die als Zielpersonen im Mittelpunkt der Befragung stehen. Auskünfte stammen jedoch nicht nur von den Zielpersonen selbst, sondern – bei minderjährigen Kindern und Jugendlichen – auch von den Eltern bzw. bei Kindern unter 9 Jahren ausschließlich von den Eltern bzw. Bezugspersonen. Insgesamt 32.580 Personen nahmen an den Befragungen teil. Inhaltlich wurde eine größtmögliche Vergleichbarkeit zu AID:A I angestrebt, die es erlaubt, die Arbeiten in den bisherigen Themengebieten weiterzuführen.

Zentrale Fragen, die mithilfe von AID:A beantwortet werden sollen, sind im Bereich der Sozialisationsforschung angesiedelt. Sie beziehen sich einerseits auf die Genese und Veränderung individueller Entwicklungsverläufe, insbesondere die Bedeutung kontextueller, sozialer und personaler Faktoren, die individuelle Biografien beeinflussen und zu Unterschieden in der Kompetenz-, Sozial- und Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Anderer-

Der integrierte Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) des Deutschen Jugendinstituts e.V. dient der Sozialberichterstattung zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien.

seits werden aber auch Fragen nach Aspekten des sozialen Wandels aufgegriffen, die sich auf Kontinuität und Wandel von Rahmenbedingungen des Aufwachsens wie auch den Zeitwandel von Orientierungen und Verhaltenstendenzen junger Menschen im Kohortenvergleich beziehen. In beiderlei Hinsicht gilt Familien als zentralem Lebens- und Entwicklungskontext besondere Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund orientierte sich die inhaltliche und methodische Konzeption der zweiten Erhebung (AID:A II) an fünf übergeordneten Zielen bzw. Forschungsanliegen:

(1) Die Analyse von individuellen Entwicklungsverläufen und hierfür relevanten Einflussfaktoren soll durch eine längsschnittliche Zweiterhebung für eine Teilstichprobe von AID:A I ermöglicht werden. Diese Längsschnittstudie erlaubt es, personenbezogene Aussagen über Entwicklungsverläufe zu machen und individuelle Unterschiede in Entwicklungsverläufen (z.B. in Abhängigkeit von Geschlecht, sozialer Herkunft, familialen Ressourcen) zu identifizieren.

(2) Die Analyse von Zeitwandel-Effekten soll im Rahmen von Kohortenvergleichen auf der Basis der umfangreicheren Gesamtstichprobe von AID:A II (inklusive einer Ergänzungs- bzw. Aufstockungsstichprobe) geleistet werden, die in Bezug zu früheren Erhebungen, insbesondere AID:A I gesetzt werden kann. Hierbei dient die Ergänzungsstichprobe vorrangig dem Ziel, angemessene Fallzahlen zu erreichen, die eine solide Schätzung von Populationsparametern erlaubt (mit einer Zielgröße von $n = 650$ je Altersjahrgang). Um Interpretationsprobleme zu vermeiden und einen einheitlichen Bezugsrahmen für die Stichprobenbeschreibung zu gewährleisten, wurde die Ergänzungsstichprobe aus dem gleichen Adressenpool gezogen wie die ursprüngliche Stichprobe von AID:A I (Einwohnermeldeamtsregister 2009). Hierbei wurden Umzüge berücksichtigt, so dass Effekte von Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands einbezogen sind.

(3) Die vergleichende Analyse der Orientierungen und Praktiken von Männern und Frauen innerhalb von Partnerschaften und Familien wurde in AID:A II durch die Befragung beider Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ermöglicht. Anders als in der AID:A I-Befragung, die sich auf nur ein Elternteil bzw. eine Auskunftsperson für minderjährige Kinder beschränkte – zumeist war dies die Mutter – bezieht AID:A II also explizit auch Väter mit ein. Getrennt lebende Elternteile konnten nicht erreicht werden, wohl aber neue Partner, die im Haushalt des leib-

lichen Elternteils mit den Kindern zusammen leben. Darüber hinaus wurde bei erwachsenen Zielpersonen auch der Partner bzw. die Partnerin befragt, soweit er/sie im Haushalt der Zielperson lebt.

(4) Die Analyse von Einflüssen familiärer Lebensführung auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung beider Eltern bzw. Partner wurde durch geeignete inhaltliche Anpassungen des Befragungsprogramms ermöglicht, die den Themenbereich familialer Lebensführung intensiver beleuchten. Obwohl aus forschungspragmatischen Gründen der Fokus hierbei auf die Eltern im Haushalt der Zielkinder gerichtet ist, wird die Rolle getrennt lebender Elternteile durch Auskünfte der befragten Kinder und Auskunftspersonen einbezogen.

(5) Analysen zum Wohlergehen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen setzen deren Selbstauskünfte voraus. Wie schon bei AID:A I wurden Kinder ab einem Alter von neun Jahren selbst befragt. Für jüngere Kinder musste auf Auskünfte der Eltern zurück gegriffen werden. Das inhaltliche Befragungsprogramm wurde auf Basis eines kontextualisierten bedürfnisorientierten Zugangs zum Wohlergehen ergänzt, so dass Aspekte der Beziehungsqualität (Verbundenheit), der Autonomie und des Kompetenzerlebens in unterschiedlichen Kontexten (Familie, Schule/Ausbildung/Beruf und Peers) erfasst werden.

Aus den beiden erstgenannten Zielsetzungen folgt, dass das inhaltliche Erhebungsprogramm von AID:A II eine größtmögliche Vergleichbarkeit mit AID:A I aufweisen musste, wobei gleichzeitig eine Anpassung an das Längsschnittdesign zu leisten war. Die drei weiteren Ziele verfolgen ein stärker inhaltliches Anliegen der geplanten Forschungsarbeiten im Rahmen von AID:A.

Inhaltliche Schwerpunkte des Befragungsprogramms

AID:A untersucht ein breites Spektrum inhaltlicher Themen, die sich vier Bereichen zuordnen lassen: (1) Heterogenität der Handlungskontexte und Lebenslagen, (2) Lebensführung in privaten Lebensformen, (3) das Aufwachsen von Kindern, und (4) Herausforderungen und Chancen im Jugendalter sowie das Erwachsenwerden. Bevor wir im nächsten Abschnitt auf die in dieser Broschüre exemplarisch vorgestellten ersten Analysen eingehen, soll zunächst ein Überblick über das breiter gefasste Spektrum der Themen und Fragestellungen gegeben werden.

(1) Heterogenität der Handlungskontexte und Lebenslagen

Fragen sozialer Ungleichheit und prekärer Lebenslagen haben in der Sozialberichterstattung hohen Stellenwert. Sie werden im Rahmen von AID:A nicht nur an klassischen Indikatoren sozioökonomischer Ressourcen festgemacht, sondern AID:A berücksichtigt in seinen Fragestellungen auch subjektive Einschätzungen und weitere Aspekte von Lebenslagen (z.B. Wohnsituation, gesundheitliche Einschränkungen/Behinderungen). Im Vordergrund steht das Anliegen, auch die Kumulation von Risikolagen in einzelnen Bevölkerungsgruppen und deren Konsequenzen untersuchen zu können.

Im Hinblick auf Zuwanderung und die Teilhabechancen von Personen mit Migrationshintergrund greift AID:A vor allem Fragen der Integration im Generationenverlauf auf. Schon in AID:A I war es möglich, Zuwanderer der dritten Generation – also Enkel der ursprünglich zugewanderten Personen – zu betrachten und deren Teilhabe – etwa im Bildungssystem – mit Zuwanderern der ersten und zweiten Generation zu vergleichen. An diese Befunde soll mit noch differenzierteren Informationen angeknüpft werden.

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels privater Lebensformen wird die Analyse von privaten Lebensformen in unterschiedlichen Haushalts- bzw. Familienkonstellationen verfolgt. Diese können anhand zusätzlicher gewonnener Informationen auch über den Horizont, den die Daten der amtlichen Statistik bieten, hinaus beschrieben werden. Von Bedeutung ist etwa die Identifikation unterschiedlicher Typen von Nachtrennungsfamilien, vor allem im Hinblick auf die Komplexität von Stieffamilien; die Analyse von Betreuungs- und Umgangsmodellen nach Trennung der Eltern, und die Frage nach Sorgerechts-Entscheidungen bei nicht miteinander verheirateten Eltern.

Mit Blick auf den partiellen Wandel des deutschen Wohlfahrtssystems wird die Nutzung sozialstaatlicher Leistungen untersucht, wobei neben monetären Leistungen (Kindergeld, Elterngeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Sozialgeld oder ALG II) auch die Nutzung von Infrastrukturen, Diensten und anderen nicht-monetären Leistungen (Kinderbetreuung, Elternzeit, Hilfen zur Erziehung) betrachtet wird. Von Interesse sind in diesem Bereich nicht zuletzt Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich der Inanspruchnahme solcher Leistungen, etwa in Abhängigkeit von Migrationshintergrund, sozioökonomischen Ressourcen oder regionalen Faktoren.

Regionale Besonderheiten werden im Rahmen unterschiedlicher thematischer Fragestellungen untersucht.

AID:A untersucht (1) die Heterogenität der Handlungskontexte und Lebenslagen, (2) die Lebensführung in privaten Lebensformen, (3) das Aufwachsen von Kindern in privater und öffentlicher Verantwortung, und (4) Herausforderungen und Chancen im Jugendalter sowie das Erwachsenwerden.

Entsprechende Kontextinformationen wurden in begrenztem Maße im Rahmen des Befragungsprogramms erfasst. Vor allem jedoch sollen unabhängig erfasste Kontextinformationen den Datensatz bereichern und z.B. Vergleiche zwischen Regionen mit unterschiedlicher Entwicklungsdynamik der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur ermöglichen.

(2) Lebensführung in privaten Lebensformen

Familien als Solidargemeinschaften stehen im Mittelpunkt zahlreicher Fragestellungen. Leistungen der Familienangehörigen unter- und füreinander sind von zentraler Bedeutung für deren Wohlergehen. Sie sollen sowohl als wechselseitige Unterstützung in Partnerschaften als auch im Sinne der Fürsorge für Kinder dargestellt und hinsichtlich ihrer kontextuellen Determinanten untersucht werden. Hierbei wird aus generationenübergreifender Perspektive insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung die Einbeziehung der Großeltern-Generation sowie gegebenenfalls anderer Familienangehöriger berücksichtigt.

Der gesellschaftliche Wandel von Paarbeziehungen und deren Entwicklungen im Verlauf des Familienzyklus sollen als zwei zentrale Dynamiken für die Gestaltung von Arbeitsteilungsarrangements in Partnerschaften beleuchtet werden. Hierbei wird die Realisierung unterschiedlicher Arbeitsteilungsarrangements in Abhängigkeit von Lebensform und Lebensphase, soziodemografischen Merkmalen beider Partner, spezifischen Berufen und der Ressourcenausstattung von Paaren – auch im Zeitvergleich – untersucht und nach den jeweiligen Auswirkungen auf die Partnerschaftszufrieden-

heit, auf Stress und auf Konfliktlagen gefragt. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die Nutzung der Elternzeit bzw. Vätermonate durch Väter: zum einen hinsichtlich der Identifizierung möglicher Einflussfaktoren auf die Entscheidung für ihre Inanspruchnahme, zum anderen hinsichtlich deren Auswirkungen auf Erwerbsarrangements und die nachfolgende Gestaltung der Vaterrolle.

Mit Blick auf die Familiengründung und Elternschaftsentscheidungen geht es zum einen um die Frage nach dem „Timing“ der Familiengründung und die möglichen Folgen für die Integration der Mütter und Väter in Ausbildung und Erwerbstätigkeit und für potenzielle und faktische Risikolagen, die aus dem abweichenden, speziell auch einem frühen Timing von Elternschaft resultieren können. Zum anderen lassen sich Fragen der Familienerweiterung aufgreifen. In allen Aspekten interessieren Folgen für die Partnerschaft, Arbeitsteilung und die Gestaltung des Familienalltags im Rahmen familialer Lebensführung, jeweils im Vergleich der Situation und Perspektiven von Müttern und Vätern.

Von zentralem Interesse ist ein umfassender Blick auf die familiäre Lebensführung. Hierbei geht es um die Alltagsgestaltung und Verschränkung individueller Orientierungen und Praktiken in unterschiedlichen Familienkontexten, wobei alltägliche Praktiken und Abstimmungsleistungen der familialen Akteure in ausgewählten Bereichen vertieft erfasst werden. Im Vordergrund steht die Frage nach der Konstruktion familialer Gemeinsamkeit und deren Bedeutung für Lebensqualität in Familien vor dem Hintergrund veränderter Arrangements der Arbeitsteilung, steigender Ansprüche an Familie und den unterschiedlichen sozialen Ressourcen und Lebenslagen. Besonderes Interesse gilt Mehrkindfamilien, Zweiverdienerfamilien, in denen beide Elternteile vollzeit erwerbstätig sind, und den Auswirkungen familialer Risikolagen.

(3) Aufwachsen von Kindern

Kinder wachsen heute zunehmend nicht nur im Bereich privater (elterlicher) Verantwortung auf, sondern sind vielfach schon ab dem Kleinkindalter in öffentliche Betreuungsangebote eingebunden. Vor dem Hintergrund familienpolitischer Maßnahmen zum Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und zur Erweiterung von Optionen zur Nutzung von Elternzeit wird nach den Erwartungen unterschiedlicher Nutzergruppen gefragt, um die Passung zwischen Angebot und Bedarf zu ermitteln. Für Kinder im Alter bis zu sechs Jahren werden elterliche Wünsche und Praktiken der Kinderbetreuung in unterschiedlichen Arrangements priva-

ter und öffentlicher Angebote erfasst. Auch Fragen zur Zufriedenheit der Eltern mit dem gewählten Arrangement werden aufgegriffen, um die Passung des Angebots bzw. Arrangements nicht nur zum Betreuungsbedarf, sondern auch zu Qualitätsansprüchen der Eltern beleuchten zu können.

Auch während der Grundschulzeit interessiert der Zugang der Kinder zu geeigneten Betreuungsangeboten. Darüber hinaus wird aber auch der Zugang zu informeller und non-formaler Bildung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Familie erfasst. Fragen der Freizeitgestaltung und der Teilnahme an kulturellen Angeboten und Vereinen in Abhängigkeit von regionalen Faktoren, familialen Ressourcen und Anregungsbedingungen, institutioneller Einbindung und individuellen – z.B. geschlechtstypischen – Präferenzen und Optionen werden aufgegriffen. Das Interesse richtet sich hier auf ressourcen- bzw. milieubedingte Unterschiede in den Teilhabechancen von Kindern.

Besonderes Augenmerk gilt den Beziehungserfahrungen der Kinder sowohl innerhalb der Familie als auch unter Gleichaltrigen. Um die jeweiligen Beziehungserfahrungen im Kontext heterogener Lebenslagen und Lebensformen analysieren zu können werden unterschiedliche Dimensionen elterlicher Erziehungsstile und Erziehungsziele genauso erfasst wie Verbundenheit und Konflikt in der Beziehung zu Gleichaltrigen. Nicht zuletzt soll die Bedeutung dieser Beziehungserfahrungen für das Wohlbefinden der Kinder untersucht werden. Hierbei wird ein facettenreicher Zugang genutzt, um Einblick in das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen zu gewinnen – ein Zugang, der nicht nur der Betrachtung des emotionalen und verhaltensbezogenen Wohlbefindens der Kinder gilt, sondern auch der Frage, inwieweit ihre Beziehungserfahrungen in Familie, Kindergarten bzw. Schule und unter Gleichaltrigen grundlegenden Bedürfnissen nach Verbundenheit, Autonomie und Kompetenz gerecht werden.

(4) Jugend und Erwachsenwerden

Zentrales Merkmal des Jugendalters sind deutliche Entwicklungsschritte in Verselbständigung und Verantwortungsübernahme. Sie umfassen Übergänge und Statuspassagen, aber auch graduelle Veränderungen in unterschiedlichen Lebensbereichen, die sowohl die Beziehung zur Herkunftsfamilie, die Aufnahme und Intensivierung von Partnerschaften und nicht zuletzt Übergänge von der Schule in den Beruf umfassen. Vielfach erstrecken sich diese Übergänge weit ins frühe Erwachsenenalter hinein. Besonderes Interesse gilt den personalen, familialen und kontextuellen Einflussfaktoren auf das

Timing und den Verlauf von Verselbständigung und Verantwortungsübernahme im Altersverlauf. Aber auch die Frage nach einer möglichen Entstrukturierung oder Verdichtung von Übergängen im Sinne von Zeitwandel-effekten lässt sich anhand entsprechender Kohorten-vergleiche aufgreifen.

In der Tradition bisheriger Arbeiten des DJI und mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftskrise und Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt werden der Verlauf und das Gelingen der Übergänge von Schule in Ausbildung und Beruf gesondert fokussiert. Hierbei werden Einflüsse von ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen und Kompetenzen vergleichend gegenüber gestellt, Geschlechterdifferenzen im Zusammenspiel mit den vorgenannten Faktoren berücksichtigt und Fragen des intergenerationalen Bildungstransfers verfolgt.

Ebenfalls traditionellen Stellenwert im Spektrum der Forschungsthemen des DJI hat die Frage nach Partizipation und Beteiligung Jugendlicher. Anhand zeitbezogener Vergleiche lassen sich Veränderungen nachzeichnen, die teilweise als Erosion von bürgerschaftlichem Engagement und vor allem politischer Beteiligung diskutiert werden, teilweise aber auch auf einen Wandel von Formen des Engagements verweisen, denen auch Surveys Rechnung tragen müssen. Auf Basis entsprechender Informationen lassen sich unterschiedliche Partizipationsmuster und altersgruppen-, geschlechts- und lebenslagenspezifische Partizipationsformen im Zeitvergleich untersuchen. Entsprechend werden zeitbezogene Vergleiche der Partizipation von Jugendlichen vorgenommen, bei denen auch der Einfluss von soziodemografischen Faktoren, politischen Orientierungen und Fragen des intergenerationalen Transfers von Partizipation berücksichtigt werden. Hinsichtlich möglicher Auswirkungen von Partizipation auf Handlungsorientierungen und Einstellungen stehen Entwicklungen zwischen dem 13. und 32. Lebensjahr im Vordergrund.

Die Beiträge in diesem Heft

Die Beiträge in diesem Heft geben einen ersten Einblick in die Themen und Befunde von AID:A II und nutzen teilweise auch schon die Vergleichsmöglichkeiten zu AID:A I.

Die ersten Beiträge stellen Themen der **Familienforschung** in den Vordergrund, wobei in Fragen zur Betreuungssituation und Bildungsaktivitäten von Kindern auch Themen der **Kindheitsforschung** anklängen. Xuan Li und Claudia Zerle-Elsässer nehmen die Situation von Vätern in den Blick und betrachten

Die Beiträge in diesem Heft geben einen ersten Einblick in die Themen und Befunde von AID:A II und nutzen teilweise auch schon die Vergleichsmöglichkeiten zu AID:A I.

das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der Väter. Sehr deutlich wird hier, dass lange Überstunden einer aktiven Vaterschaft entgegen stehen und dass Väter sich sogar stärker als Mütter mit Vereinbarkeitsproblemen konfrontiert sehen, die ihren Ursprung im beruflichen Kontext haben.

Angelika Tölke fragt auf Basis von Längsschnittdaten aus AID:A I und II nach den Faktoren, die die Entscheidung für ein weiteres Kind beeinflussen. Unter zahlreichen Faktoren erweist sich vor allem die bisherige Kinderzahl als maßgeblich: Wer nur ein Kind hat, wünscht sich überwiegend ein zweites und realisiert diesen Wunsch auch. Die normative Orientierung an der Zwei-Kind-Familie ist demnach in Deutschland sehr stark ausgeprägt.

Christian Alt, Sandra Hubert und Hannah Steinberg fragen nach den Auswirkungen des Ausbaus öffentlicher Kindertagesbetreuung auf die Gruppe potenzieller Nutzer und überzeugter Nicht-Nutzer von Betreuungsangeboten für ihre unter dreijährigen Kinder und vergleichen hierbei die Daten aus AID:A I mit den neueren Daten aus AID:A II, wobei auch die zwischenzeitlichen Erhebungen der KiföG-Berichterstattung berücksichtigt werden. Ihre Befunde zeigen, dass trotz steigender Betreuungswünsche der Bedarf mittlerweile besser gedeckt wird.

Auch der nachfolgende Beitrag von Katrin Hüsken befasst sich mit Fragen der Kinderbetreuung, nimmt aber das frühe Grundschulalter in den Blick. Eine Gegenüberstellung der Betreuungssituation vor und nach dem Schuleintritt zeigt, dass jedes vierte Kind, das vor dem Schuleintritt einen Ganztagsplatz hatte, in der Grundschule allenfalls bis 14 Uhr betreut werden kann oder gar keine Betreuung nach dem Unterricht hat. Vor allem in Westdeutschland besteht für diese Altersgruppe noch deutlicher Betreuungsbedarf.

Christine Entleitner-Phleps und Alexandra Langmeyer untersuchen die Gestaltung von gemeinsamer Elternschaft in Trennungsfamilien und betrachten den Kontakt der Kinder zum getrennt lebenden Elternteil vor

dem Hintergrund der jeweiligen Sorgerechtsregelung sowie Kooperation und Konflikt im Coparenting beider Eltern. Während Eltern bei häufigen Umgangskontakten der Kinder besser in der Erziehung kooperieren, finden sich bei gemeinsamer Sorge und häufigen Kontakten auch mehr negative Aspekte des Coparenting wie etwa Differenzen und Konflikt. Dies verweist auf zusätzlichen Unterstützungsbedarf in der Ausgestaltung gemeinsamer Elternschaft.

Der nachfolgende Beitrag von Susanne Gerleigner und Gerald Prein stellt die Integration von Zuwanderungsfamilien in den Mittelpunkt und vergleicht hierbei Bildungsaktivitäten von Kindern vor der Einschulung sowie Bildungserfolge von Jugendlichen und jungen Erwachsenen der ersten bis dritten Generation in Zuwanderungsfamilien. Ihre Befunde zeigen, dass sich die dritte Zuwanderungsgeneration nicht mehr von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Bei differenzierter Betrachtung des Migrationshintergrunds erweist sich „Intermarriage“ als wesentlicher Integrationsfaktor.

Die vier nachfolgenden Beiträge greifen klassische Themen der **Jugendforschung** auf. Boris Geier untersucht Freizeitaktivitäten von Jugendlichen und zeigt charakteristische altersgradierte Veränderungen auf. In der Gesamtschau der Aktivitäten werden fünf Typen identifiziert und hinsichtlich demografischer Merkmale verglichen. So finden sich etwa aktiv bildungsorientierte „Allrounder“ mit einem Muster vielfältiger Freizeitaktivitäten vor allem unter den weiblichen Jugendlichen sowie bei höheren Bildungsressourcen der Eltern.

Martina Gille unternimmt anhand der Daten von AID:A I und AID:A II einen Zeitvergleich des Vereinsengagements junger Menschen. Entgegen der Klagen von Vereinen lässt sich kein Rückgang der Vereinsaktivitäten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausmachen. Wohl aber geht die subjektive Bedeutung solcher Aktivitäten zurück, insbesondere unter den nicht Aktiven, die demnach auch weniger für Vereine zu gewinnen sind.

Melanie Böwing-Schmalenbrock und Tilly Lex befassen sich mit den Übergängen von der Schule in Ausbildung und Beruf und werfen die Frage auf, ob durch die Veränderungen im Bildungssystem und die günstige Arbeitsmarktlage diese Übergänge heute – nach 2007 – schneller erfolgen als bei früheren Kohorten. Ihre Befunde sprechen nicht für eine Beschleunigung dieser Übergänge. Eher scheint ein steigender Anteil von Jugendlichen die Zeit nach dem Schulabschluss als zusätzliche Qualifizierungs- und Orientierungsphase zu nutzen.

Anne Berngruber nimmt mit dem Auszug aus dem Elternhaus einen weiteren wesentlichen Übergang im Jugend- bzw. frühen Erwachsenenalter in den Blick und setzt diesen in zeitliche Relation zum Übergang in Ausbildung/Studium, zur Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit und zum ersten Zusammenziehen mit einem Partner bzw. einer Partnerin. Demnach verlassen lediglich Abiturientinnen und Abiturienten deutlich vor dem Berufseinstieg das Elternhaus und damit früher als die anderen Bildungsgruppen. Bei geringerer schulischer Qualifikation und früherem Berufseinstieg rückt der Auszug aus dem Elternhaus näher an das erste Zusammenziehen mit einem Partner/einer Partnerin, das dann auch häufiger den Auszug motiviert.

Literatur

- »Alt, Christian (Hrsg.) (2005): Kinderleben. Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Band 1: Aufwachsen in Familien. Schriften des Deutschen Jugendinstituts. Kinderpanel. Band 1. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- »Alt, Christian (Hrsg.) (2007): Kinderleben. Start in die Grundschule. Band 3: Ergebnisse aus der zweiten Welle. Schriften des Deutschen Jugendinstituts. Kinderpanel. Band 3. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- »Alt, Christian (Hrsg.) (2008): Kinderleben. Individuelle Entwicklung in sozialen Kontexten. Band 5: Persönlichkeitsstrukturen und ihre Folgen. Schriften des Deutschen Jugendinstituts. Kinderpanel. Band 5. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- »Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag
- »Bertram, Hans (Hrsg.). (1991). Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Familien-Survey. Band 1. Opladen: Leske und Budrich.
- »Bertram, Hans (Hrsg.). (1992). Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation. Familien-Survey. Band 2. Opladen: Leske und Budrich
- »Bien, Walter (1994). Eigeninteresse oder Solidarität. Beziehungen in modernen Mehrgenerationenfamilien. Familien-Survey. Band 3. Opladen: Leske und Budrich
- »Bien, Walter / Marbach, Jan H. (Hrsg.) (2008). Familiäre Beziehungen, Familienalltag und soziale Netzwerke. Ergebnisse der dreiWellen des Familiensurvey. Schriften des Deutschen Jugendinstituts. Familiensurvey Band 14. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- »Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas/Riedel, Birgit (Hrsg.) (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim/Basel: Beltz Verlag
- »Cornelißen, Waltraud (Hrsg.) (2005): Gender-Datenreport: 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gerald Prein und Eric van Santen schlagen wieder den Bogen zurück zu Familienfragen. Im Mittelpunkt ihrer Analysen steht die Inanspruchnahme institutionalisierter Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Eltern in Abhängigkeit von der Problembelastung der Kinder und Bildungsressourcen der Eltern. Ihre Daten zeigen, dass die Inanspruchnahme öffentlich (mit)finanzierter Leistungen in Problemlagen kein Randphänomen ist. Im Gegensatz zum typischen „Mittelschichtbias“ von Präventionsmaßnahmen wie Elternkursen hat die Mehrzahl der hier untersuchten Angebote wie Beratung durch das Jugendamt oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie sogar häufiger Familien mit niedriger Bildung erreicht.

Der letzte Beitrag von Walter Bien, Ulrich Pötter und Holger Quellenberg beschreibt die **methodische Konzeption von AID:A** und liefert genauere Angaben zur Stichprobe und deren Gewinnung sowie zur Durchführung der Befragungen. Ähnlich wie bei AID:A I und anderen vergleichbaren Erhebungen, wurden deutlich mehr höher gebildete Personen erfasst. Die Beiträge berücksichtigen dies bei den Schlussfolgerungen. Zukünftige Auswertungen werden noch besser in der Lage sein, dem methodisch Rechnung zu tragen, um die Übertragbarkeit der Befunde auf die Gesamtbevölkerung zu gewährleisten. ✖

- › Gaiser, Wolfgang / Gille, Martina / Rijke, Johann de / Sardei-Biermann, Sabine (2005): Zur Entwicklung der politischen Kultur bei deutschen Jugendlichen in West- und Ostdeutschland. Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey von 1992 bis 2003. In: Jahrbuch Jugendforschung Band 5. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163-198
- › Gille, Martina (Hrsg.) (2008a): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung: Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey: Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugendsurvey Band 4. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- › Gille, M. (Hrsg.) (2008b): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Wiesbaden: VS Verlag
- › Henry-Huthmacher, Christine / Borchard, Michael (Hrsg.) (2008): Tanja Merkle und Carsten Wippermann: Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung des Sinus-Instituts im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Stuttgart: Lucius und Lucius Verlagsgesellschaft
- › Hoffmann-Lange, Ursula (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland: DJI-Jugendsurvey 1. Opladen: Leske und Budrich
- › Hurrelmann, Klaus / Albert, Mathias / TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.) (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch-Verlag
- › International Monetary Fund (2009): World economic outlook April 2009. Crisis and recovery. World Economic and Financial Surveys. Washington www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/pdf/text.pdf
- › Joos, Magdalena (2001): Die soziale Lage der Kinder. Sozialberichterstattung über die Lebensverhältnisse von Kindern in Deutschland. Weinheim: Juventa
- › Jurczyk, Karin / Klinkhardt, Josefine (2013): Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die die Politik heute kennen sollte. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- › Jurczyk, Karin / Walper, Sabine (Hrsg.) (2013): Gemeinsames Sorge-recht nicht miteinander verheirateter Eltern. Empirische Studien und juristische Expertise. Wiesbaden: Springer VS
- › Lang, Sabine (1985): Lebensbedingungen und Lebensqualität von Kindern. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag
- › Peuckert, Rüdiger (2012): Familienformen im sozialen Wandel. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- › Rauschenbach, Thomas / Bien, Walter (Hrsg.) (2012): Aufwachsen in

Prof. Dr. Sabine Walper, geb. 1956, ist stellvertretende Direktorin des Deutschen Jugendinstituts und hauptverantwortlich für den DJI-Survey AID:A.

Dr. Walter Bien, geb. 1950, leitet das „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“.

- Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel: Beltz Juventa
- › Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011): Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung. Wiesbaden www.econstor.eu/handle/10419/75371; (20.08.2015)
- › Schupp, Jürgen (2009): 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel – Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland/Twenty-Five Years of the German Socio-Economic Panel – An Infrastructure Project for Empirical Social and Economic Research in Germany. In: Zeitschrift für Soziologie, 38. Jg., H. 5, S. 350-357
- › Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- › Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2010): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. 16. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- › Wagner, Gert G. / Göbel, Jan / Krause, Peter / Pischner, Rainer / Sieber, Ingo. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland. Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). In: AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, 2. Jg., H. 4, S. 301-328
- › World-Vision Deutschland e. V. (Hrsg.) (2007): Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- › Zinnecker, Jürgen (1985): Die Jugendstudien von Emnid/Shell 1953-1955. Zur Archäologie repräsentativer Jugendforschung im Nachkriegsdeutschland und zugleich zu einigen Schwierigkeiten der Wiederholung solcher Studien. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) Jugendliche und Erwachsene '85. Generationen im Vergleich. Band 3: Jugend der Fünfziger Jahre – Heute. Leverkusen: Leske und Budrich, S. 409-466

Können Väter alles unter einen Hut bringen?

Das Vereinbarkeitsdilemma engagierter Väter

Xuan Li / Claudia Zerle-Elsäßer

16

Immer mehr Väter möchten nicht mehr nur Ernährer der Familie sein, sondern sich auch in der Betreuung und Erziehung der Kinder engagieren. Noch immer jedoch konzentrieren sie sich auf den Einkommenserwerb, während die Mütter hauptsächlich verantwortlich für den familiären Bereich bleiben. Den Vätern ist dieses Dilemma überaus bewusst: Sie berichten von starken Work-to-Family-Konflikten und wünschen sich weniger Arbeitsstunden, um sich mehr in die Familie einbringen zu können.

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Vorstellungen vom „guten Vater“ stark verändert: In den 1950er und 60er Jahren galt noch die traditionelle Rollenverteilung der bürgerlichen Familie mit einem erwerbstätigen Vater und einer für den Familienalltag sorgenden Mutter als Ideal. Seit den 1980er Jahren wurde das Vaterbild jedoch stark hinterfragt und um ehemals weiblich konnotierte Erfahrungsräume erweitert (vgl. Meuser 2009). Dank der zunehmenden Gleichstellung von Männern und Frauen, die die Mütter verstärkt in Erwerbstätigkeit bringt, und des Zuwachses an Forschung, welche die förderlichen Aspekte des väterlichen Engagements für ihre Kinder aufzeigt (vgl. BMFSFJ 2006), ist man sich heute einig, dass Väter eine vielfältigere Rolle in der Familie spielen (sollten): nicht nur als Ernährer, sondern auch als fürsorglicher Vater, der möglichst viel gemeinsame Zeit mit dem Kind verbringt (vgl. Abel/Abel 2009).

Obwohl der Wunsch nach mehr innerfamiliälen Engagement insbesondere unter den Männern in (West-) Deutschland an Bedeutung gewinnt, wollen die Väter ihre Ernährerrolle nicht merklich reduzieren, sondern diese um Aspekte der Betreuung und Erziehung zu einer modernisierten Vaterschaft ergänzen (vgl. Zerle/Krok 2008, Jurczyk/Lange 2009). Demnach sind heute die erwerbstätigen Mütter nicht mehr die Einzigen, welche durch die „zweite Schicht“ (vgl. Hochschild/Machung 1990) der Kinderbetreuung belastet werden. Auch Väter müssen Beruf und Familie vereinbaren und sind damit einem „doppelten Druck“ ausgesetzt (Meuser 2009, S. 220). Wie gehen sie damit um?

Wir greifen diese Fragestellung auf und untersuchen, wie die Väter von heute ihre Rolle sehen, welche Konflikte sie zwischen beruflichen und familiären Anforderungen erleben und wie viel Zeit sie dem Beruf widmen möchten. Dabei legen wir die Daten des neuen DJI-Sur-

vey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A-II) zugrunde, in dem bei 3.023 Kindern unter neun Jahren beide zusammenlebende Elternteile, also Mütter und Väter befragt werden¹.

Das „modernisierte Ernährermodell“

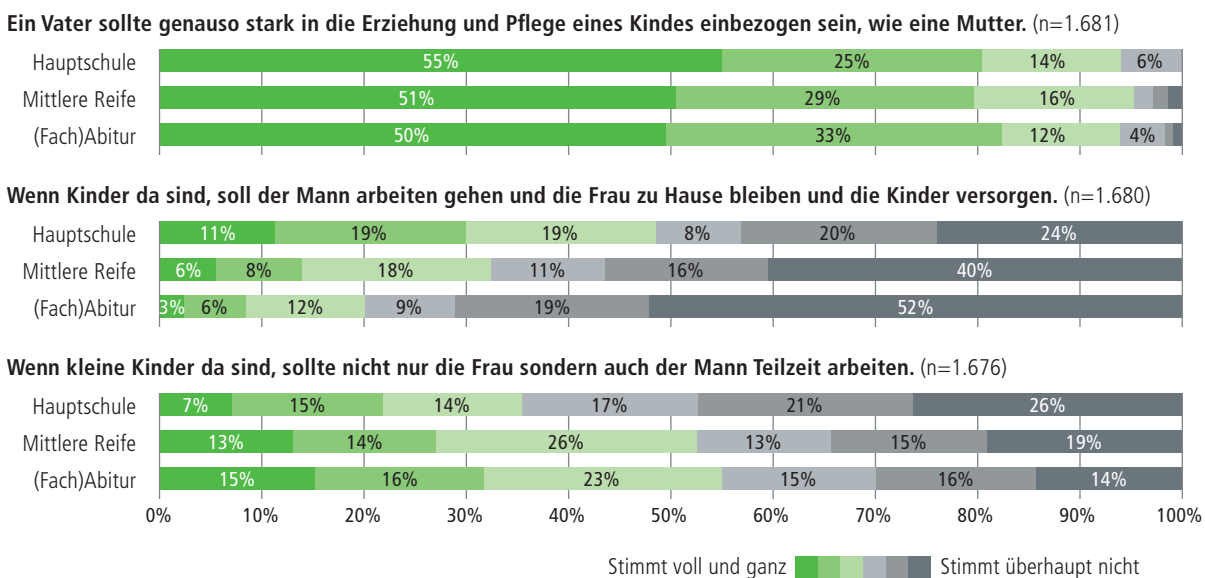
Das Leitbild des engagierten Vaters wird unter den AID:A-II-Befragten breit anerkannt. Es ist den Vätern wichtig, Zeit mit ihren Kindern und der Familie zu verbringen. In den Vorstellungen der Meisten geht ihre elterliche Verantwortung deutlich über die finanzielle Absicherung der Familie hinaus (vgl. Abbildung 1). So stimmt die Mehrheit der Väter – nahezu unabhängig von der Art des erreichten schulischen Bildungsabschlusses – der Aussage zu „Ein Vater sollte genauso stark in die Erziehung und Pflege eines Kindes einbezogen sein wie eine Mutter“. Umgekehrt lehnt die Mehrheit eine traditionelle Rollenverteilung ab, wie es die Aussage „Wenn Kinder da sind, soll der Mann arbeiten gehen und die Frau zu Hause bleiben und die Kinder versorgen“ nahelegt – mit Unterschieden von 51% bei den Männern mit einem Haupt-

schulabschluss, 67% bei den Männern mit einem Realschulabschluss und 80% bei den Männern mit einem (Fach-)Abitur als höchstem Abschluss².

Doch das Primat der männlichen Ernährerrolle bleibt immer noch ein Mandat. Die AID:A-II-Daten zeigen, dass die finanzielle Absicherung der Familie weiterhin ein zentraler Bestandteil der väterlichen Identität bleibt und sich die Väter daher nur schwer vorstellen können, auch selbst Arbeitszeit zu reduzieren (vgl. Abbildung 1): Nur 7% der Väter mit einem Hauptschulabschluss, 13% der Väter mit einem Realschulabschluss und 15% der Väter mit einem (Fach-)Abitur stimmen der Aussage „Wenn kleine Kinder da sind, sollte nicht nur die Frau sondern auch der Mann in Teilzeit arbeiten“ voll und ganz zu. Dennoch können sich 36% der Väter mit Hauptschulabschluss, aber immerhin 53% der Väter mit einem Realschulabschluss und 54% derer mit einem (Fach-)Abitur die Variante „beide in Teilzeit“ grundsätzlich vorstellen³.

Daher ist es kaum überraschend, dass nach wie vor eine auffällige Kluft zwischen den Vorstellungen von innerfamiliärer Gleichstellung und der tatsächlichen Aufga-

Abbildung 1 / Genderkonzepte der Väter



Datenquelle: AID:A-II, n = 1.676 - 1.681, eigene Berechnungen. (mit ungewichteten Daten)

1 Dabei weist die Stichprobe eine in nichtamtlichen Surveys übliche Überrepräsentanz von höher gebildeten Eltern auf; in den Analysen wird daher stets die elterliche Bildung kontrolliert. Weitere Informationen zur Stichprobe finden sich in dem Artikel von Sabine Walper und Walter Bien: Aufwachsen in Deutschland heute – eine Einleitung in dieser Broschüre.

2 Dieser Befund ergibt sich, wenn man die Kategorien 1 bis 3 auf einer Skala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 6 = „stimme überhaupt nicht zu“, zu den grundsätzlichen Befürwortern zusammenfasst und die Kategorien 4 bis 6 zu den grundsätzlichen Gegnern.

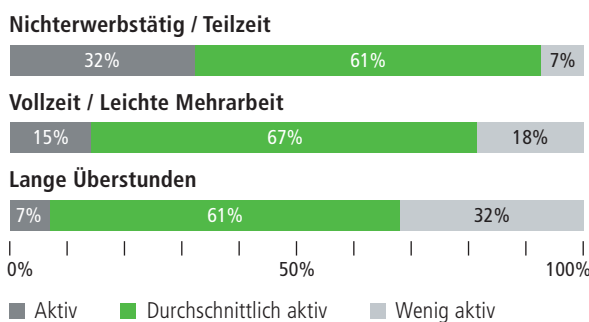
3 Siehe Fußnote 2.

beteiligung zwischen Vätern und Müttern besteht (vgl. Lange/Zerle 2008; BMFSFJ 2014). Auch in den AID:A-II-Daten sind über 90% der Väter, unabhängig von ihrem Bildungsabschluss und dem Alter des Kindes, in Vollzeit erwerbstätig. Die meisten Mütter hingegen bleiben zu Hause, solange das jüngste Kind im Haushalt noch unter drei Jahren alt ist. Erst danach kehren sie zurück in die Erwerbswelt, zumeist auf eine Teilzeitstelle. So ist nach dem dritten Lebensjahr des jüngsten Kindes das dominante Muster das eines „modernisierten Ernährermodells“ mit dem in Vollzeit arbeitenden Vater und einer in Teilzeit arbeitenden Mutter (54%); nur etwa 13% der Partner arbeiten in einer „Vollzeit/Vollzeit-Konstellation“. Dementsprechend trägt die Mehrheit der Mütter (60%) weniger als 30% zum gesamten Haushaltseinkommen bei; nur 13% erwirtschaften mehr als die Hälfte. Auch wenn auf den Verdienst der Mütter in der Regel nicht verzichtet werden kann, bleibt der Vater der Haupternährer.

Eingespannt im Job: Überstunden und Wochenendarbeit

Selbst wenn die Mütter erwerbstätig sind, arbeiten die Väter deutlich länger: Unter den Familien, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten (11%), kommen Väter im Durchschnitt auf 45, die Mütter auf 39 Stunden pro Woche. Ebenso arbeiten die Väter auch in Familien, in denen beide Elternteile Teilzeit arbeiten (3%; N=87) im Mittel mehr Wochenarbeitsstunden (31h) als die Mütter (28h).

Abbildung 2 / Anteile aktiver Väter in Abhängigkeit von den tatsächlichen Arbeitsstunden des Vaters



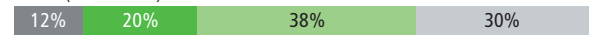
Nichterwerbstätig / Teilzeit: 0 - 38 Stunden pro Woche;
 Vollzeit / Leichte Mehrarbeit: 39 - 47 Stunden pro Woche;
 Lange Überstunden: 48 Stunden und mehr pro Woche

Datenquelle: AID:A-II, n=2.837. Testergebnis: $\chi^2(4) = 208,993$, $p < 0,01$, Cramer's V = 0,192, eigene Berechnungen (mit ungewichteten Daten)

Abbildung 3 / Work-Life-Balance der befragten Väter und Mütter

Work-to-family-Konflikt

Väter (n = 2.933)



Mütter (n=1.822)



Family-to-work-Konflikt

Väter (n=2.933)



Mütter (n=1.824)



■ Kein Konflikt ■ Kleiner Konflikt
 ■ Mittlerer Konflikt ■ Großer Konflikt

Datenquelle: AID:A-II, n = 1.822 - 2.933, eigene Berechnungen (mit ungewichteten Daten)

Häufig geht die Erwerbsarbeit der Väter noch weit über die vertraglich vereinbarten Stunden hinaus. Nur bei knapp der Hälfte der Väter bleibt es bei einer normalen Vollzeitwoche: 22% der Väter arbeiten 41 bis 45 Stunden, 17% arbeiten 46 bis 50 Stunden und 13% gar 51 Stunden und mehr pro Woche. Darüber hinaus macht die Arbeit auch vor den „typischen Familienzeiten“ nicht halt: 43% der Mütter geben an, dass ihr Partner auch am Wochenende oder an Feiertagen arbeitet. 22% Väter arbeiten zu „untypischen Stunden“ (vor 7 und nach 19 Uhr) und 14% der Väter arbeiten in Wechselshift.

Die Spannung zwischen Arbeit und Familie

Anders als es die egalitären Genderkonzepte höher gebildeter Väter nahelegen, finden sich unter den Männern mit einem (Fach-)Abitur weniger „aktive Väter“⁴⁴ als unter den Vätern mit einem mittleren oder niedrigeren Bildungsabschluss (vgl. Li u.a. 2015). Ein Grund liegt in den Arbeitsbedingungen: Väter mit höheren Bildungsabschlüssen müssen deutlich häufiger Überstunden leisten. Viele Überstunden wiederum erwiesen sich in den Analysen als größter Hemmschuh für eine aktive Vaterschaft. So überrascht es nicht, dass sich der geringste Anteil „aktiver Väter“ unter den Vätern findet, die eine hohe Zahl an Arbeits- und Überstunden leisten müssen (vgl. Abbildung 2).

Durch ihren Wunsch sowohl in ihrem Beruf als auch in der Familie engagiert zu sein, stehen heute zahlreiche Männer vor einer Vereinbarkeitsproblematik, wie sie Frauen seit Jahrzehnten erleben.

19

Alle befragten Väter (unabhängig vom Bildungsabschluss) sind sich dieses Dilemmas bewusst und äußern sich unzufrieden mit ihrer Zeitverwendung. 43% der Väter finden, dass sie zu viel Zeit für den Beruf verwenden. Gleichzeitig sagen 66% Väter, dass sie zu wenig Zeit mit ihren Kindern verbringen. Volle 86% geben an, sie hätten zu wenig Zeit für die Partnerschaft.

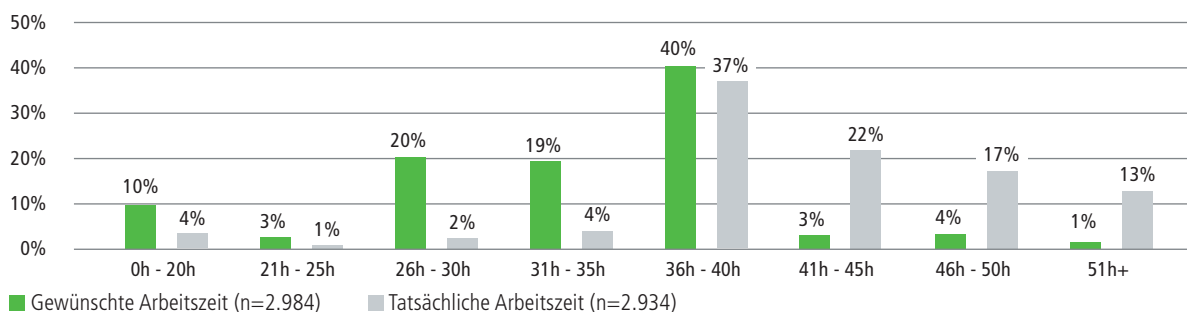
Viele Väter nehmen einen direkten Konflikt zwischen ihrer Erwerbstätigkeit und den Anforderungen der Familie wahr (vgl. Abbildung 3): Während Mütter sich wegen ihrer familiären Verpflichtungen eher in ihrer beruflichen Verwirklichung eingeschränkt fühlen, finden die Väter, dass ihr Beruf zu stark in ihr Privatleben eingreift (Work-to-Family-Konflikt): 30% der Väter geben an, dass die Arbeit es ihnen sehr schwer macht, ihre familiären Verpflichtungen zu erfüllen. Die wahrgenommenen Konflikte wiederum hängen eng mit dem Engagement der Väter zusammen: So klagen nur 16% der „aktiven Väter“,

aber 50% der „wenig aktiven Väter“ über große Work-to-Family-Konflikte. „Aktive Vaterschaft“ wird also vor allem von Vätern gelebt, deren Beruf wenig mit den familiären Aufgaben in Konflikt gerät.

Arbeitszeiten als „Stellschraube“: Was sich die Väter wünschen

Wie können die heutigen Männer, die „von ganzem Herzen“⁴ engagierte Väter sein möchten, aber zugleich „leidenschaftlich gerne“ ihren Beruf ausüben, den Ansprüchen beider Bereiche genügen? Väter wollen vor allem weniger Zeit für ihren Beruf aufwenden. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie ihre Jobs vernachlässigen möchten. Vielen (40%), würde es schon reichen, zumindest bei der gängigen Vollzeit zu bleiben (36 bis zu 40 Stunden pro Woche); nur wenige (8%) möchten länger als 40 Wochenstunden arbeiten (vgl. Abbildung 4). Die längere Teil-

Abbildung 4 / Gewünschte und tatsächliche Arbeitsstunden der Väter



Datenquelle: AID:A-II, n = 2.934 - 2.984, eigene Berechnungen (mit ungewichteten Daten)

4 Analysen zu aktiver Vaterschaft zeigen, dass Väter sich hinsichtlich der Übernahme von Alltagsverantwortung für die Kinder deutlich unterscheiden und sich in „aktive“, „durchschnittlich aktive“ und „wenig aktive Väter“ kategorisieren lassen (zur genaueren Definition vgl. Li u.a. 2015).

5 Zitate aus: <http://www.zeit.de/2014/06/vereinbarkeit-vaeter-kinder-karriere-luege>



Dr. Xuan Li ist Mitarbeiterin im Kompetenzteam „Familie“ des DJI-Surveys AID:A („Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“) in der Abteilung „Familien und Familienpolitik“ des DJIs. Sie forscht unter anderem zu Vaterschaft und väterlichem Erziehungsverhalten hinsichtlich der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Dr. Claudia Zerle-Elsäßer ist kommissarische Leiterin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung von Familien“ in der Abteilung „Familie und Familienpolitik“ des DJIs. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Vaterschaft, Familiengründung sowie die Lebensführung von Eltern und Kindern.

Literatur

- › Abel, Falk / Abel, Jeanette (2009): Zwischen neuem Vaterbild und Wirklichkeit. Die Ausgestaltung der Vaterschaft bei jungen Vätern. Ergebnisse einer qualitativen Studie. In: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hrsg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen! Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 231-249
- › Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2006): Facetten der Vaterschaft. Perspektiven einer innovativen Väterpolitik. Berlin: BMFSFJ. www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=70116.html
- › Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2014): Jungen und Männer im Spagat: Zwischen

zeit wäre ein alternatives Ideal: 19% der befragten Väter wünschen sich eine Wochenarbeitszeit von 31 bis 35 Stunden und weitere 23% würden am liebsten nur zwischen 21 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten. Dem stehen allerdings deutlich längere tatsächliche Arbeitszeiten entgegen.

Fazit: Durch ihren Wunsch sowohl in ihrem Beruf als auch in der Familie engagiert zu sein, stehen heute zahlreiche Männer vor einer Vereinbarkeitsproblematik, wie sie Frauen seit Jahrzehnten erleben. Noch immer versucht die Mehrheit der Mütter die konfligierenden Anforderungen aus beiden Lebenssphären zu balancieren, indem sie sich mehr oder weniger stark aus der Erwerbswelt zurückziehen. Die Mehrheit der Väter hingegen zieht sich mehr oder weniger stark aus der Familienarbeit zurück und überlässt die Hauptverantwortung für Haushalt und Familie den Müttern. Allerdings scheint die Unzufriedenheit an solchen Arrangements nicht nur bei Müttern, sondern auch unter Vätern zu wachsen. Es ist daher davon auszugehen, dass sich die Geschlechter bei entsprechender Infrastruktur und bei entsprechenden Gelegenheitsstrukturen bei der Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit weiter aufeinander zubewegen werden. ✕

Rollenbildern und Alltagspraxis. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zu Einstellungen und Verhalten. www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=203140.html (11.05.2015)

- › Brost, Marc / Wefing, Heinrich (2015): Geht alles gar nicht. Warum wir Kinder, Liebe und Karriere nicht vereinbaren können. Reinbek / Berlin: Rowohlt Verlag
- › Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2009): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen!. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- › Hochschild, Arlie / Machung, Anne (1990): The Second Shift. Avon Books: New York
- › Lange, Andreas / Zerle, Claudia (2008): Väter im Familienalltag. Die Kluft zwischen Einstellungen und Verhalten. In: Forum Sexualaufklärung und Familienplanung, H. 2, S. 17-20
- › Li, Xuan / Zerle-Elsäßer, Claudia / Entleitner, Christine / Schier, Michaela (2015): Väter 2015: Wie aktiv sind sie, wie geht es ihnen und was brauchen sie? Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts. München: Deutsches Jugendinstitut
- › Meuser, Michael (2009): Keine Zeit für die Familie? Ambivalenzen involvierter Vaterschaft. In: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 215-231
- › Zerle, Claudia / Krok, Isabelle (2008): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Ein weiteres Kind:

Wunsch und Realisierung einer Familienerweiterung

Angelika Tölke

21

In Deutschland ist die Orientierung an der Norm einer Zwei-Kind-Familie extrem stark ausgeprägt. Dies gilt für den Wunsch nach einem weiteren Kind ebenso wie für das faktische Handeln. Mütter nur eines Kleinkindes äußern nicht nur mehrheitlich den Wunsch nach Familienzuwachs, sie realisieren ihn auch mit größter Wahrscheinlichkeit. Bei Müttern von zwei oder mehr Kindern kommt es dagegen trotz weiterem Kinderwunsch signifikant seltener zu einer Realisierung. Andere denkbare Einflussfaktoren auf eine Familienerweiterung spielen kaum eine Rolle.

Anders als zum Zeitpunkt der Gründung einer Familie sind bei späteren Überlegungen zu einer Familienerweiterung schon vielfältige Erfahrungen mit dem Leben in einer Familie gemacht worden: mit den Rollen als Mutter bzw. Vater sowie als Eltern, dem Umgang mit den Bedürfnissen eines Kindes und dem Bedarf an Unterstützung bei Betreuung bzw. mit Erfahrungen bei deren Inanspruchnahme, mit der Vereinbarkeit mit beruflichen Anforderungen – um nur einige zu nennen. Ein weiteres Kind kann jedoch weitere neue Erfahrungen und erneut wesentliche Veränderungen mit sich bringen. Dies spiegelt sich in der häufig zu hörenden Aussage, dass „Familie“ erst mit dem zweiten Kind beginne. Reflektiert wird damit die Erfahrung eines verstärkten Abstimmungsbedarfs zwischen den Partnern zur Koordinierung der Aufgaben und der Zeitstrukturen in der Familie wie auch mit den Anforderungen und Zeitstrukturen von Beruf und Betreuungseinrichtungen. „Während das erste Kind irgendwie mitlaufen kann, verän-

dert das zweite Kind den Lebensstil grundsätzlich.“ (Familie.de, o.J.) Zwei Kinder können nicht so selbstverständlich bei den Großeltern oder der Nachbarin zur Betreuung abgegeben wie ein Kind – und noch schwieriger wird es mit bei drei und mehr Kindern.

Unter demografischen Gesichtspunkten wird die Förderung insbesondere von Mehrkindfamilien für zentral gehalten (vgl. BMFSFJ 2008). Umso entscheidender sind Erkenntnisse darüber, welche Faktoren den Wunsch nach mehr als einem Kind und dann in der Folge die Umsetzung dieses Kinderwunsches beeinflussen. Entsprechend stellt der vorliegende Beitrag folgende Fragen: Wer äußert den Wunsch nach einem weiteren Kind? Bei wem kommt es dann tatsächlich zu einer Familienerweiterung? Werden Kinderwunsch und die Realisierung von Familienzuwachs überwiegend durch familieninterne Faktoren oder auch von externen Faktoren wie z.B. Region oder Infrastruktur der Kinderbetreuung vor Ort beeinflusst?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden der im Jahr 2009 (AID:A I) von Müttern geäußerte Wunsch nach einem weiteren Kind sowie die Realisierung einer Familienerweiterung bis zum Jahr 2014 (AID:A II) untersucht. Es wurden Mütter mit mindestens einem Kind ausgewählt, deren jüngstes Kind zum Zeitpunkt der Erstbefragung unter vier Jahren¹ alt war und die mit einem Partner zusammenwohnten. Es gehen ausschließlich Mütter in diese Untersuchung ein, die sowohl an der Erst- als auch an der Zweitebefragung teilgenommen haben. Diese Kriterien trafen auf 1.281 Mütter zu². Die Frage nach dem Kinderwunsch lautete: „Möchten Sie weitere Kinder?“. Der Kinderwunsch wurde im Fragebogen mit weiteren Fragen zum Zeitraum, zur gewünschten Gesamtkinderzahl und nach einer bereits vorliegenden Schwangerschaft, erfasst. Die faktische Erweiterung einer Familie, also der Sachverhalt, ob 2014 mehr Kinder in einer Familie leben als im Jahr 2009, wird unter zwei Aspekten betrachtet. In einem ersten Schritt wird untersucht, welche Umstände einen Familienzuwachs befördern, unabhängig davon, ob im Jahr 2009 ein weiterer Kinderwunsch geäußert worden war. In einem zweiten Schritt wird die Aussage zum Kinderwunsch einbezogen und seine Bedeutung im Vergleich zu anderen Faktoren herausgearbeitet.

Der Wunsch nach einem weiteren Kind

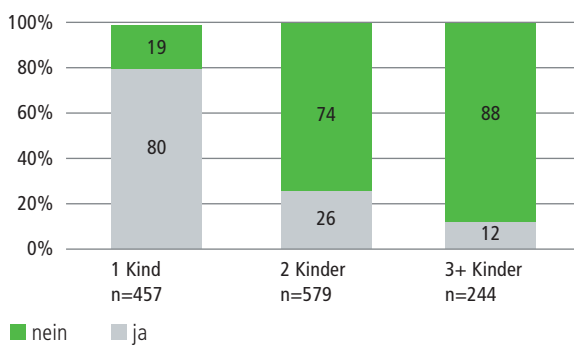
Der normativen Orientierung an der Zwei-Kind-Familie kommt in Deutschland eine herausragende Bedeutung zu, sowohl für die gewünschte Kinderzahl als auch für das faktische Verhalten. Die extrem enge Verknüpfung des Wunsches nach einem weiteren Kind mit der bereits vorhandenen Kinderzahl sticht in Abbildung 1 unmittelbar ins Auge: 80% der Mütter, die im Jahr 2009 erst ein Kind hatten, äußern den Wunsch nach einem weiteren Kind, nur 19% wollen es bei einem Kind belassen. Existieren bereits zwei Kinder, äußert nur noch jede vierte Mutter (26%) den Wunsch nach einer größeren Familie, in kinderreichen Familien sind es lediglich 12%.

Die herausgehobene Bedeutung der bereits vorhandenen Kinderzahl für den weiteren Kinderwunsch, wird in multivariaten Analysen (logistische Regression) nicht nur bestätigt, sondern die normative Orientierung an der Zwei-Kind-Familie erdrückt fast alle anderen denkbaren Einflussfaktoren. Dabei wurden in diesen Analysen zur Erklärung eines weiteren Kinderwunschs die folgenden Merkmale einbezogen: erstens die Familiensituation (Familienstand, Kinderzahl, Alter des jüngsten Kindes, Be-

treuungserfahrung), zweitens die Person der Mutter (Alter, Bildungsniveau, Erwerbsumfang, Konfession, Lebenszufriedenheit) und drittens die Region (Infrastruktur Kinderbetreuung, Ost-West, Ortsgröße).

Selbst bei Einbeziehung all dieser Informationen in die Analysen sticht die Bedeutung der Anzahl der Kinder zur Erklärung eines weiteren Kinderwunsches signifikant heraus. Als ideale Anzahl von Kindern in einer Familie gelten zwei Kinder – ist diese Norm in der Familie bereits erreicht, so gilt die Familienbildung meist als abgeschlossen. Hat die Familie dagegen erst ein Kind, ist der Wunsch nach einem zweiten Kind außerordentlich stark. Er ist – bei Kontrolle aller anderen Merkmale – um das 16fache höher als bei Müttern mit zwei Kindern und 34-mal höher als in kinderreichen Familien³. Im Vergleich hierzu ist der weitere Kinderwunsch bei Müttern von zwei Kindern nur um das 2fache höher als in kinderreichen Familien. Die multivariaten Ergebnisse zeigen weiterhin, dass der Wunsch nach Familienzuwachs auch stark vom Lebensalter der Mutter sowie – abgeschwächt – von deren Bildungsniveau beeinflusst wird. Ist eine Mutter bereits 35 Jahre oder älter, so äußert sie signifikant seltener einen weiteren Kinderwunsch als jüngere Mütter. Dies hängt vermutlich mit der biologisch abnehmenden Fertilität, aber auch mit normativen Vorstellungen über das richtige Alter für Geburten und Überlegungen zur eigenen Belastbarkeit zusammen. In der Gruppe der unter 35jährigen heben sich die sehr jungen Mütter mit unter 25 Jahren zusätzlich ab. Sie äußern nochmals häufiger einen Kinderwunsch als Mütter im mittleren Lebensalter.

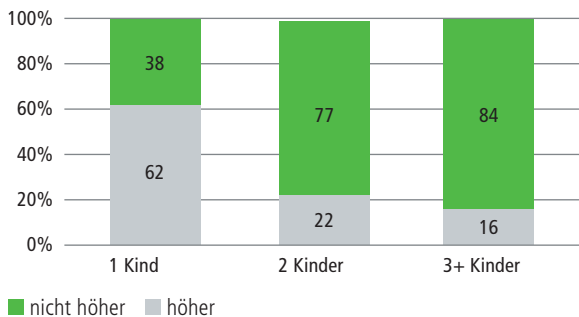
Abbildung 1 / Weiterer Kinderwunsch in Abhängigkeit von Kinderzahl im Jahr 2009



Quelle: AID:A I und AID:A II, eigene Berechnungen. In AID:A I (2009) Alter 0 bis unter 4 Jahre, ungewichtet.

¹ Diese Altersbegrenzung entspricht dem üblichen Entscheidungszeitraum von Eltern für eine Familienerweiterung, ist aber auch durch das Paneldesign bedingt.
² Desweiteren mussten vollständige soziodemografische Angaben, die in die Modellberechnungen eingehen, vorliegen.
³ Diese Aussagen beziehen sich auf die odds ratios (Wahrscheinlichkeitsverhältnis) der logistischen Regression; odds ratios sind ein Maß für die Größe der Chancen für Familienzuwachs bezogen auf die Chancen einer Vergleichsgruppe.

Abbildung 2 / Familienzuwachs bis 2014 in Abhängigkeit von Kinderzahl im Jahr 2009



Quelle: AID:A I und AID:A II, eigene Berechnungen. In AID:A I (2009) Alter 0 bis unter 4 Jahre, ungewichtet.

Die Merkmale Kinderzahl und Alter der Mutter verweisen auf den fertilen und demografischen Aspekt der Familienentwicklung. Weitere soziodemografische Merkmale der Mutter und der Familiensituation, das regionale Umfeld sowie die Infrastruktur für Kinderbetreuung vor Ort haben eindeutig nachgeordnete oder gar keine Bedeutung. Mütter mit Fachhochschul-/Universitätsabschluss äußern häufiger einen weiteren Kinderwunsch als Frauen mit abgeschlossener Lehre – bei Kontrolle aller anderen Merkmale. Jedoch zeigen weder die Beteiligung am Arbeitsmarkt noch der Umfang der Arbeitszeit der Mutter signifikante Effekte, ebenso wenig der Familienstand oder die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben. Für externe Faktoren, wie die Infrastruktur für Kinderbetreuung vor Ort, Wohnortgröße und dem Wohnort in Ost- oder Westdeutschland, können ebenfalls keine signifikanten Effekte auf den Wunsch nach einer Familienerweiterung ausgewiesen werden. Dieser ist aufs engste und fast ausschließlich mit der extrem starken normativen Orientierung an der Zwei-Kind-Familie verknüpft, gefolgt vom Lebensalter der Mutter.

Familienzuwachs zwischen 2009 und 2014

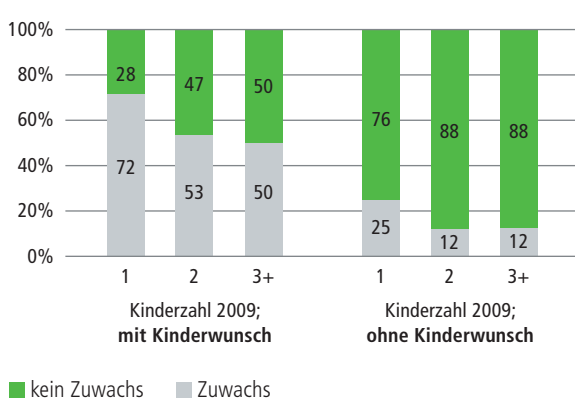
Bei gut einem Drittel (35%) der Mütter hat sich in den Jahren zwischen 2009 und 2014 die Familie vergrößert. Die realisierte Familienerweiterung steht – ebenso wie wir es beim weiteren Kinderwunsch gesehen haben – in einer sehr engen Beziehung zur bereits vorhandenen Kinderzahl (Abb. 2). 62% der Ein-Kind-Familien haben Zuwachs bekommen, dagegen nur 22% der Zwei-Kind- und 16% der Mehrkindfamilien.

Bezieht man den Kinderwunsch in die Analyse mit ein, so wird das Bild nochmals deutlicher. Bei 72% der Mütter, die im Jahr 2009 erst ein Kind hatten und (min-

destens) ein weiteres wünschten, erhöhte sich die Kinderzahl bis 2014 auch tatsächlich (Abb. 3). Hatte die Familie bereits zwei oder mehr Kinder, wurde der Wunsch nach einer größeren Familie dagegen nur von jeder zweiten Mutter (53% bzw. 50%) realisiert, bei ungefähr der Hälfte wurde der Wunsch also (noch) nicht erfüllt. Sogar bei denjenigen Müttern, die keinen Kinderwunsch geäußert hatten, besteht ein Zusammenhang zwischen ihrer Kinderzahl im Jahr 2009 und einer Familienerweiterung. Bei einem Viertel der Ein-Kind-Familien kam es in den betrachteten fünf Jahren zu Familienzuwachs, obwohl kein weiterer Kinderwunsch geäußert worden war, in Familien mit mindestens zwei Kindern beträgt dieser Anteil nur 12%. Für diese Fälle sind allerdings eine Reihe von Gründen denkbar: von einer Änderung des Kinderwunsches über zufällige Begebenheiten bis zu einer „Neu“-Zusammensetzung der Familie, also die Gründung einer Patchworkfamilie.

Wie stellt sich das Bild der faktischen Familienerweiterung dar, wenn in multivariaten Analysen weitere mögliche familienbezogene sowie externe Einflussfaktoren einbezogen werden? (Es werden dieselben Einflussfaktoren wie bei der Analyse des Kinderwunsches gewählt.) Da zu erwarten ist, dass vom Kinderwunsch ein so starker Effekt auf das Fertilitätsverhalten ausgeht, dass andere Einflussfaktoren nur eingeschränkt identifiziert werden können, werden zunächst die Ergebnisse ohne Berücksichtigung des Kinderwunsches dargestellt: es zeigt sich, dass die Kinderzahl den stärksten Einfluss unter allen Einflussfaktoren hat. Die Chance, dass es zu einer Familienerweiterung kommt, ist in Ein-Kind-Familien um das

Abbildung 3 / Familienzuwachs bis 2014 in Abhängigkeit von Kinderzahl und Kinderwunsch im Jahr 2009



Quelle: AID:A I und AID:A II, eigene Berechnungen. In AID:A I (2009) Alter 0 bis unter 4 Jahre, ungewichtet.

Sechsfache höher als die Chance in Familien mit zwei Kindern; Zwei-Kind- und Mehrkindfamilien unterscheiden sich beim Familienzuwachs nicht. In Ein-Kind-Familien ist somit nicht nur der Wunsch nach einem weiteren Kind am stärksten ausgeprägt, wie wir oben gesehen haben, sondern in dieser Familienphase kommt es auch mit größter Wahrscheinlichkeit und signifikant häufiger zu einer Familienerweiterung. Die im Jahr 2009 über 35-jährigen Mütter haben signifikant seltener als Mütter der mittleren Altersgruppe ein weiteres Kind bekommen. Das Alter zwischen Mitte 20 bis Mitte 30 ist typisch für eine Familienerweiterung.

Nimmt man die Aussage der Mütter zu ihrem weiteren Kinderwunsch aus dem Jahr 2009 in die statistischen Analysen als Faktor zur Erklärung des Prozesses einer Familienerweiterung auf, so dominiert dieser Effekt tatsächlich alles – nur ein erheblich reduzierter Effekt der Kinderzahl bleibt erhalten. Der geäußerte Kinderwunsch – in den Analysen differenziert nach dem Zeithorizont der Planung – ist fast identisch mit seiner Realisierung, insbesondere, wenn das nächste Kind für die nächsten zwei Jahre geplant war. Hatte eine Mutter im Jahr 2009 hingegen den Wunsch nach einem weiteren Kind zwar bejaht, jedoch bei der zeitlichen Perspektive mit „weiß nicht“ oder „später als in fünf Jahren“ geantwortet, so ist die Wahrscheinlichkeit für eine Familienerweiterung nahezu mit der Verneinung eines weiteren Kinderwunsches gleichzusetzen. Unsicherheiten bei der zeitlichen Planung oder ein intendierter Aufschub sind somit sehr gute Prädiktoren dafür, dass eine prinzipiell gewünschte Familienerweiterung nicht realisiert wird. Selbst ein für die nächsten drei bis fünf Jahre geplanter Familienzuwachs wurde innerhalb von fünf Jahren signifikant seltener realisiert als bei einer Planung für die nächsten zwei Jahre. Auch das Alter der Mutter und geringfügig das Alter des jüngsten Kindes tragen zur Erklärung der Familienerweiterung bei, selbst wenn die zeitliche Planung zur Realisierung des Kinderwunschs in Rechnung gestellt wird. Im

Prozess der Familienerweiterung kommt auch der Ortsgröße eine zumindest geringe Bedeutung zu: Mütter, die 2009 in städtischen Ballungsgebieten wohnten, haben seltener ein weiteres Kind bekommen als Mütter in mittelgroßen Städten. Weitere Charakteristika der Mutter oder der Familie sowie externe Faktoren, wie die Betreuungsinfrastruktur, haben keinen unmittelbaren Effekt.

Fazit: Der Wunsch nach einem ersten Kind und der Entscheidungsprozess für eine Erstelternschaft mögen – wie andere Studien zeigen (u.a. Borchardt/Stöbel-Richter 2004) – vielfältig bedingt sein und von äußeren Rahmenbedingungen abhängig sein. Ist jedoch dieser Schritt vollzogen, so ist der Wunsch nach einem zweiten Kind fast zwangsläufig und die meisten Eltern erfüllen sich diesen Wunsch. In dieser Familiensituation ist der Kinderwunsch der Mutter ein ausgezeichneter Prädiktor für eine dann tatsächlich eintretende Familienerweiterung. Inwieweit dies Ausdruck einer einvernehmlich erfolgten Abstimmung mit dem Partner ist, muss hier offen bleiben. Interessanterweise zeigt sich, dass die Prognosekraft des Wunsches deutlich niedriger ist, wenn bereits zwei oder mehr Kinder vorhanden sind. Möglicherweise divergieren in dieser Situation die Kinderwünsche der Partner stärker. Es liegt aber nicht minder nahe, dass der Kinderwunsch in dieser Familienphase weniger normativ gerahmt und damit weniger stark gefestigt ist. Allerdings erfährt die These, dass in Deutschland die Familienbildung mit maximal zwei Kindern als abgeschlossen gilt, auch unter einer anderen Perspektive Bestätigung. Die Zufriedenheit von Eltern von einem Kind und von zwei Kindern nimmt im Zeitverlauf eine ähnliche Entwicklung – bei zwei Kindern auf einem etwas niedrigeren Niveau. Die Geburt eines dritten Kindes jedoch scheint mit negativen Auswirkungen auf die Zufriedenheit von Eltern verknüpft zu sein (Myrskylä 2015). Entsprechende Fragestellungen können zukünftig auch mit AID:A-Daten aufgegriffen werden. ✕

Literatur

- ›Borchardt, Anke / Stöbel-Richter, Yve (2004): Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren – eine qualitative Studie. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 114
- ›Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2008): Hans Bertram: Die Mehrkinderfamilien in Deutschland. Zur demographischen Bedeutung der Familie mit drei und mehr Kindern und zu ihrer ökonomischen Situation. Expertise für das Kompetenzzentrum

Dr. Angelika Tölke ist wissenschaftliche Referentin im „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“.

- für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin
- ›Familie.de <http://www.familie.de/eltern/der-richtige-zeitpunkt-fuer-das-2-kind-536109.html>. Aufruf 20.7.2015
- ›Myrskylä, Mikko (2015): Späte Kinder machen glücklich. In: Demografische Forschung. Aus erster Hand, Nr. 2, S.3

Auswirkungen des Ausbaus öffentlicher Kindertagesbetreuung für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr:

Was ändert sich für potentielle Nutzer und überzeugte Nichtnutzer?

Christian Alt/ Sandra Hubert/ Hannah Steinberg

25

Ziel des Kinderförderungsgesetzes (2008) war es durch den Ausbau der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf, insbesondere für Mütter, zu verbessern. Seither wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, den Krippenausbau voranzutreiben. Inwieweit sich dieser massive Ausbau auf die Deckung des Betreuungsbedarfs ausgewirkt und die Nachfrage nach einem öffentlich geförderten Betreuungsplatz befriedigt hat, wird in diesem Artikel dargestellt. Dabei lässt sich zum einen feststellen, dass sich die Anzahl derjenigen, die 2015 noch immer einen ungedeckten Bedarf an einem Betreuungsplatz haben, deutlich reduziert hat. Zum anderen können Eltern das, was sie tatsächlich wollen, immer besser realisieren.

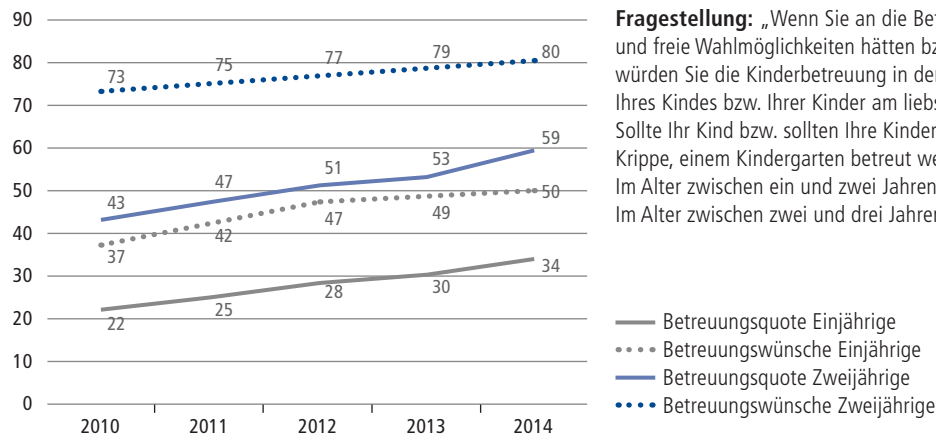
Seit August 2013 gilt bundesweit der Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr. Der Anspruch bezieht sich auf eine halbtägige öffentliche Betreuung entweder in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege (bei einer Tagesmutter/einem Tagesvater) (vgl. Meysen u.a. 2013). Das im Dezember 2008 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz (KiföG) bildet das rechtliche Fundament des Ausbaus. Der durch das Gesetz vorangetriebene Ausbau der Kindertagesbetreuung sollte dazu beitragen, dass Eltern ihren Betreuungsbedarf realisieren können. (Siehe auch Alt u.a. 2011; Alt u.a. 2014; Hubert u.a. 2014).

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden zwei Fragen nachgegangen. Zum einen geht es darum, inwieweit im Zuge des Ausbaus und der Einführung des Rechts-

anspruchs nicht nur die Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen gestiegen ist, sondern sich auch der Wunsch nach einem öffentlichen Kinderbetreuungsplatz verändert hat. Der Fokus ist dabei sowohl auf die Inanspruchnahme als auch auf die bevorzugte Betreuungsform, die sich Eltern für ihr ein- bzw. zweijähriges Kind vorstellen, gerichtet. Zum anderen interessiert die Frage, ob durch den erfolgten Ausbau nun auch jene Eltern ihren Bedarf decken können, die den Wunsch nach einem Betreuungsplatz bereits seit längerem äußern.

Betrachtet man zunächst die amtlichen Statistiken für Betreuungsquoten der zweijährigen Kinder, so ist ein weitgehend kontinuierlicher Anstieg von 43% im Jahr 2010 auf 59% im Jahr 2014 zu verzeichnen (siehe Abbildung 1). Auch bei den einjährigen Kindern fiel der Anstieg stark aus (von 22% im Jahr 2010 auf 34% 2014).

Abbildung 1 / Elterlicher Betreuungsbedarf sowie Betreuungsquoten für einjährige und zweijährige Kinder (in %, Mehrfachantworten möglich)



Fragestellung: „Wenn Sie an die Betreuung Ihrer Kinder denken und freie Wahlmöglichkeiten hätten bzw. gehabt hätten, wie würden Sie die Kinderbetreuung in den verschiedenen Altersstufen Ihres Kindes bzw. Ihrer Kinder am liebsten organisieren? Sollte Ihr Kind bzw. sollten Ihre Kinder zu dem Zeitpunkt in einer Krippe, einem Kindergarten betreut werden?
Im Alter zwischen ein und zwei Jahren?
Im Alter zwischen zwei und drei Jahren?“

Quellen: BMFSFJ 2010, 2011, 2012, 2015; AID:A II 2013/14 (eigene Berechnungen zu den Betreuungswünschen der Eltern von Kindern unter einem Jahr); Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2010–2014, Stichtag: 1. März; (eigene Berechnungen) (ungewichtete Daten)

Um zu klären, inwieweit sich Ausbau und Rechtsanspruch auf die Wünsche der Eltern nach einem öffentlich geförderten Kinderbetreuungsplatz ausgewirkt haben, wurden ab 2010 Eltern mit Kleinkindern in jährlichen Erhebungen dazu befragt, welche Betreuung sie für ihr Kind im Alter von einem oder zwei Jahren für optimal befinden (BMFSFJ 2010 – 2015). Diese Wünsche werden als der elterliche Bedarf angesehen, der mit dem Ausbau gedeckt werden sollte. Die hier verwendeten Angaben stammen von Eltern, deren Kind zum Zeitpunkt der Befragung unter einem Jahr alt war, also auch nach Inkrafttreten des Rechtsanspruchs noch nicht das für den Rechtsanspruch erforderliche Alter erreicht hat. Diese Eltern, deren Kinder nur zu einem marginalen Anteil (3%) schon außerfamiliär betreut werden, können noch am ehesten unvoreingenommen die Frage beantworten, wie sie ihre Kinder im Alter zwischen einem und drei Jahren am liebsten betreuen lassen würden.

Abbildung 1 zeigt, dass der Betreuungsbedarf an einem Platz in einer Kindertageseinrichtung, wie ihn die Eltern artikuliert haben, zwischen 2010 und 2014 kontinuierlich gestiegen ist. Für das zweite Lebensjahr ihres Kindes wünscht sich mittlerweile die Hälfte aller Eltern einen Platz in einer Einrichtung. 2010 lag der Anteil noch bei 37%. Die Befürwortung der Betreuung ihres Kindes in einer Kindertageseinrichtung korreliert mit dem Alter des Kindes: Acht von zehn Eltern sind der Meinung, dass die öffentliche Betreuung für ihr Kind im

Alter zwischen zwei und drei Jahren die richtige Lösung sein wird (vgl. Abbildung 1).

Vergleicht man diese Befunde mit den amtlichen Betreuungsquoten, so fällt die parallel verlaufende Entwicklung der zunehmenden Inanspruchnahme und der Akzeptanz von öffentlicher Betreuung in einer Kindertageseinrichtung auf, wobei die Betreuungsquoten stets unterhalb der elterlichen Betreuungswünsche bleiben. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs ist keine sprunghafte Zunahme der Wünsche zu beobachten. Was sich aber im Ansatz beobachten lässt, ist, dass sich Wünsche und Quoten in den letzten beiden Jahren angenähert haben. Der enorme Ausbau der letzten Jahre deckt offensichtlich zunehmend den vorhandenen – und ebenfalls steigenden – Bedarf.

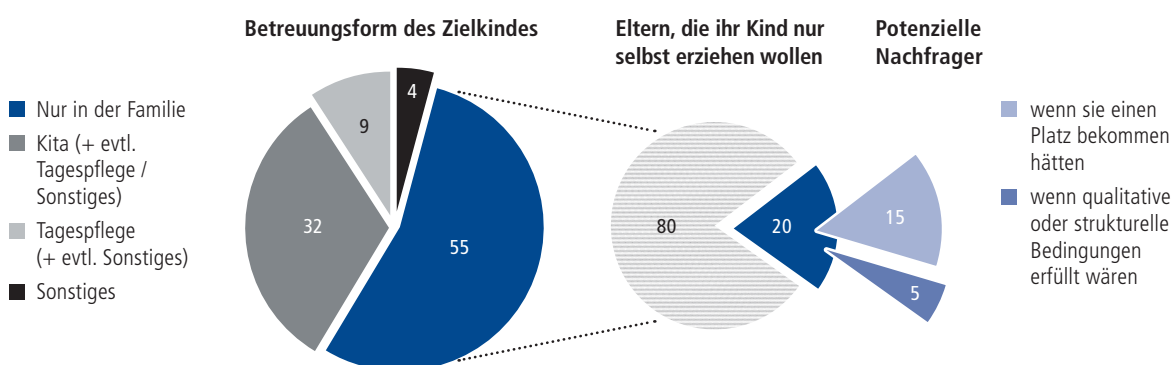
Im zweiten Schritt soll nun überprüft werden, ob die Erweiterung des Betreuungsangebots für Familien mit ein- und zweijährigen Kindern dazu geführt hat, dass der Anteil der Nicht-Nutzer mit Betreuungsbedarf (d.h. jener Eltern, die ihr Kind z. B. aufgrund fehlender Betreuungsplätze nur in der Familie betreuen) mit dem Ausbau über die Jahre hinweg gesunken ist. Dabei sollte der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten dazu beitragen, den Betreuungsbedarf dieser potentiellen Nutzer der öffentlichen Kinderbetreuung besser zu decken. Um die Auswirkungen des Ausbaus auf diese Elterngruppe untersuchen zu können, wird die Gruppe der Nicht-Nutzer unterschieden in jene, die ihr Kind unabhängig



vom Angebot an öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten ausschließlich in der Familie erziehen wollen (überzeugte Nicht-Nutzer) und solche, die als potenzielle Interessenten an einem Betreuungsplatz bezeichnet werden können (potenzielle Nutzer). Durch den Ausbau der Betreuungsplätze in den letzten Jahren sollte der Anteil

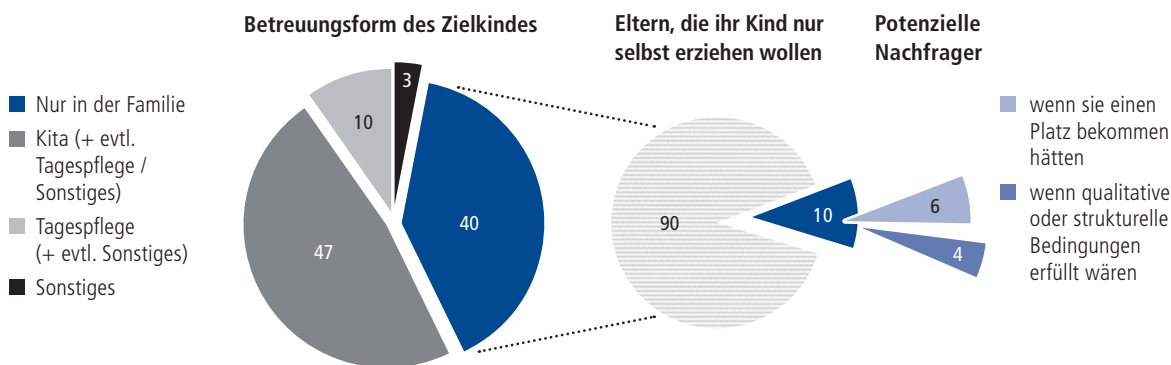
derjenigen Eltern gesunken sein, die ihr ein- bzw. zweijähriges Kind nur deshalb in der Familie erziehen, weil sie keinen Betreuungsplatz gefunden haben. Abbildung 2 zeigt zunächst den Status Quo im Jahre 2009. Damals gaben 55% der Eltern Ein- und Zweijähriger an, keinen öffentlichen Betreuungsplatz zu nutzen. 80% dieser

Abbildung 2 / Tatsächliche Betreuungsform 2009 und Ausdifferenzierung der Eltern in solche, die ihr Kind nur in der Familie erziehen möchten und solche, die gern öffentliche Betreuung nutzen würden (potenzielle Nutzer) (in %)



Quelle: AID:A I 2009 (eigene Berechnungen). N = 1.979. Auskunftspersonen sind Eltern von Kindern im Alter von ein und zwei Jahren. Anmerkungen: Bei der Betreuungsform des Kindes konnten die Eltern Mehrfachantworten geben. Damit kann es hier zu Abweichungen der Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen im Vergleich zu den Angaben in der amtlichen Statistik kommen. (ungewichtete Daten)

Abbildung 3 / Tatsächliche Betreuungsform 2014/15 und Ausdifferenzierung der Eltern, die ihr Kind nur in der Familie erziehen möchten, und solche, die gern öffentliche Betreuung nutzen würden (potenzielle Nutzer) (in %)



Quelle: KiföG 2014/15 (eigene Berechnungen). N = 1.731. Auskunftspersonen sind Eltern von Kindern im Alter von ein und zwei Jahren. Anmerkungen: Bei der Betreuungsform des Kindes konnten die Eltern Mehrfachantworten geben. Damit kann es hier zu Abweichungen der Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen im Vergleich zu den Angaben in der amtlichen Statistik kommen. (ungewichtete Daten)

Nichtnutzer gaben als Grund für die Nichtinanspruchnahme an, ihr Kind lieber selbst erziehen zu wollen (überzeugte Nicht-Nutzer). Die übrigen 20% nannten diesen Grund nicht und sind damit potenzielle Nutzer eines öffentlichen Betreuungsplatzes.

In dieser Gruppe der potenziellen Nutzer scheiterte der Wunsch überwiegend daran, dass kein Halbtags- oder Ganztagsplatz zur Verfügung stand. Drei Viertel der potenziellen Nutzer – dies waren 15% aller Eltern, die ihr Kind selbst betreuen – hätten somit gerne die öffentliche Betreuung für ihr Kind genutzt, konnten es aber mangels Platzangebot nicht. Für das verbleibende Viertel der potenziellen Nutzer – bzw. rund 5% aller Nicht-Nutzer – sind die Gründe ihrer Nichtinanspruchnahme eher darin zu suchen, dass bestimmte qualitative und strukturelle Bedingungen nur unzureichend erfüllt waren (z.B. der Wunsch nach passenderen Betreuungszeiten oder nach mehr Erzieher/innen pro Gruppe) oder die Kosten für eine aushäusige Betreuung zu hoch waren.

Zum Beobachtungszeitpunkt 2014/15, der zeitlich nach dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs im August 2013 liegt, hat der Anteil derjenigen Familien, die ihr Kind im Alter zwischen einem und drei Jahren in einer öffentlichen Einrichtung oder bei einer Tagespflegeperson betreuen lassen, deutlich zugenommen. Er belief sich auf insgesamt rund 60% (vgl. Abbildung 3). 47% der Kinder verfügen über einen Kita-Platz und ca. 10% sind in Tagespflege untergebracht. Dies entspricht im Sinne

der zuvor berichteten amtlichen Statistik dem sichtbaren Effekt des Ausbaus.

Umgekehrt werden bei einem Rückgang von rund 15 Prozentpunkten nur noch 40% der Kinder ausschließlich in der Familie betreut. Von den Eltern, die 2014/15 ihr Kind in der Familie betreuen, sind nur noch 10% bereit, ihr Kind in eine öffentliche Kinderbetreuungseinrichtung zu geben. Das heißt, der Anteil der überzeugten Nicht-Nutzer innerhalb der Gruppe der Nicht-Nutzer hat sich erhöht und unter den potenziellen Nutzern gibt lediglich etwas mehr als die Hälfte an, dass sie einen angebotenen Platz auch wirklich angenommen hätte (6% aller Eltern, die ihr Kind ausschließlich in der Familie betreuen). Für den Rest (4% aller Selbstbetreuer) müssten darüber hinaus weitere strukturelle und qualitative Bedingungen erfüllt sein, um das Kind in Betreuung zu geben. Die letztgenannten Gruppen sind allerdings insgesamt klein.

Nur noch 4% (10% von 40%) aller Eltern mit Kindern im Alter von zwei oder drei Jahren sind als potenzielle Nutzer zu sehen – verglichen mit noch 11% (20% von 55%) im Jahr 2009. Vor allem der Anteil derjenigen, bei denen die Betreuung des Kindes allein am Platzangebot scheiterte, hat sich von 8% (15% von 55%) auf 2% (6% von 40%) aller Eltern merklich reduziert.

Im Zuge des Ausbaus der U3-Betreuung ist zunächst zu konstatieren, dass der Anteil der Familien, die derzeit ihr Kind ausschließlich in der Familie betreuen, erkennbar gesunken ist.

Gleichzeitig ist der Anteil der überzeugten Nichtnutzer innerhalb dieser Gruppe der Nichtnutzer von 80% auf knapp 90% (Anteil der Eltern, die aussagen, dass sie ihr Kind lieber selbst erziehen möchten) gestiegen. Dieser Anstieg lässt sich als ein Effekt der Homogenisierung interpretieren.

Viel deutlicher aber ist der Rückgang der potentiellen Nutzer. Nur noch ca. 10% der Nicht-Nutzer wären (potenziell) daran interessiert, eine öffentliche Betreu-

ung für ihr Kind in Anspruch zu nehmen. Damit hat sich diese Nachfrage im Beobachtungszeitraum halbiert. Das Bedeutsame an diesem Rückgang ist die Tatsache, dass es nicht mehr nur um ein mangelndes Angebot an Plätzen geht, sondern im nahezu gleichen Umfang Qualitätsansprüche gestellt werden.

Unsere Befunde zeigen, dass sich zum einen der Zugang zu einem Betreuungsplatz vereinfacht hat. Dies zeigt sich an der sinkenden Zahl der potentiellen Nutzer. Der Ausbau der U3-Betreuung zeigt hier schon die beabsichtigte Wirkung. Zum anderen verweisen die Ergebnisse aber auch darauf, dass zukünftig ein gutes Drittel aller Eltern ihr Kind ausschließlich in der Familie betreuen will. Auch durch ein vergrößertes und verbessertes Angebot werden diese Eltern ihre Überzeugung beibehalten, dass sie die ersten Jahre gemeinsam mit ihrem Kind verbringen wollen. All das kann als Hinweis dafür gedeutet werden, dass das, was Eltern wollen und was sie realisieren können, immer besser zusammenpasst. ✕

Dr. Christian Alt, geb. 1954, arbeitet als Projektleiter im „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ und ist Leiter des Kompetenzteams „Kinder“.

Dr. Sandra Hubert, geb. 1978, arbeitet als wissenschaftliche Referentin im „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ und ist Mitglied im Kompetenzteam „Kinder“.

Hannah Steinberg, geb. 1986, arbeitet als wissenschaftliche Referentin im „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ und ist Mitglied im Kompetenzteam „Kinder“.

LITERATUR

- ▶ Alt, Christian / Berngruber, Anne / Hubert, Sandra (2014): Ist das deutsche Kita-System sozial ausgewogen? Trotz Ausbau kein Platz? Der Einfluss von Einstellungen und soziodemografischen Faktoren auf die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Kindertagesbetreuung. DJI Top Thema zu „Kinderbetreuung, U3.“ München: Deutsches Jugendinstitut <http://www.dji.de/index.php?id=43703> [30.01.2015]
- ▶ Alt, Christian / Berngruber, Anne / Riedel, Birgit: (2011): Kinderbetreuung: Auf einem guten Weg zu Bildungsgerechtigkeit und Vereinbarkeit? In: Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 86-99
- ▶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2010): Erster Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Berlin
- ▶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2011): Zweiter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Berlin
- ▶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2012): dritter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Berlin
- ▶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2013): Vierter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes. Berlin

- ▶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2014): Fünfter Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes Bericht. Berlin
- ▶ Hubert, Sandra / Berngruber, Anne / Alt, Christian (2014): Die öffentliche Kinderbetreuung für unter Dreijährige: (Eltern-) Bedarfe 2013 und ihre Veränderungen zwischen 2012 und 2013. Befunde der ersten und zweiten KiföG-Bundesländerstudie. München: Deutsches Jugendinstitut <http://www.dji.de/index.php?id=42995>.
- ▶ Hubert, Sandra / Berngruber, Anne / Alt, Christian (2015): Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige: Elternbedarfe und ihre Determinanten. Befunde der ersten drei Erhebungswellen der DJI-Länderstudien (2012–2014) München: Deutsches Jugendinstitut
- ▶ Meysen, Thomas / Beckmann, Janna / Seltmann, David / Birnstengel, Petra (2013): Rechtsanspruch U3, aber kein Platz: Was erwartet die Kommunen? Rechtsgutachtendes Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) eV vom 21. Dezember 2012. Heidelberg
- ▶ Statistisches Bundesamt (2011): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2011. Wiesbaden
- ▶ Statistisches Bundesamt (2012): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2012. Wiesbaden
- ▶ Statistisches Bundesamt (2013): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2013. Wiesbaden
- ▶ Statistisches Bundesamt (2014): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2014. Wiesbaden

Brüche in der Betreuungskarriere am Schulbeginn: Familien in Ostdeutschland im Vorteil

Katrin Hüsken

30

Vom zweiten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt haben Familien inzwischen einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind. Einen Anspruch auf außerunterrichtliche Betreuung für Grundschulkindern gibt es hingegen nicht. Trotz starker Ausbaubemühungen im Kontext der Ganztagschule in den vergangenen Jahren führt das regional sehr unterschiedliche Angebot an Betreuungsplätzen dazu, dass ein Teil der Familien nicht die gewünschte Betreuung oder den gewünschten Betreuungsumfang realisieren kann.

Die deutsche Familienpolitik der letzten 20 Jahre ist geprägt von einer Förderung institutionalisierter Kindertagesbetreuung. Seit dem 1. Januar 1996 haben Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung. Dem folgte in den vergangenen Jahren ein massiver Ausbau an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder, um dem seit 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch für ein- und zweijährige Kinder nachkommen zu können. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung wurden verschiedene Ziele simultan verfolgt: Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive soll Eltern – zumeist den Müttern – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden. Gleichzeitig soll in familienpolitischer Hinsicht die wirtschaftliche Stabilität verbessert, die soziale Teilhabe von Familien und die Realisierung von Kinderwünschen ermöglicht werden. Darüber hinaus soll allen Kindern möglichst früh Zugang zu Bildungsangeboten gegeben werden.

Diese politischen Maßnahmen der vergangenen Jahre haben zu einem starken Anstieg der Bildungs- (und Be-

treuungs-)beteiligung im Vorschulbereich geführt. Im Jahr 2013 nutzten 98% aller Fünffährigen in Deutschland eine Kindertagesbetreuung, 44% sogar mehr als 35 Stunden pro Woche (vgl. Bildungsbericht 2014).

Damit einher ging eine stärkere Erwerbsbeteiligung der Mütter sowie eine Veränderung des Lebensmodells von Paaren mit Kindern. War 1996 in Westdeutschland noch in 45% aller Familien der Vater der Alleinverdiener, so sank dieser Anteil bis 2012 auf 30%. Ein modernisiertes Ernährermodell, bei dem der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit tätig ist, hat erheblich an Bedeutung gewonnen und wird nun von der Mehrheit der Familien gelebt (vgl. Holst/Wieber 2014).

Der Eintritt des Kindes in die Schule stellt dieses Modell vor neue Herausforderungen, da es (noch) keinen Rechtsanspruch auf außerunterrichtliche Betreuung für Grundschulkindern gibt und in diesem Bereich eine Zerteilung Deutschlands deutlich wird. Während in Ostdeutschland auf noch vor der Wiedervereinigung ent-

standene Betreuungsstrukturen zurückgegriffen werden konnte, war und ist die Grundschule in Westdeutschland traditionell eine Halbtagschule. Mit einem Unterrichtsende in den ersten Schuljahren deutlich vor 12.00 Uhr sind diese kaum mit einer Berufstätigkeit beider Elternteile vereinbar. 17% der Mütter mit einem jüngsten Kind zwischen sechs und 14 Jahren, die gern wieder berufstätig wären oder ihre Arbeitszeit ausweiten würden, können dies aufgrund fehlender Betreuungsangebote nicht umsetzen. Das sind 5% mehr als im Vorschulbereich (vgl. Böhmer u.a. 2014, S. 241).

Neben den genannten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Argumenten führten mit der Veröffentlichung der PISA 2000-Studie (vgl. Deutsches Pisa-Konsortium 2001 bis 2003) zunehmend auch bildungspolitische Gründe zu einem verstärkten Interesse an ganztägiger Bildung und Betreuung im Schulbereich. Vor allem die in Deutschland ausgeprägte Koppelung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung führte zur Forderung nach und zur Förderung des Ausbaus von Ganztagschulen (z.B. durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (vgl. BMBF 2003a)).

Zur ganztägigen außerhäuslichen Betreuung stehen neben verschiedenen Formen der Ganztagschule auch Kindertageseinrichtungen (meist als Horte nach SGB VIII und den entsprechenden Ausführungsverordnungen der Bundesländer) sowie verschiedene Formen der Übermittagsbetreuung zur Verfügung. Daten der amtlichen Statistiken zur Inanspruchnahme institutioneller außerunterrichtlicher Betreuung für Grundschüler gibt

es nur für die beiden Hauptbetreuungsarten Hort und Ganztagschule. Die Berechnung einer Betreuungsquote – wie bei der Betreuung der Kinder unter sechs Jahren in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH) üblich – ist jedoch nicht möglich, da die Teilnahme an den beiden Betreuungsformen über zwei unterschiedliche Statistiken (KJH-Statistik und Statistik der Kultusministerkonferenz) erfasst wird und es damit zu Doppelersfassungen kommen kann (vgl. Bock-Famulla/Lange 2011, S. 36f.). Im Jahr 2014 besuchten demnach 8% der westdeutschen Grundschüler einen Hort, während der Anteil in Ostdeutschland bei 50% lag. Als Ganztagschüler/innen im Schuljahr 2013/14 waren in Westdeutschland 25% und in Ostdeutschland 55% aller Grundschulkinder erfasst (vgl. Bock-Famulla/ Lange/ Strunz 2015).

Elternbefragungen – wie der DJI-Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) – haben demgegenüber den Vorteil, auch Aussagen zu anderen Betreuungsformen zu ermöglichen.¹

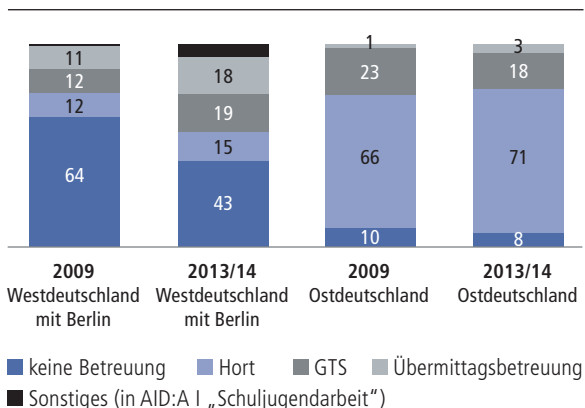
Im Folgenden wird auf Basis der Daten von AID:A II analysiert, wie Familien mit Erst- und Zweitklässlern (N=1530) die Betreuung ihrer Kinder nach dem Eintritt in die Schule gestalten und von welchen Faktoren der Besuch einer Betreuungseinrichtung abhängt.

Betreuungsformen von Erst- und Zweitklässlern

Die Ergebnisse der Elternbefragung AID:A II zeigen hinsichtlich der außerunterrichtlichen Betreuung von Grundschulkindern der ersten beiden Klassenstufen für 2013/2014 weiterhin eine deutliche Zweiteilung Deutschlands (vgl. Abb.1): Während in Westdeutschland mehr als 40% dieser Kinder eine klassische Halbtagschule ohne zusätzliche institutionelle Betreuung besuchen, gehört für die Mehrheit der ostdeutschen Grundschulkinde der Besuch eines Hortes (71%) oder einer Ganztagschule (18%) zum Alltag; lediglich 8% der Kinder sind ohne institutionelle Betreuung. In Westdeutschland besuchen die Kinder, die institutionell betreut werden, zu etwa gleichen Teilen einen Hort (15%), eine Ganztagschule (19%) oder eine Übermittagsbetreuung (18%). Die letztgenannte Form der Betreuung spielt hingegen in der ostdeutschen Betreuungslandschaft nur eine untergeordnete Rolle.

Ein Vergleich mit den Daten aus AID:A I (2009) zeigt, dass in beiden Landesteilen der Anteil der nicht-institutionell betreuten Kinder zurück gegangen ist. In

Abbildung 1 / Betreuungsformen von Erst- und Zweitklässlern 2009 und 2013/14 (in Prozent)



Quelle: DJI-Surveys AID:A I und AID:A II; $n_{2009}=1383$, $n_{2013/14}=1534$; Daten gewichtet; eigene Berechnungen

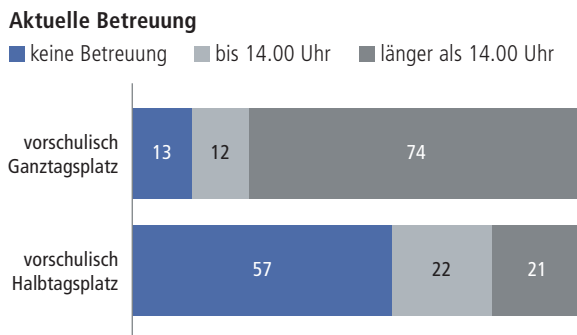
¹ Vergleiche mit den in den Statistiken ausgewiesenen Beteiligungsquoten erweisen sich aber als problematisch, da die Bezeichnung, die Familien für ihre gewählte Betreuungsart haben, nicht mit der in den Statistiken erfassten Art der Einrichtung übereinstimmen muss bzw. Eltern häufig Kooperationen nicht bekannt sind.

Westdeutschland ist dies auf eine stärkere Inanspruchnahme von Ganztagsschulen und Übermittagsbetreuungen zurückzuführen, während in Ostdeutschland der Anteil der im Hort betreuten Kinder zugenommen hat.

Horte und Ganztagschulen werden von mehr als 90% der Kinder bis mindestens 16.00 Uhr besucht. Dieses Zeitfenster entspräche einer Ganztagsbetreuung im Vorschulalter. Für zwei Drittel der in Übermittagsbetreuungen oder sonstigen Angeboten betreuten Kinder endet hingegen die Betreuung spätestens um 14.00 Uhr.

Ein Vergleich der Betreuungszeiten vor und nach Schuleintritt zeigt, vor welche Probleme manche Familien gestellt werden. 13% der Kinder, die vor der Einschulung ganztags eine Kindertageseinrichtung besuchten, haben keinen Betreuungsplatz nach oder in der Schule bekommen; für weitere 12% endet die Betreuung nun spätestens 14.00 Uhr (vgl. Abb.2). Für einige Familien mag das eine geplante Umstellung der Betreuung sein, jedoch geben 18% aller Familien an, im Zuge der Einschulung Probleme mit der Organisation der Betreuung am Nachmittag gehabt zu haben.

Abbildung 2 / Betreuung von Erst- und Zweitklässlern vor und nach dem Schuleintritt (in Prozent)



Quelle: DJI-Survey AID:A II; n=1523; Daten gewichtet; eigene Berechnungen

Wer nimmt (k)einen Betreuungsplatz in Anspruch?

Für die Frage, ob ein Betreuungsplatz in Anspruch genommen wird, erweisen sich sowohl Einflussgrößen auf der Angebots- und Vergabeseite als auch familiäre Rollenbilder als bedeutsam (vgl. Abb. 3).

Organisierte Betreuung – unabhängig von ihrer Dauer – wird häufiger in Ostdeutschland und in Ballungsräumen in Anspruch genommen. Dafür verantwortlich dürfte das größere Angebot an Hort- und Ganztagsschul-

plätzen in diesen Regionen sein. Lebt das Kind bei einem alleinerziehenden Elternteil oder bei unverheirateten Eltern, hat es eine erwerbstätige Mutter, gehört es der Mittel- bzw. Oberschicht an oder hat es keine Geschwister, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es nach dem Unterricht institutionell betreut wird.

Nicht-Nutzer finden sich hingegen hauptsächlich in Westdeutschland bei verheirateten Paaren mit mehreren Kindern, bei denen die Frau nicht erwerbstätig ist. Es gibt sie in allen Schichten, wobei Familien der unteren Schichten häufiger keinen Betreuungsplatz für ihr Kind haben.

Überzeugte Nicht-Nutzer vs. potenzielle Nutzer

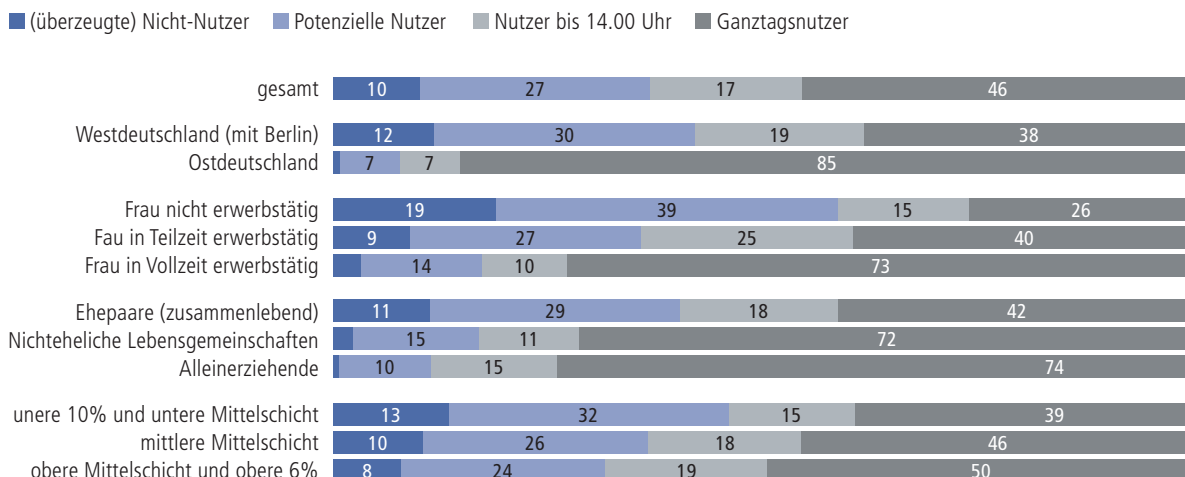
Jene Familien, die keinen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, lassen sich hinsichtlich ihrer Nachfrage nach einem Betreuungsplatz differenzieren. Die Familien, die in der Befragung klar zum Ausdruck bringen, dass sie keine Betreuung in Anspruch nehmen, da sie diese nicht brauchen und auch nicht wollen, werden zu den überzeugten Nicht-Nutzern gezählt (10%). Jede vierte Familie eines Erst- und Zweitklässlers hat hingegen keinen Betreuungsplatz für das Kind, wünscht sich aber einen solchen oder gibt an, keinen Platz bekommen zu haben. Diese potenziellen Nutzer haben einen Betreuungsbedarf, der zum Zeitpunkt der Befragung nicht gedeckt werden konnte.

In multivariaten Analysen, die eine Reihe potenzieller Einflussfaktoren untersuchen, unterscheiden sich potenzielle Nutzer und überzeugte Nicht-Nutzer kaum. Potenzielle Nutzer zeichnen sich dadurch aus, dass die Mütter häufiger einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder – so lässt sich der Wunsch nach einer Betreuung interpretieren – nachgehen möchten. Überzeugte Nicht-Nutzer sind hingegen häufiger Familien ohne Migrationshintergrund, mit verheirateten Partnern, die ein klassisches Alleiner-nährermodell leben und somit keine Betreuung nach der Schule benötigen.

Ganztags- vs. Kurzzeit-Nutzer

Für eine Teilnahme an ganztägiger Betreuung erweisen sich im Vergleich zur Betreuung über Mittag vor allem ein Wohnort in Ostdeutschland, in Ballungsräumen oder ländlichen Regionen, eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit der Mutter und die Familienform als bedeutsam. Zum einen spiegelt sich hierin das größere Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen in Ostdeutschland und Agglomerationsräumen wider. Zum anderen zeigt sich der erhöhte Bedarf der Familie an einer Betreuung des Kindes, wenn die Mutter einer Erwerbstätigkeit nachgeht,

Abbildung 3 / Verteilung der Nutzergruppen nach ausgewählten Merkmalen (in Prozent)



Quelle: DJI-Survey AID:A II; n=1510-1520; Daten gewichtet; eigene Berechnungen

vor allem wenn lange Fahrtwege zurückzulegen sind oder nur ein Elternteil die Erziehung übernimmt. Aber auch die bei Platzmangel häufig praktizierte Vergabepraxis, wonach Plätze in Horten oder Ganztagschulen bevorzugt an berufstätige Eltern oder berufstätige alleinerziehende Elternteile vergeben werden, kann diese Befunde erklären.

Katrin Hüsken, Dipl. Psych., geb. 1977, arbeitet in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ und ist Mitglied im Kompetenzteam „Kinder“.

Fazit: In der Betreuungslandschaft für Grundschulkin- der hat sich – auch ohne Ausformulierung eines Rechts- anspruchs – in den vergangenen Jahren viel getan. Der Anteil der Kinder, die nach dem Unterricht keine Be- treuung in Hort, Ganztagschule oder Übermittagsbe- treuung in Anspruch nehmen, ist deutlich zurückge- gangen. Trotz allem zeigen sich regionale Disparitäten, die zu einer selektiven Inanspruchnahme führen. Für einige Familien stellt dabei der Eintritt in die Grund- schule einen Bruch in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. ✕

2 Neben diesen Merkmalen erweisen sich bei multivariater Betrachtung auch der Regionsgrundtyp, die Anzahl der Kinder im Haushalt und der Migrations- hintergrund als signifikante Einflussgrößen.

LITERATUR

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag
- Bock-Famulla, Kathrin / Lange, Jens / Strunz, Eva (2015): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2015. Transparenz schaffen – Governance stärken. Gütersloh: Verlag Bertelsmannstiftung
- Bundesministerium der Finanzen (BMF) / Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) / Prognos (Hrsg.) (2014): Böhrner, Michael / Ehrentraut, Oliver / Heimer, Andreas / Henkel, Melanie / Ohlmeier, Nina / Poschmann, Katharina / Schmutz, Sabrina / Weisser, Johannes:

- Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland. Endbericht. Berlin: Prognos
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2003): Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“. Bonn
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basis- kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske und Budrich
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2002): PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen: Leske und Budrich
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2003): PISA 2000. Ein diffe- renzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske und Budrich
- Holst, Elke / Wieber, Anna (2014): Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn. DIW Wochenbericht, Nr. 40, S. 967-975

Coparenting, Kontakthäufigkeit und Sorgerecht in Trennungsfamilien

Christine Entleitner-Phleps / Alexandra Langmeyer

34

Durch die Pluralisierung von Lebensformen erlebt ein nicht unerheblicher Anteil von Kindern und Jugendlichen eine Trennung oder Scheidung der leiblichen Eltern. Wie Eltern nach einer Trennung/Scheidung auch weiterhin gemeinsam in der Erziehung zusammenarbeiten und mit welchen Herausforderungen sie in Bezug auf das gemeinsame Sorgerecht in diesem Zusammenhang konfrontiert werden, soll in diesem Beitrag mit den Daten von AID:A II untersucht werden.

Im Jahr 2013 waren rund 136.000 minderjährige Kinder von einer Ehescheidung der Eltern betroffen (vgl. Statistisches Bundesamt 2014). Hinzu kommen Kinder, deren Eltern vor der Trennung nicht verheiratet waren. Trennungen nichtehelicher Lebensgemeinschaften werden zwar in der amtlichen Statistik nicht erfasst, aber durch Studien ist bekannt, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften ein höheres Trennungsrisiko aufweisen als verheiratete Paare (vgl. Langmeyer 2015). Nichtehelich geborene Kinder müssen demnach in höherer Weise mit einer Trennung der (leiblichen) Eltern rechnen.

Waren die Eltern vor der Trennung miteinander verheiratet oder haben die nichtehelichen Eltern die gemeinsame Sorge für das Kind beantragt, so bleibt seit der Kindschaftsrechtsreform 1998 in der Regel auch nach der Trennung der Status der gemeinsamen elterlichen Sorge erhalten. Getrennt lebende Eltern sind daher in besonderem Maße gefordert, in Erziehungsaufgaben zusammen-

zuarbeiten. Da extern lebende Elternteile in den letzten Jahrzehnten vermehrt auch das Aufwachsen ihrer Kinder miterleben möchten (vgl. Amato u.a. 2009), kommt dem sogenannten Coparenting zwischen getrennt lebenden Elternteilen eine besondere Bedeutung zu (vgl. Sbarra/Emery 2005). Coparenting meint die gegenseitige Unterstützung beider Eltern bei der Ausgestaltung der Elternrolle, die Übereinstimmung von Erziehungsvorstellungen sowie die elterliche Zusammenarbeit in der Erziehung (vgl. Gabriel und Bodenmann 2006; Langmeyer 2015).

Im Folgenden greifen wir anhand von Daten aus AID:A II die Fragen auf, wie Eltern nach einer Trennung/Scheidung auch weiterhin gemeinsam in der Erziehung zusammenarbeiten und wie sich diese Zusammenarbeit je nach Sorgerechtsstatus der Eltern ausgestaltet. Hierbei gehen wir auch darauf ein, welche Rolle die Kontakthäufigkeit des Kindes mit dem extern lebenden Elternteil spielt.

Trennungsfamilien und der Kontakt zum anderen Elternteil

Die Auswertungen der AID:A II Daten umfassen Kinder unter 17 Jahren (N=12.865). Der überwiegende Teil dieser Kinder wächst in Kernfamilien auf. Sieht man sich die Verteilung in AID:A II in verschiedenen Altersgruppen an, so wird ein höherer Anteil an Trennungsfamilien mit zunehmendem Alter deutlich: während 9% der unter 6-jährigen Zielkinder in einer Trennungsfamilie aufwachsen, steigt der Anteil bei 6-11-Jährigen auf 13% und in der Altersgruppe der 12-17-Jährigen auf 19%¹. Verglichen mit anderen Surveys sind diese Anteile gering. So leben beispielsweise im Generations and Gender Survey (GGS) von 2005 rund ein Viertel der Kinder unter 17 Jahren nicht in Kernfamilien (vgl. BMFSFJ 2013).

Betrachtet man in AID:A II nur diejenigen Kinder, die nicht mit beiden Elternteilen zusammenleben, so ist bei 9% dieser Kinder der andere Elternteil verstorben und bei weiteren 8% der Kinder haben die leiblichen Eltern nie zusammen gelebt. Der weit überwiegende Teil der nicht mit beiden Elternteilen zusammenlebenden Kinder (83%) haben also eine Trennung oder Scheidung der Eltern erlebt.

Hinsichtlich des Kontakts zum externen Elternteil berichten 68% derjenigen Auskunftspersonen, die in einer Trennungsfamilien leben, dass sowohl sie selbst als auch das Kind Kontakt zum anderen Elternteil haben (vgl. Tabelle 1). Weitere 16% der Befragten geben an, dass zwar das Kind Kontakt zum anderen Elternteil hat, sie selbst aber nicht. In 14% der Fälle haben weder das Kind noch der mit dem Kind lebende Elternteil Kontakt zum anderen Elternteil. Nur sehr selten haben lediglich die Eltern untereinander Kontakt (2%). Besteht Kontakt zum Kind, so findet dieser persönlich, telefonisch oder in einer anderen Form in rund zwei Drittel der Fälle häufig

Tabelle 1 / Kontaktstrukturen in Trennungsfamilien

68%	Kind und Elternteil haben Kontakt zum anderen Elternteil
16%	Kind hat Kontakt zum anderen Elternteil, Elternteil nicht
2%	Eltern haben miteinander Kontakt, Kind nicht
14%	Kind und ein Elternteil haben keinen Kontakt zum anderen Elternteil
100%	Gesamt

Quelle: AID:A II, 0- bis 17-jährige Zielpersonen, die in einer Trennungsfamilie leben; n=1.198; eigene Berechnungen (ungewichtet)

Tabelle 2 / Sorgerecht und Kontakthäufigkeit der Kinder mit extern lebenden Elternteil

	Allgemeines Sorgerecht	Gemeinsames Sorgerecht
Häufiger Kontakt	34%	69%
Seltener Kontakt	32%	25%
Kein Kontakt	34%	6%
Gesamt	100% (n=400)	100% (n=773)

Quelle: AID:A II, 0- bis 17-jährige Zielpersonen, die in einer Trennungsfamilie leben; n=1.173; eigene Berechnungen (ungewichtet)

statt, d. h. mindestens ein bis zwei Mal pro Woche. Ein Drittel berichtet von selteneren Kontakten.

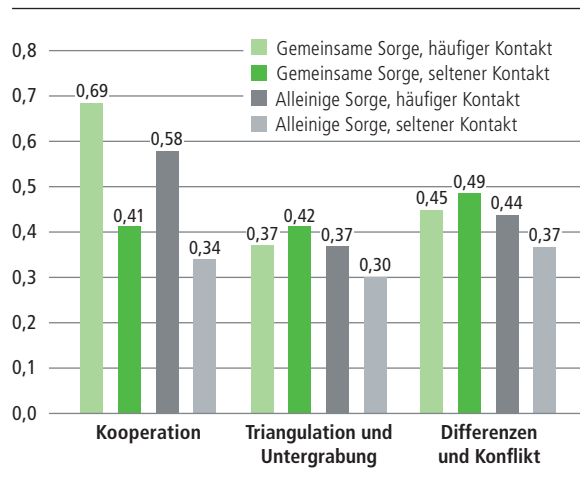
Für die Kinder, die in einer Trennungsfamilie leben, geben zwei Drittel der getrennt lebenden Eltern ein gemeinsames Sorgerecht an, bei dem anderen Drittel liegt das alleinige Sorgerecht bis auf wenige Ausnahmen bei der Mutter. In Tabelle 2 wird der Zusammenhang zwischen der Kontakthäufigkeit des Kindes mit dem extern lebenden Elternteil und dem Sorgerechtsstatus deutlich. Während bei alleinigem Sorgerecht jeweils rund ein Drittel der Kinder häufige oder seltene Kontakte zum externen Elternteil und ein weiteres Drittel keinen Kontakt mehr hat, geben nahezu 70% der Befragten mit gemeinsamen Sorgerecht an, dass das Kind häufigen Kontakt mit dem extern lebenden Elternteil pflegt. Nur in 6% der Fälle besteht trotz gemeinsamer Sorge kein Kontakt zum Kind.

Coparenting in Trennungsfamilien

In AID:A II wurden drei Dimensionen der elterlichen Zusammenarbeit in der Erziehung mit dem externen Elternteil erfragt. Die Dimension „elterliche Kooperation“ umfasst Angaben, die die Zusammenarbeit in den Vordergrund stellen (z. B. „Wir sind als Eltern ein gutes Team“, „Wichtige Entscheidungen in der Kindererziehung treffen wir gemeinsam“). Die Dimension „Differenzen und Konflikt“ fragt nach Streit über Erziehungsfragen, Inkonsistenz zwischen den Elternteilen (z. B. „Ein Elternteil ist nachsichtig, der andere eher streng“) oder grundsätzlich unterschiedlichen Vorstellungen von Kindererziehung. Die dritte Dimension „Triangulation und Untergrabung“ beschreibt die Situationen, dass das Kind von einem Partner als Druckmittel eingesetzt wird oder die Autorität eines Elternteils untergraben wird (z. B. „Gegenseitiges ‚in den Rücken fallen‘“, „Er/Sie zieht unser Kind in unsere Konflikte hinein“, „Er/Sie sagt gemei-

¹ Zu beachten ist, dass sich diese Ergebnisse auf ungewichteten Daten beziehen (vgl. Beitrag Bien, Quellenberg und Pötter, in dieser Broschüre). Dies ist mitunter ein Grund, warum die Verteilung von anderen Befragungen abweicht.

Abbildung 1 / Mittelwerte der drei Dimensionen des Coparenting



Quelle: AID:A II, 0- bis 17-jährige Zielpersonen, die in einer Trennungsfamilie leben und selbst sowie die Antwortperson Kontakt zum anderen Elternteil haben, n=795; eigene Berechnungen (ungewichtet)

36

ne oder verletzende Dinge über mich in Gegenwart des Kindes“). Die befragten Eltern konnten jeweils auf einer mehrstufigen Antwortskala ihre Zustimmung/Ablehnung zu diesen Aussagen angeben. Die Skalenwerte für jede Dimension wurden anschließend mit Hilfe von Mittelwerten berechnet. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die einzelnen Skalen auf Werte zwischen 0 und 1 umgerechnet.

Wie arbeiten nun die Ex-Partner unter der Berücksichtigung des Sorgerechts in der Erziehung zusammen? Neben dem Sorgerecht wird auch die Kontakthäufigkeit des Kindes mit dem extern lebenden Elternteil berücksichtigt. Wir unterscheiden vier Gruppen: a) Gemeinsame Sorge, häufiger Kontakt b) Gemeinsame Sorge, seltener Kontakt c) Alleinige Sorge, häufiger Kontakt und d) Alleinige Sorge, seltener Kontakt. Abbildung 1 zeigt Mittelwerte in den drei Dimensionen des Coparenting „Kooperation“, „Triangulation und Untergrabung“ sowie „Differenzen und Konflikt“ für die vier Gruppen.

Eine gute Kooperation zwischen den getrennt lebenden Eltern besteht vor allem bei häufigem Kontakt zwischen Kind und extern lebendem Elternteil. Allerdings finden sich bei häufigen Kontakten und/oder gemeinsamem Sorgerecht auch durchschnittlich höhere Werte in den Dimensionen „Triangulation und Untergrabung“ sowie „Differenzen und Konflikt“. Lediglich bei Familien mit alleiniger Sorge des hauptbetreuenden Elternteils und seltenen Kontakten zum getrennt lebenden Elternteil fallen diese beiden negativen Dimensionen des Coparenting geringer aus. Dies deutet darauf hin, dass in Trennungsfamilien, in denen ein enger Kontakt besteht und Entscheidungen in der Erziehung gemeinsam getroffen werden, zugleich auch mehr Reibungsflächen gegeben sind und mehr Konflikte entstehen.

Fazit: Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass in einem – nicht unbeträchtlichen – Anteil der Trennungsfamilien auch weiterhin Kontakt zum anderen Elternteil, zumindest auf Seiten des Kindes besteht. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Eltern die gemeinsame Sorge für das Kind tragen. Haben die Eltern die gemeinsame Sorge inne, kooperieren sie besser in Fragen der Erziehung. Neben dem Sorgerecht ist auch der Kontakt zum Kind ein bedeutender Faktor für eine positive Zusammenarbeit der Eltern in Trennungsfamilien. Zugleich scheinen beide Faktoren aber auch mehr negatives Verhalten in der Elternallianz zu begünstigen. Dies deutet darauf hin, dass nicht nur die Herstellung des Kontakts im Fokus von Beratungs- und Hilfeangeboten, sondern auch der Aufbau einer positiven Erziehungspartnerschaft zwischen den getrennt lebenden Elternteilen, ein wichtiger Bestandteil sein sollte. ✕

Literatur

- Amato, Paul R. / Meyers, Catherine E. / Emery, Robert E. (2009): Changes in Nonresident Father Child Contact From 1976 to 2002. In: Family Relations, 58 Jg., H. 1, S. 41-53
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2013): Stief- und Patchworkfamilien in Deutschland. Monitor Familienforschung. Berlin
- Gabriel, Barbara / Bodenmann, Guy (2006): Elterliche Kompetenzen und Erziehungskonflikte. Eine ressourcenorientierte Betrachtung von familiären Negativdynamiken. In: Kindheit und Entwicklung, 15. Jg., S. 9-18
- Langmeyer, Alexandra (2015): Sorgerecht, Coparenting und Kindeswohl. Eltern Sein in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Heidelberg: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Sbarra, David A. / Emery, Robert E. (2005): In the presence of grief: The role of emotion in contemporary divorce mediation. In: Fine, Mike A./Harvey, John H. (Hrsg.): Handbook of divorce and dissolution of romantic relationships. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum Associates, S. 553-573

Mag. Christine Entleitner-Phleps, geb. 1986, ist Mitglied im Kompetenzteam „Familie“ und persönliche Referentin der Forschungsdirektorin Prof. Dr. Sabine Walper am Deutschen Jugendinstitut in München.

Dr. Alexandra Langmeyer, geb. 1981, leitet die Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ in der Abteilung Kinder und Kinderbetreuung und teilt sich mit Dr. Christian Alt die Leitung des Kompetenzteams „Kinder“ am Deutschen Jugendinstitut in München.

Statistisches Bundesamt (2014): 5,2% weniger Ehescheidungen im Jahr 2013. Pressemitteilung, 22.07.2014. Online unter: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/07/PD14_258_12631.html (22.06.2015)

Bildung bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Ein Blick auf die unterschiedlichen Migrationsgenerationen

Susanne Gerleigner / Gerald Prein

37

Personen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich – was den Umfang familialer Bildungsaktivitäten angeht – nicht von Personen ohne Migrationshintergrund. Allerdings existieren sehr deutliche Unterschiede beim Bildungserfolg. Diese lassen sich also nicht durch mangelnde Investitionen in Bildung erklären. Während ein längerer Aufenthalt der Familie im Aufnahmeland nicht per se zu einem höheren Bildungserfolg führt, verbessert bereits ein in Deutschland geborenes (Groß-)Elternteil die Chancen deutlich.

Angesichts der demographischen Entwicklungen in Deutschland ist es eine der politischen Zukunftsfragen, wie sich die gesellschaftliche Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund über die Generationenfolge entwickelt (vgl. Baumert/Maaz 2012, S. 282f.). Schon vor rund einem halben Jahrhundert wurde in der Soziologie seitens der Chicagoer Schule (vgl. etwa Park 1950) die Annahme entwickelt, dass sich die soziale Integration von Einwanderern über mehrere Generationen vollzieht und erst ab der 3. Generation eine vollständige Integration in die Kerngesellschaft des Aufnahmelandes zu erwarten ist. Obwohl diese These vielfach kritisiert wurde und wird, stellt sie nach wie vor den Referenzpunkt entsprechender Prognosen und Debatten dar.

Während es in den Vereinigten Staaten hierzu inzwischen eine Vielzahl empirischer Arbeiten gibt, sind diese in Deutschland eher selten zu finden: In der amtlichen Statis-

tik werden Personen aus der 3. Migrationsgeneration nur dann erfasst, wenn sie selbst oder ihre Eltern Ausländer sind¹, in den meisten großen sozialwissenschaftlichen Surveys erscheinen sie oftmals gar nicht (vgl. Betz u.a. 2015, S. 8). Erst in neueren Studien wie dem Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) oder dem Nationalen Bildungspanel (NEPS) ist der Migrationshintergrund bis in die 3. Migrationsgeneration identifizierbar. Auch im AID:A-Survey ist dies seit der ersten Erhebungswelle für Zielpersonen unter 18 Jahren möglich (vgl. Betz u.a. 2015). Mit der zweiten Welle wurde das Erhebungsprogramm dahingehend weiterentwickelt, dass der Migrationshintergrund in Anlehnung an Olczyk u.a. (2014) und Dollmann u.a. (2014) differenzierter erfasst wurde, so dass nun bei allen Zielpersonen beispielsweise das Alter zum Zeitpunkt der Zuwanderung sowie die Geburtsländer der Eltern und Großeltern bekannt sind.

¹ Der Migrationshintergrund wird in der Regel operationalisiert über das Geburtsland der Zielperson bzw. deren Eltern oder Großeltern.



Im Zentrum dieses Beitrags steht die Untersuchung des Bildungserfolgs der Zielpersonen, da Bildung als die Grundlage für das Gelingen der sozialen, kulturellen und emotionalen Integration in die Einwanderungsgesellschaft angesehen werden kann (vgl. z.B. Esser 2001, S. 10). So werden im vorliegenden Beitrag zwei Merkmale von Bildung in den Blick genommen und im Vergleich der Migrationsgenerationen analysiert:

1. Zum einen Bildungsaktivitäten in der Familie für Kinder im Alter zwischen zwei Jahren und der Einschulung,
2. zum anderen der Bildungserfolg von Zielpersonen zwischen 12 und 32 Jahren.

Migrationsgenerationen im Vergleich

Tabelle 1 zeigt die Operationalisierung der differenzierten Migrationsgenerationen und ihre Verteilung in AID:A II. Hierbei wird innerhalb der 1. Zuwanderungsgeneration auch nach dem Alter der Zielperson beim Zuzug unterschieden und in der 2. und 3. Generation nach der Anzahl der Eltern bzw. Großeltern, die im Ausland geboren wurden.

Zur Erfassung der Bildungsaktivitäten wurde ein Index gebildet, in den Angaben der Auskunftsperson über die Häufigkeit gemeinsamer bildungsrelevanter Aktivitäten mit dem Zielkind eingegangen sind.² Der Index wurde als durchschnittliche Häufigkeit der unterschiedlichen Bildungsaktivitäten berechnet und hat einen Wertebereich von 1 (nie) bis 6 (täglich). Der Bildungserfolg wurde durch das Vorliegen eines Abiturs oder eines Hochschulabschlusses abgebildet bzw. bei Schülerinnen und Schülern durch den Besuch eines Gymnasiums oder das Anstreben eines Abiturs.

Tabelle 2 zeigt die Mittel- bzw. Anteilswerte der beiden Indikatoren auf der Basis der ungewichteten Daten getrennt nach Migrationsgenerationen, wobei wir zunächst eine vereinfachende Darstellung wählen. Hinsichtlich der Bildungsaktivitäten in der Familie bestehen de facto keine nennenswerten Unterschiede zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen aus den drei Migrationsgenerationen.

Im Gegensatz dazu zeigen sich beim Bildungserfolg eindeutige Differenzen hinsichtlich des Migrationshin-

Tabelle 1 / Operationalisierung und Verteilung der Migrationsgenerationen in AID:A II

Migrationshintergrund	Generation differenziert	Im Ausland geboren ist / sind ...	Anzahl
1. Generation (n=869)	1,0	Zielperson und mindestens ein Eltern- oder Großelternteil (Zuzug nach dem 5. Lebensjahr)	393
	1,5	Zielperson und mindestens ein Eltern- oder Großelternteil (Zuzug vor dem 6. Lebensjahr)	395
	-1	Zielperson, aber weder Eltern noch Großeltern	81
2. Generation (n=3.736)	2,0	beide Eltern	1.650
	2,25	ein Elternteil und beide Eltern des anderen Elternteils	278
	2,5	ein Elternteil und ein Elternteil des anderen Elternteils	182
	2,75	ein Elternteil	1.626
3. Generation (n=2.398)	3,0	4 Großelternteile	90
	3,25	3 Großelternteile	78
	3,5	2 Großelternteile	542
	3,75	ein Großelternteil	1.688
kein Migrationshintergrund		weder Zielperson noch Eltern noch Großeltern	15.420

Quelle: Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A II), eigene Berechnungen, n=22.423, ungewichtete Daten

² Dabei wurden die folgenden Aktivitäten berücksichtigt: Malen oder basteln, Geschichten vorlesen oder erzählen, Bilderbücher anschauen, kulturelle Aktivitäten wie ins Theater gehen, Karten oder Brettspiele spielen, musizieren, Lieder singen, kleine Gedichte, Kinderreime oder Lieder beibringen.

Tabelle 2 / Bildungsaktivitäten und Bildungserfolg nach Migrationshintergrund

Migrationshintergrund	Mittelwert Bildungsaktivitäten (Standardabweichung in Klammern)	n	Anteil Bildungserfolg	n
1. Generation	4,1 (0,69)	53	46%	766
2. Generation	4,3 (0,67)	897	57%	1.846
3. Generation	4,4 (0,58)	394	69%	1.353
kein Migrationshintergrund	4,4 (0,59)	2.029	64%	9.805

Quelle: Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A II), eigene Berechnungen, n=3.373 / 13.770, ungewichtete Daten

tergrundes. Während in der 2. Generation bereits deutlich mehr Personen erfolgreich im Bildungssystem sind als in der 1. Generation (57% zu 46%), nimmt dieser Anteil in der 3. Generation nochmals zu (69%) und übertrifft sogar signifikant die Gruppe ohne Migrationshintergrund (64%). Hierbei ist zu beachten, dass aufgrund des höheren Anteils Hochgebildeter in der Stichprobe der Bildungserfolg insgesamt überschätzt wird.

Bei einer genaueren Differenzierung des Migrationshintergrundes – wie in Tabelle 1 vorgestellt – werden sowohl zwischen als auch innerhalb der Generationen noch markantere Unterschiede hinsichtlich des Bildungserfolgs deutlich. Zwar gibt es in allen drei Zuwanderungs-Generationen mindestens eine Untergruppe, die fast genauso erfolgreich ist wie die Gruppe ohne Migrationshintergrund; allerdings findet sich auch mindestens eine Untergruppe, die sich deutlich von letzterer unterscheidet (vgl. Abb. 1).

So macht es in der 1. Generation einen Unterschied, ob die Zielperson in Deutschland eingeschult wurde (Generation 1,5) oder nicht (Generation 1,0). Diejenigen, die hier eingeschult wurden, haben einen höheren Bildungserfolg, bleiben aber hinter der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund zurück. Deutlich erfolgreicher als diese beiden Gruppen der 1. Generation sind die Personen, die zwar eigene Migrationserfahrung, aber keinen Migrationshintergrund haben, d.h. bei denen alle Eltern und Großeltern in Deutschland geboren sind (Generation -1). Sie unterscheiden sich nicht von Personen ohne Migrationshintergrund.

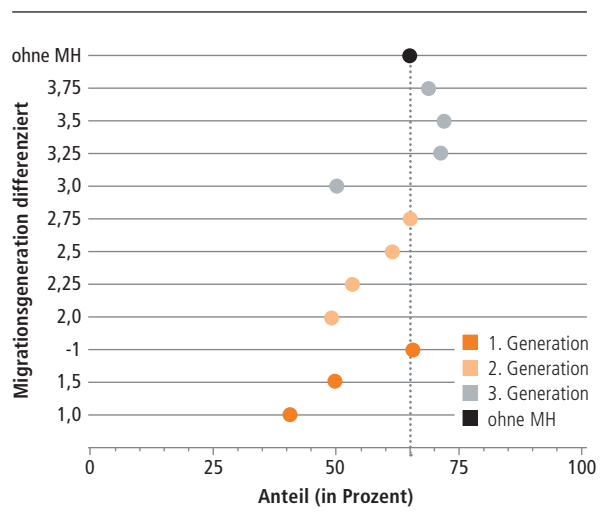
In der 2. Generation nimmt der Bildungserfolg mit der Anzahl der in Deutschland geborenen Eltern bzw. Großeltern (von Generation 2,0 zu Generation 2,75) kontinuierlich zu.

Wie oben erwähnt ist die 3. Generation zu großen Teilen erfolgreicher als die Gruppe ohne Migrationshintergrund. Dies gilt jedoch nicht, wenn alle vier Großeltern im Ausland geboren wurden (Generation 3,0). In dieser Gruppe ist der Bildungserfolg weitaus geringer.

Vergleicht man diese wenig erfolgreiche Gruppe mit den Generationen 2,0 (beide Elternteile im Ausland geboren) sowie 1,5 (Zielperson und mindestens ein (Groß-)Elternteil im Ausland geboren, Zuzug vor dem 6. Lebensjahr)³, so zeigen sich kaum Unterschiede im Bildungserfolg. Sind in der 3. Generation alle vier Großeltern im Ausland geboren, liegt die Erfolgsquote bei 50%, in der 1. und 2. Generation, wenn alle vier Großeltern und beide Eltern im Ausland geboren sind, bei 49%. Die Annahme der Chicagoer Schule, wonach ab der 3. Generation eine vollständige Integration in die Kerngesellschaft des Aufnahmelandes zu erwarten ist, scheint für diese Teilgruppe der 3. Generation nicht zuzutreffen. Betrachtet man in Tabelle 1 allerdings den Umfang dieser Gruppe, so ist sie mit nur 90 Personen (0,4% der Stichprobe) sehr klein.

Während also die Dauer, die eine Familie bereits in Deutschland verbracht hat, nicht zwangsläufig zu einer Angleichung des Bildungserfolgs an die Bevölkerung des

Abbildung 1 / Bildungserfolg nach differenziertem Migrationshintergrund (in Prozent)



Quelle: Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A II), eigene Berechnungen, n=13.770, ungewichtete Daten

3 Gemeinsam ist diesen drei Gruppen zum einen, dass alle Eltern- bzw. Großeltern nicht in Deutschland geboren wurden, zum anderen haben alle Personen ihre Schulbildung in Deutschland begonnen, da in der 1. Generation der Zuzug vor dem 6. Lebensjahr erfolgte.

Aufnahmeland führt, scheinen inter-ethnische Partnerschaften in der Familiengeschichte einen deutlich positiveren Einfluss auf den Bildungserfolg zu haben.⁴ Bereits ein in Deutschland geborenes Eltern- oder Großelternteil verbessert die Chancen in Bezug auf den Bildungserfolg. So ist beispielsweise bei der Generation 3,25, in der nur ein Großelternteil in Deutschland geboren ist, der Bildungserfolg nicht nur stärker ausgeprägt als in der Generation 3,0, sondern sogar höher als in der Gruppe ohne Migrationshintergrund. Die Zunahme des Bildungserfolgs über die Migrationsgenerationen aus Tabelle 2 kommt somit offenbar vor allem durch die Zunahme inter-ethnischer Partnerschaften zustande.

Fazit: Die hier berichteten Befunde sprechen für eine Betrachtung von Familien mit Migrationshintergrund, die die jeweilige Zuwanderungsgeneration differenzierter berücksichtigt: Im Ausland wie in Deutschland geborene Eltern und Großeltern müssen gleichermaßen in die Untersuchung einbezogen werden. Die Befunde legen kein lineares, an der Zugehörigkeit zu einer Zuwanderungsgeneration orientiertes Muster bezüglich des Erfolgs im hiesigen Bildungssystem nahe, sondern sie betonen die positive Funktion inter-ethnischer Partnerschaften.

Dieses Ergebnis wirft weitergehende Fragen auf. So wird zu untersuchen sein, ob sich einzelne Zuwanderungsgruppen im jeweiligen Anteil inter-ethnischer Partnerschaften unterscheiden und letztlich die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Gruppen den größeren Ausschlag gibt. Dabei stellt sich auch die Frage, welche Rolle die Offenheit von

Herkunftskulturen hinsichtlich inter-ethnischer Partnerschaften spielt. Auch Aspekte räumlicher bzw. sozialer Segregation könnten Einfluss auf den Anteil inter-ethnischer Partnerschaften haben und damit für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen ausschlaggebend sein.

Gleichzeitig ist hervorzuheben, dass sich die Vergleichsgruppen nicht hinsichtlich der Bildungsaktivitäten mit Kindern im Kindergartenalter unterscheiden. Dies legt nahe, dass sich die Unterschiede bezüglich des Bildungserfolgs nicht dadurch erklären lassen, dass Migranten sich weniger um Bildung – gemessen an den Bildungsaktivitäten in der Familie – bemühten. Um detaillierter zu untersuchen, was tatsächlich zu Unterschieden im späteren Bildungserfolg zwischen den Gruppen führt, bedarf es Längsschnittdaten, die die beiden hier betrachteten Altersbereiche – Kinder vor dem Schulalter und die breite Phase vom Jugendalter bis zum Ende des jungen Erwachsenenalters – im Entwicklungsverlauf verbinden. Dies wird langfristig mit den Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) möglich sein.

Die hier berichteten Analysen bieten lediglich einen ersten Einblick in das Thema. Sie differenzieren nur nach Migrationsgenerationen und beziehen andere Faktoren – beispielsweise das Geschlecht, die Region oder die Bildungsressourcen der Eltern – nicht ein. Zudem umfasst der Migrationshintergrund weitaus mehr als die Generationen: das Herkunftsland, die Sprachpraxis und kulturelle Faktoren wie die Religionszugehörigkeit. Weiterführende Analysen werden ein entsprechend vollständigeres Bild zeichnen können. ✕

4 Als inter-ethnische Partnerschaften werden in Anlehnung an Nottmeyer (2010, S. 14) Partnerschaften zwischen in Deutschland und im Ausland geborenen Personen oder zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in der Eltern- oder Großelterngeneration bezeichnet.

Literatur

- Baumert, Jürgen/Maaz, Kai (2012): Migration und Bildung in Deutschland. Die Deutsche Schule, 104. Jg., Nr. 3, S. 279-302
- Betz, Tanja/Prein, Gerald/Rauschenbach, Thomas (2015): Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft. Bildung und Betreuung im Horizont der vernachlässigten Generationenfolge. In: Otyakmaz, Berrin Özlem/Karakaşoğlu, Yasemin (Hrsg.): Frühe Kindheit in der Migrationsgesellschaft. Erziehung, Bildung und Entwicklung in Familie und Kindertagesbetreuung. Wiesbaden: Springer, S. 3-27
- Dollmann, Jörg/Jakob, Konstanze/Kalter, Frank (2014): Examining the Diversity of Youth in Europe. A Classification of Generations and Ethnic Origins Using CILS4EU Data. (Technical Report.) Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung: Arbeitspapier, Nr. 156. Mannheim. www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-156.pdf (22.05.2015)
- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung – Arbeitspapiere, Nr. 40. Mannheim. www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf (22.05.2015)

Dr. Susanne Gerleigner, geb. 1982, arbeitet in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ und ist Mitglied im Kompetenzteam Kinder.

Dr. Gerald Prein, geb. 1956, arbeitet in der Abteilung „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ und koordiniert im Rahmen des AID:A-Surveys das Kompetenzteam „Sozialberichterstattung“.

- Nottmeyer, Olga (2010): Inter-ethnische Partnerschaften: Was sie auszeichnet – und was sie über erfolgreiche Integration aussagen. In: DIW Wochenbericht, 77. Jahrgang, Nr. 11, Berlin. www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.353483.de/10-11-3.pdf (02.06.2015), S. 12-20
- Olczyk, Melanie/Will, Gisela/Kristen, Cornelia (2014): Personen mit Zuwanderungshintergrund im NEPS: Zur Bestimmung von Generationenstatus und Herkunftsgruppe. NEPS Working Paper No. 41b, Bamberg. www.neps-data.de/Portals/0/Working%20Papers/WP_XXXIb.pdf (22.05.2015)
- Park, Robert E. (1950). Race and Culture. New York: Free Press

Zwischen Familie, Bildung und Peers.

Die Bedeutung von Alter und sozialer Herkunft für Freizeitaktivitäten Jugendlicher

Boris Geier

41

Dieser Beitrag widmet sich dem Freizeitverhalten 12- bis 17-jähriger Jugendlicher. Ausgehend von einzelnen Freizeitaktivitäten werden typische Freizeitmuster identifiziert. Neben einer altersbedingten Bedeutungsverschiebung vom häuslich-familialen Bereich hin zu Party und Konsum zeigt sich, dass das Freizeitverhalten Jugendlicher, insbesondere hinsichtlich bildungsorientierter Aktivitäten, stark von sozialer Herkunft und besuchter Schulform beeinflusst ist.

In der von klassischen Entwicklungsaufgaben und veränderten Anforderungen in Schule und Ausbildung geprägten Jugendphase gewinnt Freizeit eine besondere Bedeutung. Im Prozess der Herausbildung einer personalen, kulturellen und sozialen Identität bietet Freizeit den Raum, eigenen Vorlieben, Interessen und Zielen nachzugehen. Als fester Bestandteil der Jugendforschung dient die Analyse des Freizeitverhaltens Jugendlicher dazu, den „Zustand der Jugend“ zu beschreiben, Entwicklungs- und Sozialisationsprozesse im Kontext von Freizeitaktivitäten nachzuvollziehen und deren Abhängigkeit von gesellschaftlichen und individuellen Rahmenbedingungen aufzuzeigen (Leven/Quenzel/Hurrelmann, 2010; Andresen/Hurrelmann/Fegter 2010; 14. Kinder- und Jugendbericht, Deutscher Bundestag 2013, S.136ff und S. 187).

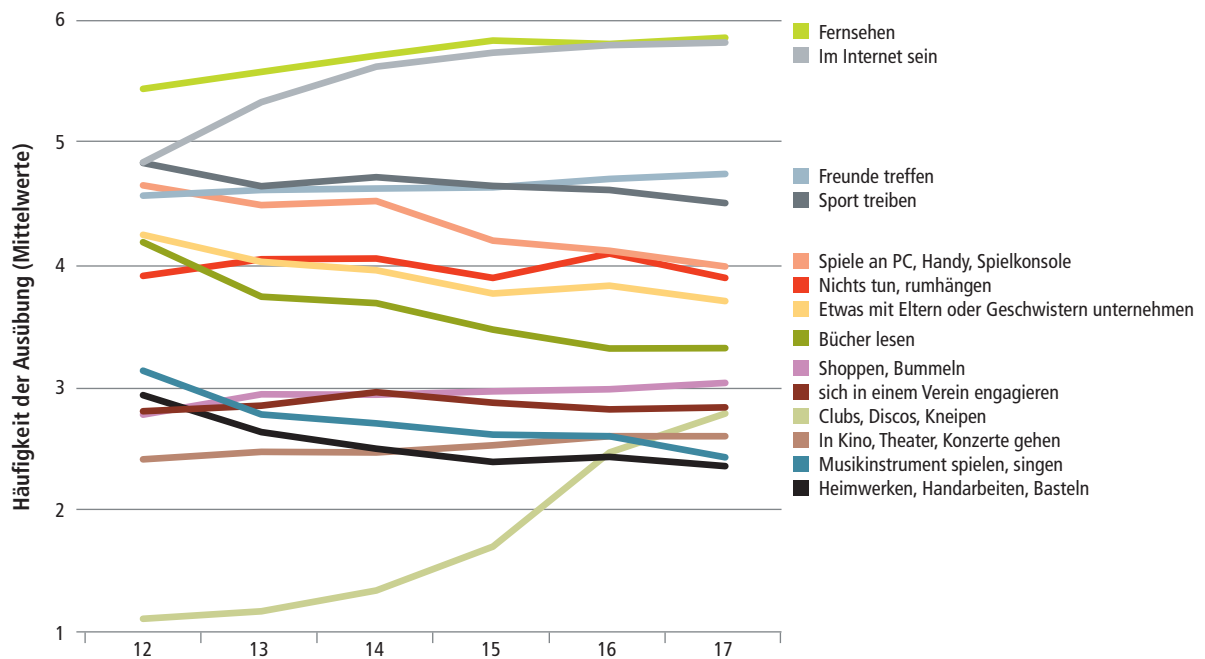
Im Folgenden werden die Freizeitaktivitäten von 12- bis 17-jährigen Jugendlichen (N=3475) der AID:A II

Stichprobe (2014/15) im Hinblick auf zwei Fragestellungen untersucht: Wie verändern sich Freizeitaktivitäten im Laufe der Jugendphase und welche Faktoren beeinflussen die Ausbildung unterschiedlicher Freizeittypen?

Abbildung 1 zeigt zunächst, wie sich die der Analyse zugrunde liegenden 14 Freizeitaktivitäten je nach Alter in ihrer Häufigkeit unterscheiden.

Unternehmungen mit Eltern oder Geschwistern und Heimwerken oder Basteln verlieren mit steigendem Alter ebenso an Bedeutung wie Musizieren und Bücherlesen. Das Internet wird im Laufe der Jugendphase schließlich von allen Jugendlichen nahezu täglich genutzt und schließt damit zum konstant hohen Niveau von Fernsehen auf. Besonders stark steigt ab dem Alter von ungefähr 15 Jahren die Bedeutung des Ausgehens, während die Bedeutung von Freunden und sportlichen Aktivitäten über die gesamte Altersspanne unverändert auf hohem Niveau bleibt.

Abbildung 1 /
Häufigkeit der Ausübung von Freizeitaktivitäten im Altersverlauf von 12 bis 17 Jahren



Anmerkung: Mittelwerte entsprechend 6-stufiger Antwortskala.

6: täglich / 5: mehrmals pro Woche / 4: ein- bis zweimal pro Woche / 3: ein- bis zweimal im Monat / 2: seltener / 1: nie

Quelle AID:A II (2014/15); eigene Berechnungen, ungewichteter Datensatz

Muster von Freizeitaktivitäten

Auf Grundlage der einzelnen Freizeitaktivitäten wurden die Jugendlichen mittels einer Faktoren- und einer Clusteranalyse¹ fünf voneinander deutlich unterscheidbaren Freizeittypen zugeordnet. Neben dem typischen Muster der Freizeitaktivitäten (s.u.) wurden die altersbedingten Unterschiede in der Verbreitung der einzelnen Freizeittypen (Abb. 2) sowie ihre Zusammensetzung in Bezug auf Geschlecht, soziale Schicht² und besuchte Schulform untersucht (vgl. Tab. 1). Im Folgenden werden die identifizierten Freizeittypen anhand ihrer bestimmenden Merkmale charakterisiert.

Typ 1: Jüngere, häusliche Jugendliche mit zurückhaltender Mediennutzung

Die Freizeit dieser Jugendlichen ist von häuslich-familialen Aktivitäten, wie Heimwerken und Basteln und Unternehmungen mit Eltern oder Geschwistern, geprägt, welche mit häufigen kulturell-bildungsorientierten Be-

schäftigungen wie Lesen und Musizieren verknüpft sind. Weil sich in dieser Gruppe vorwiegend jüngere Jugendliche befinden – die Stärke je Altersjahrgang schrumpft von anfangs 30% auf 4% –, spielt Ausgehen noch keine Rolle. Demgegenüber ist die äußerst geringe Mediennutzung nicht allein durch die Alterszusammensetzung zu erklären. So sind nur 18% dieser Jugendlichen täglich im Internet, während allein in der Gruppe aller 12-Jährigen bereits 46% von einer täglichen Internetnutzung berichten. In Hinblick auf Schicht und Schulform sind im Vergleich mit der Gesamtgruppe niedrigere Schichten und Schulformen leicht überrepräsentiert.

Typ 2: Aktive, familienorientierte Jugendliche mit geringer Bildungsorientierung

Knapp ein Viertel der Jugendlichen unternimmt viel mit der Familie und ist gleichzeitig sportlich sehr aktiv, trifft sich häufig mit Freundinnen und Freunden und hat ein ausgeprägtes Konsumverhalten. Klassische bildungsbezogene Aktivitäten, wie Lesen oder ein Instrument spie-

¹ Zur Methode: Mittels Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation, Kriterium für die Bestimmung der Faktorenanzahl: Eigenwert > 1) ließen sich die 14 Aktivitäten fünf Faktoren zuordnen: „kulturell-bildungsorientierte“ (z.B. Bücher lesen), „häuslich-familien-orientierte“ (z.B. Basteln), „medienorientierte“ (z.B. Internetnutzung), „party- und konsumorientierte“ (z.B. Ausgehen, Shoppen) und „sportliche“ Aktivitäten. Auf Grundlage der Faktoren erfolgte die Zuordnung der Jugendlichen zu Freizeittypen mittels einer Clusterzentrenanalyse; Ermittlung der Clusteranzahl nach Bacher (2001).

² Vgl. Hüskens/Alt (2015).

len, finden sich – anders als bei Typ 1 – in dieser Gruppe kaum. Knapp 40% dieser Jugendlichen geben an, in ihrer Freizeit seltener als einmal im Monat ein Buch zu lesen, 10% lesen außerhalb der Schule nie. Allerdings finden sich auch Ähnlichkeiten zu Typ 1: Jugendliche dieses Freizeittyps leben ebenfalls etwas häufiger in Haushalten der unteren sozialen Schichten, und der Anteil derer, die eine gymnasiale Schulform besuchen, liegt 10 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Anteil in Gesamtgruppe 12- bis 17-Jähriger.

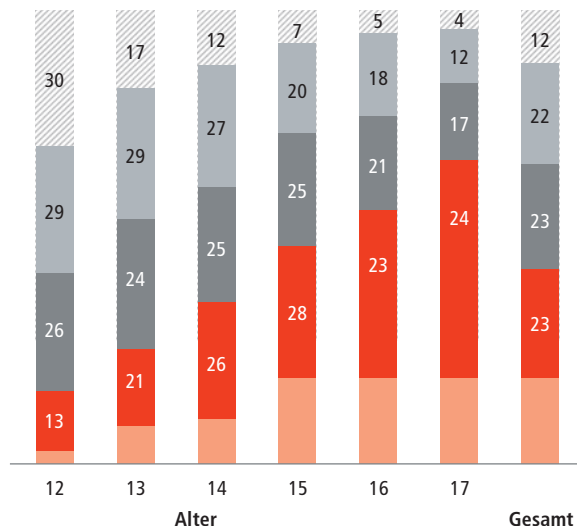
Typ 3: Aktive, bildungsorientierte Allrounder

Zum aktiven bildungsorientierten Allrounder können 23% der Jugendlichen gezählt werden. Kennzeichnend für diese Jugendlichen ist die im Vergleich zur Gesamtgruppe deutlich höhere Aktivität im kulturellen und bildungsorientierten Bereich bei gleichzeitiger mindestens durchschnittlicher Aktivität in nahezu allen anderen Freizeitbereichen. Mehr als ein Drittel der Jugendlichen liest in seiner Freizeit täglich Bücher, 80% von ihnen mindestens einmal in der Woche. Junge Frauen sind im Vergleich zur Gesamtgruppe überrepräsentiert, ebenso wie Angehörige der höheren sozialer Schichten und Gymnasiast(inn)en.

Typ 4: Wenig aktive, medienorientierte Jugendliche

Weitere 23% der Jugendlichen können dem wenig aktiven medienorientierten Typ zugeordnet werden. Jugendliche mit diesem Freizeitmuster legen die höchste

Abbildung 2 / Verteilung jugendlicher Freizeittypen über die Altersjahrgänge



- ▨ Typ 1: Jüngere, häusliche Jugendliche mit zurückhaltender Mediennutzung (n=403)
- Typ 2: Aktive, familienorientierte Jugendliche mit geringer Bildungsorientierung (n=781)
- Typ 3: Aktive, bildungsorientierte Allrounder (n=797)
- Typ 4: Wenig aktive, medienorientierte Jugendliche (n=802)
- Typ 5: Ältere, konsum- und partyorientierte Jugendliche (n=692)

Quelle: AIDA II (2014/15), eigene Berechnungen, ungewichteter Datensatz

43

Tabelle 1 /

Zusammensetzung jugendlicher Freizeittypen nach Geschlecht, sozialer Schicht und Schultyp

	männlich	weiblich	Untere Mittelschicht	Mittlere Mittelschicht	Obere Mittelschicht	Gymnasium
Typ 1: Jüngere häusliche Jugendliche mit zurückhaltender Mediennutzung	53	47	34	34	32	53
Typ 2: Aktive, familienorientierte Jugendliche mit geringer Bildungsorientierung	55	45	34	38	28	50
Typ 3: Aktive, bildungsorientierte Allrounder	40	60	16	36	48	74
Typ 4: Wenig aktive, medienorientierte Jugendliche	78	22	32	35	33	55
Typ 5: Ältere, konsum- und partyorientierte Jugendliche	32	68	25	41	34	63
Gesamt	52	48	28	37	35	60

Anmerkung:

Gymnasium: Anteil von Jugendlichen, die ein Gymnasium oder den gymnasialen Zweig einer Gesamtschule besuchen an der Gesamtzahl jugendlicher

Quelle: ADIA II (2014/15), eigene Berechnungen, ungewichteter Datensatz



Medienaktivität an den Tag: Mehr als zwei Drittel von ihnen und damit annähernd doppelt so viele wie der entsprechende Anteil in der Gesamtgruppe spielen täglich Computerspiele. Im kulturell-bildungsbezogenen, häuslich-familienorientierten und konsum- und partyorientierten Bereich sind diese Jugendlichen deutlich weniger aktiv. Angesichts des großen Anteils junger Männer, kann von einem männlich geprägten Freizeitmuster gesprochen werden. Dieses zeigt sich weitgehend unabhängig von sozialer Schicht und besuchter Schulform der Jugendlichen.

Typ 5: *Ältere, konsum- und partyorientierte Jugendliche*

Ein Fünftel der Jugendlichen zählen zum konsum- und partyorientierten Typus und verbringen ihre Freizeit deutlich häufiger als andere Jugendliche in Clubs, Diskos oder Kneipen, gehen häufiger shoppen und nutzen gesellige Kulturangebote wie Kino, Theater oder Konzerte. Diese Konsum- und Partyorientierung zeigt sich bei älteren Jugendlichen etwa ab dem Alter von 15 Jahren und wird zum häufigsten Freizeitmuster der 17-Jährigen. Der hohen Aktivität in für die spätere Jugendphase typischen Kontexten steht die verminderte Aktivität in anderen Bereichen gegenüber. Das Muster sportlicher, kultureller und häuslich-familienorientierter Aktivitäten liest sich dabei jedoch nicht als defizitär, im Sinne extrem seltener Ausprägungen bzw. einer Vernachlässigung bestimmter

Freizeitbereiche. Eher werden Freizeitaktivitäten in anderen Bereichen insgesamt zugunsten konsum- und partyorientierter Aktivitäten reduziert. Während sich beim Ausgehverhalten keinerlei Unterschiede zwischen den Geschlechtern – auch in der Verteilung über die einzelnen Altersgruppen – zeigen, erklärt sich der hohe Anteil junger Frauen in dieser Gruppe mit deren ausgeprägtem Shopping-Verhalten. Konsum- und Partyorientierung sind von der sozialen Schicht unbeeinflusst.

Hohe Bildung der Eltern als Motor vielfältiger Freizeitoptionen

Der Blick auf die Freizeittypen zeigt ein Bild, in dem sich unterschiedliche Präferenzen zwischen Familie, Bildung, Medien, Konsum, Party und Peerbeziehungen auf spezifische Weise zusammensetzen. Neben der Vielfalt der Freizeitmuster finden sich Unterschiede im Altersverlauf, die typische Veränderungen in der Jugendphase widerspiegeln. Besonders deutlich wird dies bei den stark altersabhängigen Typen der häuslichen sowie der konsum- und partyorientierten Jugendlichen. Häusliche Jugendliche können als am Übergang von der Kindheit in die Jugendphase stehend betrachtet werden. Andersherum gewinnen die für konsum- und partyorientierte Jugendliche prägenden Beschäftigungen wie Ausgehen und Geselligkeit im Alter von 17 Jahren die zentrale Bedeu-

Jugendliche aus höheren Schichten besitzen bessere Chancen, die gesamte Bandbreite von Freizeitbeschäftigungen mit hoher Bildungsorientierung zu verbinden.

tung und drängen in dieser Phase andere Beschäftigungen in den Hintergrund.

Neben den vom altersbedingten Wandel beeinflussten Typen finden sich jedoch auch Freizeittypen, welche über die Altersjahrgänge der 12- bis 17-Jährigen relativ stabil bleiben. In diesen treten deutliche Geschlechter- und Schichteffekte auf. Während unter den aktiven bildungsorientierten Allroundern mehrheitlich junge Frauen und überwiegend Jugendlichen aus höheren sozialen

Schichten und Schulformen zu finden sind, sind die wenig bildungsorientierten aktiven familienorientierten und wenig aktiven, medienorientierten Jugendlichen in der Tendenz sozial schlechter gestellt. Jugendliche aus höheren Schichten besitzen damit bessere Chancen, die gesamte Bandbreite von Freizeitbeschäftigungen mit hoher Bildungsorientierung zu verbinden. Betrachtet man bei multivariater Prüfung die schichtbestimmenden Merkmale Einkommen und elterliche Schulbildung getrennt voneinander, erweist sich die elterliche Schulbildung als ausschlaggebendes Merkmal. Ein vergleichbar großer Effekt findet sich, bei Kontrolle der übrigen Prädiktoren, für die von den Jugendlichen besuchte Schulform.

Angesichts der altersbedingten Dynamik und der Abhängigkeiten von familialen und schulischen Faktoren stellt sich die Frage, wie sich Freizeitverhalten über eine breitere Altersspanne hinweg entwickelt. Mittels der AID:A Daten können längsschnittliche Veränderungen zum einen im Übergang von der Kindheit ins Jugendalter nachvollzogen werden. Zum anderen lässt sich der Blick auf die Entwicklung des Freizeitverhalten im weiteren Altersverlauf richten, wenn junge Erwachsene das Elternhaus verlassen, zunehmend ökonomische Selbstständigkeit erlangen, sich in neuen Kontexten in Studium, Ausbildung und Beruf bewegen und Partnerschaft und Familiengründung an Bedeutung gewinnen. ✕

Literatur

- Andresen, Sabine / Hurrelmann, Klaus / Fegter, Susann (2010): Wie geht es unseren Kindern? Wohlbefinden und Lebensbedingungen der Kinder in Deutschland. In: World-Vision Deutschland e.V. (Hrsg.): Kinder in Deutschland. 2. World Vision Kinderstudie 2010. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch-Verlag, S.35-59
- Bacher, Johann (2001): Teststatistiken zur Bestimmung der Clusterzahl für Quick Cluster. In: ZA-Information 48. Köln, S. 71-97
- Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- in Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Hüsken, Katrin / Alt, Christian (2015): Freizeitaktivitäten zwischen sechs und 17 Jahren. Der Einfluss der Lebenslage auf die ausgeübten Freizeitaktivitäten. In: Hünersdorf, Bettina (Hrsg.): Spiel-Plätze in der Stadt. Sozialraumanalytische, kindheits- und sozialpädagogische

Dr. Boris Geier, geb. 1974, ist wissenschaftlicher Referent in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher“ (Abt. Jugend und Jugendhilfe) am Deutschen Jugendinstitut. Im Rahmen der AIDA-Forschung beschäftigt er sich mit Lebenswelten Jugendlicher, Prozessen der Verselbstständigung und benachteiligten Jugendlichen.

Perspektiven. Grundlagen der sozialen Arbeit. Band 37. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S. 48-66

- Leven, Ingo / Quenzel, Gudrun / Hurrelmann, Klaus (2010): Familie, Schule, Freizeit: Kontinuitäten im Wandel. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.). Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch-Verlag, S. 53-128

Sind junge Menschen heute vereinsmüde?

Vereinsaktivitäten und Vereinsengagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 2009 (AID:A I) und 2014/15 (AID:A II)

Martina Gille

46

Das Engagement junger Menschen in Vereinen – in AID:A erfasst über das Aktivsein, die Intensität der Teilnahme sowie die Übernahme von Ämtern und Funktionen – erweist sich über die beiden Erhebungszeitpunkte 2009 und 2014/15 als weitgehend stabil. Allerdings zeigt sich ein leichter Rückgang des Engagements in den Sportvereinen. Nach wie vor beeinflussen Geschlecht, Schulabschluss und Migrationshintergrund den Zugang zu und die Wahl der Vereinsart. In AID:A II zeigt sich eine stärkere Abhängigkeit des Vereinsengagements vom Bildungsabschluss als bei AID:A I. Zudem geht der persönliche Stellenwert von Vereinsengagement bei jungen Menschen zurück.

Vereine, Verbände und Organisationen stellen wichtige Handlungskontexte für Jugendliche und junge Erwachsene dar. Sie sind von zentraler Bedeutung bei der Integration junger Menschen in die Gesellschaft und sie eröffnen vielfältige Chancen des Kompetenzerwerbs, der Durchsetzung und Verfolgung eigener Interessen sowie des zivilgesellschaftlichen Engagements (Alscher/Priller 2013; Gille/Pluto/van Santen 2014; Reinders 2014). Junge Menschen treten zum Teil schon im Kindesalter in Vereine ein und sind dort häufig über längere Zeiträume aktiv (Gaiser/Gille 2015). Sportvereine, Musikgruppen oder kirchliche/religiöse Gruppen – um nur einige Beispiele zu nennen – stellen somit auch wichtige Sozialisationskontexte für Kinder und Jugendliche dar. Von Seiten

der Vereine, Verbände und Organisationen wird – allerdings meist als Dauerlamento – der zunehmende Rückzug junger Menschen aus den Vereinen beklagt (Priller u.a. 2012). Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des damit verknüpften Rückgangs des Anteils Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung erhält diese Sorge allerdings neuen Nährstoff.

Welche Rolle spielen heute Vereine für junge Menschen? Lässt sich seit 2009 der beklagte Rückgang in der Nutzung der verschiedenen Vereinsangebote und bei der Übernahme von Aufgaben und Funktionen in den Vereinen feststellen? Diese Frage steht nachfolgend im Fokus. Wie hat sich die Vereinsbeteiligung junger Menschen zwischen den Jahren 2009 und 2014/15, also zwi-

schen den Erhebungszeitpunkten der beiden AID:A-Studien gewandelt in der Altersgruppe zwischen 13 und 32 Jahren? Dabei geht es um die Frage nach möglichen Veränderungen in der Verbreitung des Engagements in Vereinen und Organisationen. Zugleich soll der Frage nachgegangen werden, ob sich die sozialstrukturellen Zugangschancen junger Menschen zu den Vereinen verändert haben: Wirken soziale Selektionskriterien wie etwa Geschlecht, Bildung und Migrationshintergrund zu beiden Zeitpunkten in gleicher Weise oder zeigen sich möglicherweise Tendenzen einer stärkeren Ausgrenzung oder eines stärkeren Rückzugs bestimmter Gruppen, die sich durch Bildungsbenachteiligung oder Zuwanderungserfahrung etc. erklären lassen, wie dies verschiedene Studien zum zivilgesellschaftlichen Engagement im Zeitvergleich nahelegen (Böhnke 2011; Picot 2012)? Schließlich wird noch die subjektive Bedeutung von Vereinsengagement bei jungen Menschen im Zeitvergleich betrachtet.

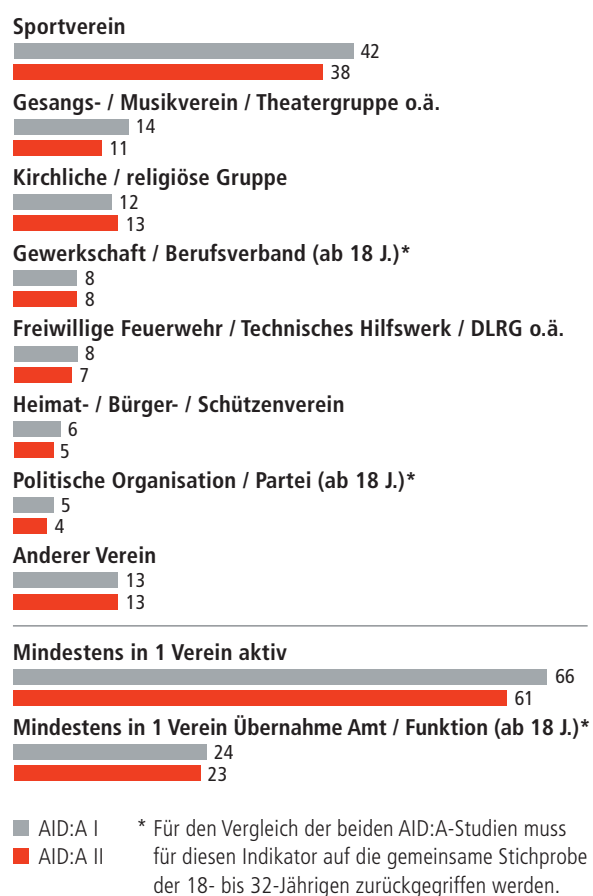
Leichter Rückgang des Engagements junger Menschen in Vereinen

In beiden AID:A-Studien wurden die Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher und junger Erwachsener in unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Organisationen in gleicher Weise untersucht. Zunächst wurde erfasst, ob die jungen Menschen in einem oder mehreren Vereinen eines genannten Vereinsspektrums (z.B. Sportverein, kirchlicher Verein, Jugendverband) aktiv sind. Vereinsaktive konnten dann je Vereinsspektrum die Intensität ihrer Teilnahme – wöchentlich, monatlich oder seltener – sowie eine mögliche Übernahme von Funktionen oder Ämtern – angeben. Für beide Studien zeigen sich weitgehend gleich hohe Anteile von jungen Menschen, die in den verschiedenen Vereinen aktiv sind (vgl. Abbildung 1), allerdings verringert sich die Zahl junger Menschen, die sich wöchentlich beteiligen, etwas. Der Anteil der aktiven jungen Menschen, die „ehrenamtliche“ Aufgaben in den verschiedenen Vereinen übernehmen, bleibt jedoch über die beiden Erhebungswellen weitgehend stabil.

Nach wie vor stellen die Aktivitäten in Sportvereinen die wichtigste Form von Vereinsaktivität in dieser Altersspanne dar, auch wenn sich ein leichter Rückgang zwischen den beiden Erhebungswellen zeigt: Waren 2009 42% der 13- bis 32-Jährigen in Sportvereinen aktiv, so sind es 2014/15 nur noch 38%. Innerhalb der Gruppe der sportlich Aktiven nutzen 87% (2009) bzw. 82% (2014/15) die Angebote wöchentlich. Damit ist die Intensität der Beteiligung beim Sport im Vergleich zur Angebotsnutzung in den anderen aufgeführten Vereinsspektren am höchsten. Auch die Übernahme einer Aufgabe bzw. Funktion, also eines „Ehrenamtes“, ist innerhalb

von Sportvereinen relativ hoch. 24% bzw. 27% der aktiven jungen Menschen übernehmen Verantwortung in diesem Bereich. Die an kulturellen Themen orientierten Vereine, wie Gesangs- und Musikvereine oder Theatergruppen, spielen für junge Menschen ebenso wie die kirchlichen und religiösen Gruppen die zweitwichtigste Rolle. Besonders aktiv in diesen Vereinsspektren sind die unteren Altersgruppen, die sich vorwiegend aus Schülerinnen und Schülern zusammensetzen. Gewerkschaften, die Freiwillige Feuerwehr und Heimatvereine spielen ebenso wie die politischen Organisationen und Parteien nur eine nachgeordnete Rolle. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass sich in der Sammelkategorie „anderer Verein bzw. Verband“ noch ca. 13% der jungen Leute verorten. Es gibt also ein nicht unbeträchtliches Ausmaß an Vereinsaktivitäten jenseits der in der Befragungsliste erfassten Vereine und Organisationen. Damit bestätigt

Abbildung 1 / Aktive in Vereinen im Zeitvergleich, 13- bis 32-Jährige (in %), AID:A I und AID:A II



Quelle: AID:A I und AID:A II gewichtet, 13- bis 32-Jährige, N= 10.729 in AID:A I und N=12.551 in AID:A II, eigene Berechnungen.

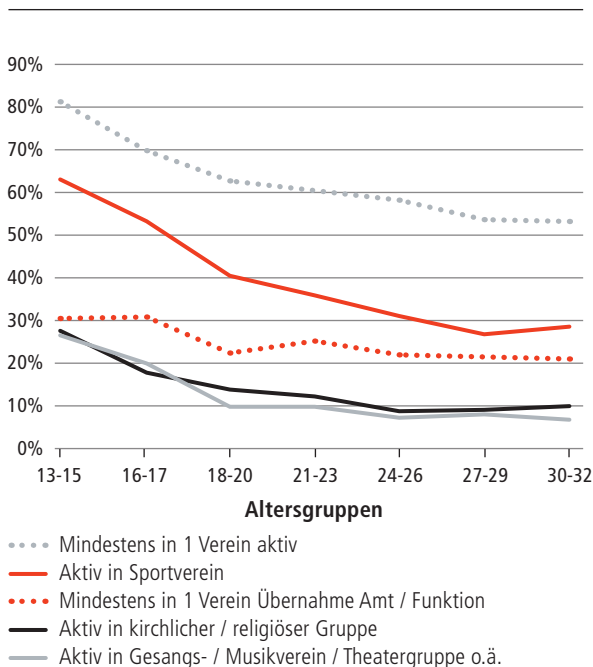
AID:A ganz ähnliche Befunde des Freiwilligensurveys 2009 im Hinblick auf die Bedeutung der verschiedenen Vereine und Organisationen für junge Menschen (Picot 2012, S.140f.).¹

Betrachtet man abschließend den Gesamtindikator „mindestens in einem Verein, aktiv zu sein“, so wird deutlich dass nahezu zwei Drittel der 13- bis 32-Jährigen in Vereinen aktiv sind; allerdings, zeichnet sich seit 2009 ein leichter Rückgang von 66% zu 61% ab. Als weitgehend stabil hingegen erweist sich mit 24% bzw. 23% der Anteil der Befragten, die im Sinne des ehrenamtlichen Engagements mindestens in einem Verein Verantwortung durch die Übernahme von Ämtern oder Funktionen übernommen haben.

Wer ist aktiv in einem Verein?

Das Lebensalter und damit verknüpft die wichtigen Statuspassagen des Jugendalters, wie Schulbesuch, Berufsausbildung, Studium oder Erwerbstätigkeit bestimmen mit, ob und in welchem Verein ein junger Mensch aktiv

Abbildung 2 / Vereinsengagement (Aktivität und Aufgabenübernahme) nach Altersgruppen (in %), AID:A II



Quelle: AID:A II gewichtet, 13- bis 32-Jährige, N=12.551, eigene Berechnungen.

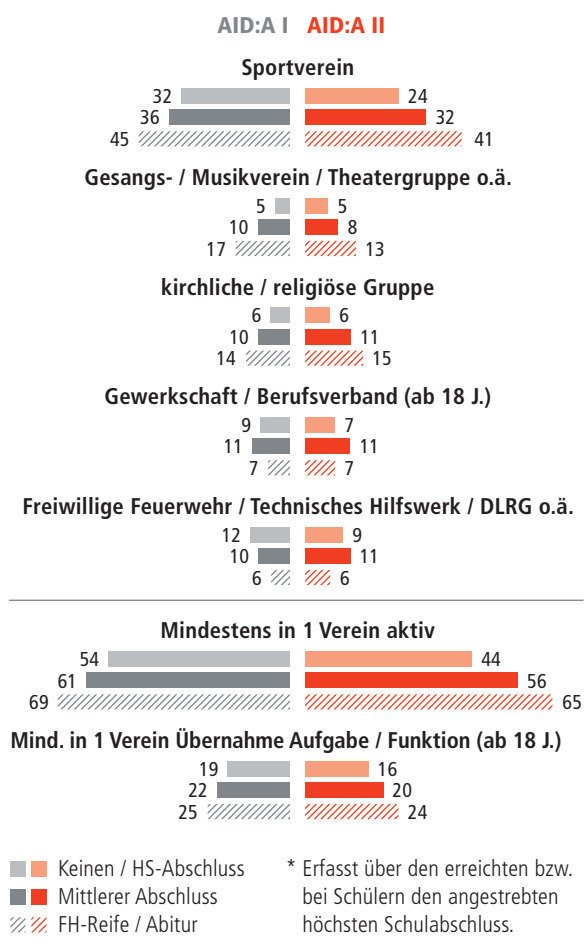
wird. Insbesondere die jüngeren Altersgruppen widmen sich dem Vereinssport. Ähnliche Alterseffekte finden sich bei den Aktiven in den kirchlichen bzw. religiösen Gruppen sowie in kulturellen Vereinen. In Gewerkschaften und Berufsverbänden sind dagegen eher die älteren Altersgruppen aktiv. Bei den übrigen Vereinen und Verbänden lassen sich keine Alterseffekte finden. Diese Ergebnisse gelten für beide AID:A-Studien gleichermaßen. Exemplarisch sind die Vereinsaktivitäten nach Altersgruppen für AID:A II in Abbildung 2 dargestellt. Während sich für den Gesamtindikator „mindestens eine Aktivität in einem Verein“ eine starke Altersabhängigkeit zeigt, gilt dies in abgeschwächter Form für die Übernahme mindestens eines Amtes oder einer Funktion.

Das Geschlecht spielt bei der Wahl bestimmter Engagementbereiche nach wie vor eine gewisse Rolle (Gaiser/Gille 2012, Picot 2012). Wie schon 2009 sind auch bei der Erhebung 2014/15 die Jungen und jungen Männer im Vergleich zu Mädchen und jungen Frauen häufiger in Sportvereinen (ca. 10 Prozentpunkte Differenz), in der Freiwilligen Feuerwehr (ca. 5 Prozentpunkte Differenz) und in politischen Organisationen/Parteien (ca. 3 Prozentpunkte Differenz) aktiv. Die Mädchen und jungen Frauen dagegen engagieren sich häufiger in kulturellen Vereinen (ca. 5 Prozentpunkte Differenz) sowie kirchlichen bzw. religiösen Gruppen (ca. 3 Prozentpunkte Differenz). Bei den Gesamtindikatoren „mindestens eine Vereinsaktivität“ und „Übernahme mindestens eines Amtes/einer Funktion“ zeigen sich Geschlechterdifferenzen zuungunsten des weiblichen Geschlechts von ca. 8 bzw. 6 Prozentpunkten.

Soziale Disparitäten, wie sie sich über die unterschiedliche soziale Herkunft und die damit verknüpften Bildungschancen beschreiben lassen, spielen auch für das Vereinsengagement eine wichtige Rolle. Die Bildungsressourcen der jungen Menschen, die über den angestrebten bzw. erreichten höchsten Schulabschluss erfasst werden, beeinflussen das Vereinsengagement zu beiden Erhebungszeitpunkten in ähnlicher Weise (vgl. Abbildung 3). So werden insbesondere die Sportvereine, die Gesangs- und Musikvereine und die kirchlich/religiösen Gruppen eher von den höher gebildeten Jugendlichen aufgesucht. Bei den Gewerkschaften sind eher junge Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen zu finden, 2014/15 (AID:A II) auch in der Freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten. Insgesamt ist sowohl die Nutzung der Vereine als auch das ehrenamtliche Engagement in mindestens einem Verein bei höheren Schulabschlüssen stärker ausgeprägt.

¹ Der Freiwilligensurvey 2009 erfasst bundesweit das freiwillige Engagement der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr (Gensicke/Geiss 2010). Allerdings war die Einstiegsfrage zu den Vereinen und Organisationen im Freiwilligensurvey nicht die nach der Aktivität, sondern die nach der Mitgliedschaft. Da aber 97% der Vereinsmitglieder angaben, auch im Verein aktiv zu sein, ist ein Vergleich der Ergebnisse von AID:A II und der des Freiwilligensurveys 2009 durchaus möglich.

Abbildung 3 / Aktive in Vereinen und Verbänden nach angestrebtem oder erreichtem Schulabschluss*, 13- bis 32-Jährige, AID:A I und AID:A II



Quelle: AID:A I und AID:A II gewichtet, 13- bis 32-Jährige, N= 10.729 in AID:A I und N=12.551 in AID:A II, eigene Berechnungen.

Insgesamt erweisen sich die Zusammenhänge von Vereinsengagement und Schulbildung als weitgehend konsistent. Bemerkenswert ist allerdings die etwas größere Spreizung zwischen den verschiedenen Bildungsgruppen, wie sie sich insbesondere bei den Sportvereinen und den Gesamtindikatoren zeigt. So fällt der Rückgang des Engagements in mindestens einem Verein bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Abitur/Fachhochschulreife merklich schwächer aus als bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit maximal Hauptschulabschluss. Möglicherweise werden junge Menschen mit geringen Bildungsressourcen angesichts eines in der Gesellschaft deutlich gestiegenen Bildungsniveaus immer mehr ins soziale Abseits gedrängt. Es bleibt abzuwarten, ob sich hier eine

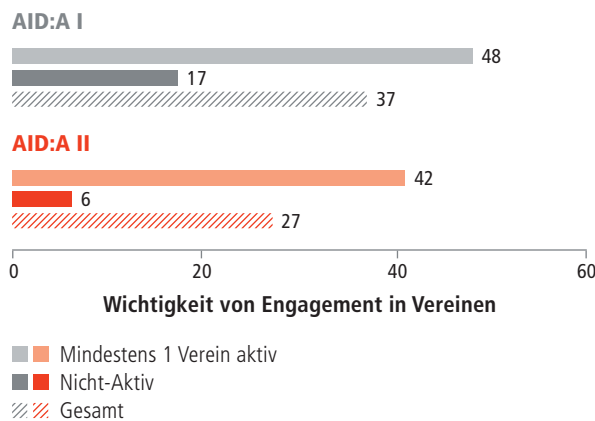
gesellschaftliche Entwicklung anbahnt, die zu einem stärkeren Ausschluss oder Rückzug bildungsmäßig benachteiligter junger Menschen aus dem Verbandsengagement führen wird. Da an den Hauptschulen die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund überrepräsentiert sind, bedeutet dies unter Umständen, dass Migrantenjugendliche immer weniger Zugang zu Verbandsengagement finden werden.

Heben sich die bisher separat dargestellten Einflussfaktoren auf das Vereinsengagement in ihrer gemeinsamen Wirkung möglicherweise auf, oder verstärken sie sich gegenseitig oder schwächen sie sich ab? Um dies zu klären, werden das Lebensalter, die Geschlechtszugehörigkeit und die Schulabschlüsse in ihrer gleichzeitigen Wirkung und unter Einbeziehung zusätzlicher Faktoren wie Migrationshintergrund, Aufwachsen in West- bzw. Ostdeutschland sowie ländlichen/städtischen/großstädtischen Regionen untersucht.² Die exemplarische Betrachtung des Spektrums Sportverein zeigt im Vergleich der beiden Zeitpunkte, dass die beschriebenen Zusammenhänge von Lebensalter, Geschlecht und Schulabschlüssen erhalten bleiben. Zudem wird deutlich, dass der Migrationshintergrund seine starke Bedeutung für sportliches Engagement nicht verloren hat. Unter jungen Menschen der 1. Migrantengeneration, die also selbst nach Deutschland zugewandert sind, geben in AID:A II nur 27% an, in einem Sportverein aktiv zu sein, während dies für 39% der einheimischen jungen Menschen gilt – hier verstanden als junge Menschen, die selbst und deren Eltern in Deutschland geboren sind. Eine Mittelstellung nehmen mit 30% die Jugendlichen und jungen Erwachsenen der 2. Migrantengeneration ein – hier sind zwar die jungen Menschen in Deutschland geboren, jedoch mindestens ein Elternteil nicht. Weiterhin wird auch die Bedeutung regionaler Faktoren durch AID:A II bestätigt: Junge Menschen in Westdeutschland sowie in ländlichen Regionen sind häufiger in Sportvereinen aktiv.

Rückgang der persönlichen Attraktivität von Vereinen bei jungen Menschen

Die jungen Menschen wurden in den beiden AID:A-Studien nach der Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche gefragt, u.a. auch nach der persönlichen Bedeutung des Lebensbereichs „Engagement in Vereinen und Verbänden“, wobei hier nicht unterschieden wurde zwischen Aktivitäten und Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben. Zwischen den beiden AID:A-Studien zeigt sich ein deutlicher Rückgang in der Einschätzung der Wichtigkeit von Vereinsengagement. Hielten 2009 noch 37% der 13- bis

Abbildung 4 / Attraktivität von Engagement in Vereinen und Verbänden* zwischen Vereinsaktiven und Nicht-Vereinsaktiven (in %), 13- bis 32-Jährige, AID:A I und II



* Antwortskala von 1=„überhaupt nicht wichtig“ bis 6=„sehr wichtig“
Prozentwerte beziehen sich auf die Antwortkategorien 5 und 6.

Quelle: AID:A I und AID:A II gewichtet, 13- bis 32-Jährige, N= 10.729 in AID:A I und N=12.551 in AID:A II, eigene Berechnungen.

32-Jährigen diesen Lebensbereich für sehr wichtig, so waren es 2014/15 nur noch 27% (vgl. Abbildung 4). Dieser Rückgang betrifft allerdings kaum diejenigen jungen Menschen, die selbst in Vereinsaktivitäten eingebunden sind – sei es durch einfache Teilnahme (siehe Abbildung 4) und/oder durch die Übernahme bestimmter Aufgaben. Aktive bewerten in beiden Erhebungen das „Engagement in Vereinen und Verbänden“ deutlich höher. Vor allem unter den Nicht-Aktiven haben die Vereine an persönlicher Attraktivität verloren.

Dadurch kommt es zu einer stärkeren Polarisierung in der Bewertung dieses Lebensbereichs zwischen Vereinsaktiven und Nicht-Vereinsaktiven in AID:A II. Wenden sich die Nicht-Vereinsaktiven von den Vereinen enttäuscht ab oder finden sie erst gar keinen Zugang zur Welt der Vereine? Zumindest scheint das Verhältnis von Vereinen und jungen Menschen nicht mehr ungebrochen zu sein. Welche Auswirkungen der starke Bedeutungsverlust von Vereinsengagement bei den Nicht-Vereinsaktiven auf das zukünftige Engagement haben wird und ob bei den Nicht-Vereinsaktiven ein mögliches Vereinsengagement noch stärker aus dem Blick gerät, können nur zukünftige Studien klären. ✕

Literatur

- Alscher, Mareike / Priller, Eckhard (2013): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in Zusammenarbeit mit Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 350-356
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 1-2, S. 18-25
- Gaiser, Wolfgang / Gille, Martina (2015): Früh übt sich: Startbedingungen für lebenslange Partizipation. In: Harles, Lothar / Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 95-115
- Gaiser, Wolfgang / Gille, Martina (2012): Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen. In: Rauschenbach, Thomas / Bien, Walter (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 136-159
- Gensicke, Thomas / Geiss, Sabine, 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. München http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20Freiwilligensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

Martina Gille, geb. 1954, ist wissenschaftliche Referentin im „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ und leitet das Kompetensteam „Jugend“ im Rahmen des Projekts AID:A „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Wertorientierungen sowie die soziale und politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener.

- Gille, Martina / Pluto, Liane / van Santen, Eric (2014): Zivilgesellschaft und Junge Engagierte. In: Zivilgesellschaft konkret, Nr. 6, S. 1-16. <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikationen/publikation/did/zivilgesellschaft-und-junge-engagierte/>
- Picot, Sybille (2012): Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Wandel. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Priller, Eckhard / Alscher, Mareike / Droß, Patrick J. / Paul, Franziska / Poldrack, Clemens J. / Schmeißer, Claudia / Waitkus, Nora (2012): Dritte-Sektor-Organisationen heute: Eigene Ansprüche und ökonomische Herausforderungen. Ergebnisse einer Organisationsbefragung. Discussion Paper SP IV 2012 – 402, Berlin: WZB. www.wzb.eu/org2011
- Reinders, Heinz (2014): Jugend. Engagement. Politische Sozialisation. Gemeinnützige Tätigkeit und Persönlichkeitsentwicklung in der Adoleszenz. Wiesbaden: Springer VS

Geht heute wirklich alles schneller?

Übergänge von der Schule in Ausbildung und Studium im Kohortenvergleich

Melanie Böwing-Schmalenbrock / Tilly Lex

51

Trotz inzwischen günstigerer Bedingungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie gesellschaftlicher Beschleunigungsentwicklungen ähneln die Übergänge von der Schule in Ausbildung / Studium der letzten Jahre denen früherer Schulabgangskohorten. Es ist sogar eine Tendenz zu längeren Übergangszeiten zu erkennen. Offenbar nutzen junge Menschen heute die Zeit nach der Schule bewusster und ausgiebiger, um Qualifikationen nachzuholen (bei max. mittlerem Schulabschluss) oder Berufserfahrung zu sammeln (bei hohem Schulabschluss) bzw. um eine Auszeit einzulegen.

Ausdifferenzierung oder Verdichtung der Übergänge?

Die „Normalbiografie“, die früher nach der Schule den direkten Einstieg in eine Berufsausbildung und anschließend in ein stabiles Arbeitsverhältnis im erlernten Beruf vorsah, hat längst pluralisierten Lebensverläufen mit sehr unterschiedlicher Ausgestaltung des Übergangs in den Beruf Platz gemacht. Dies hat die Übergangsforschung der vergangenen Jahrzehnte mehrfach aufgezeigt (z.B. Kutscha 1991; Raab u.a. 1996; Solga 2005; Reißig u.a. 2008; Beicht u.a. 2008). In jüngster Zeit stehen diesen Prozessen der Ausdifferenzierung der Jugendphase (Olk 1985; Schröder 2004; Lenz u.a. 2004) jedoch potentiell gegenläufige Entwicklungen gegenüber, die unter dem Stichwort der *Verdichtung* der Jugendphase diskutiert werden; diese Diskussionen vermuten also eine zuneh-

mende zeitliche Straffung dieses Übergangs. Die gesellschaftliche Beschleunigung (Rosa 2005) macht demnach vor dem (Aus-)Bildungssystem nicht Halt.

Ein Strukturwandel der Arbeitswelt, demografische Entwicklungen sowie ein Trend zu höheren Schulabschlüssen haben Auswirkungen auf das Übergangsverhalten und die Einmündungschancen junger Erwachsener in die verschiedenen Zweige des Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungssystems. Der Ausbildungsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren zugunsten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewandelt: Nach langer Zeit des Mangels an Ausbildungsplätzen zeichnet sich seit Ende des letzten Jahrzehnts eine Wende ab, da es in vielen Branchen für Betriebe zunehmend schwieriger wird, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen.

Insbesondere das duale Ausbildungssystem, das vornehmlich von Haupt- und Realschulabgänger(inne)n

durchlaufen wird, ist von diesen Wandlungsprozessen betroffen. Daher reagieren vor allem die Übergangsprozesse von Personen mit geringen bis mittleren Schulabschlüssen sensibel auf wirtschaftliche und demografische Entwicklungen (vgl. Kleinert/Jacob 2013). Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es jenen Schulabgangskohorten, die in den letzten Jahren eine Haupt- oder Realschule verlassen haben, schneller als den vorangegangenen Abgangskohorten gelingt, auf dem Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen. Personen mit höheren Schulabschlüssen steht zwar alternativ zur dualen eine akademische Ausbildung unmittelbar offen, dennoch können auch für Abiturient(inn)en in den letzten Jahren schnellere Übergänge vermutet werden, da die gesellschaftliche Beschleunigung das gesamte Bildungssystem erfasst hat. Anzeichen dafür sind der Trend zur früheren Einschulung,

die Verkürzung und Komprimierung der Schulzeit durch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Immerhin besteht die Intention der Schul- und Hochschulreformen explizit darin, durch Verkürzung Anschluss an die internationalen Ausbildungszeiten herzustellen und junge Fachkräfte und Akademiker/innen schneller dem Arbeitsmarkt zuzuführen. So ist anzunehmen, dass Abiturient(inn)en heute nicht nur jünger sind als vor einigen Jahren, sondern dass auch ihre Übergänge von der Schule in eine Ausbildung oder ein Studium schneller verlaufen als zuvor.

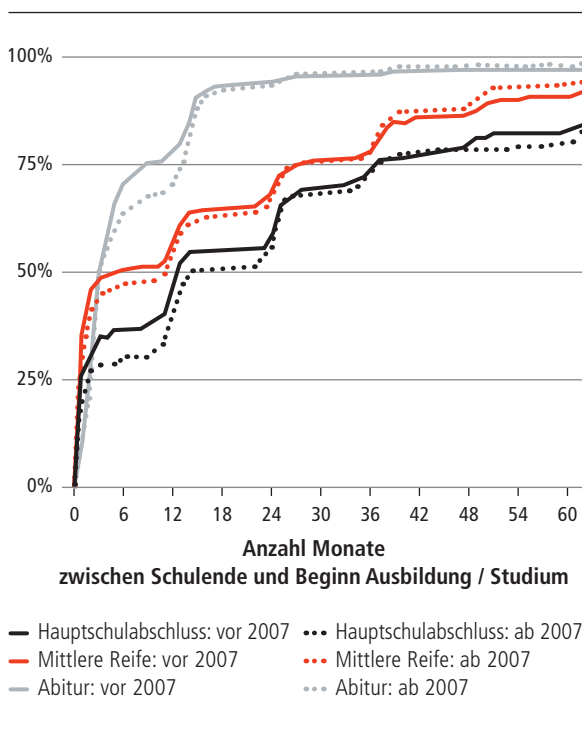
Dieser Beitrag untersucht, inwiefern und für wen sich die vermutete Beschleunigung der Übergänge feststellen lässt. Im Fokus steht der erstmalige Eintritt in eine berufliche Ausbildung oder ein Studium. Hierfür wird die Dauer dieses Übergangs vom Ende der Schulzeit bis zum Beginn einer beruflichen oder akademischen Ausbildung von Schulabgänger(inne)n der vergangenen ca. 20 Jahre betrachtet und zugleich untersucht, wie mögliche Zwischenzeiten verbracht werden.

Der Analyse dieser Annahmen liegt die Episodenabfrage für die Zeit nach der Schule zugrunde: Für alle Zielpersonen, die das allgemeinbildende Schulsystem verlassen haben, liegen im AID:A II Datensatz monatsgenaue Informationen zu ihren anschließenden Stationen vor. Dabei handelt es sich jeweils um das erstmalige Verlassen des Schulsystems (welches bei der Zielgruppe zwischen 1996 und 2013 stattfand) mit Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife oder Abitur (ohne Fachhochschulreife). Für den Vergleich der Schulabgangskohorten werden in den Analysen die Gruppen „Schulabgang vor 2007“ und „Schulabgang ab 2007“ unterschieden, da sich ab 2007 zum einen die Wende auf dem Ausbildungsmarkt abzeichnet (vgl. BMBF 2015) und zum anderen seitdem aufgrund der Auswirkungen der Bildungsreformen (etwa erste doppelte Abiturjahrgänge) eine Beschleunigung der Übergangswege erwartet werden kann.

Kein schnellerer Übergang in den letzten Jahren

Die in Abbildung 1 dargestellten Kurven zeigen für die definierten Bildungsniveaus und Abgangskohorten die Wahrscheinlichkeit, innerhalb einer gewissen Anzahl an Monaten im Anschluss an den Schulabgang eine berufliche Ausbildung oder ein Studium zu beginnen. Ein allgemeines Ergebnis ist, dass viele sich zwar für diesen Übergang Zeit lassen bzw. Zeit brauchen, die meisten ihn aber innerhalb der ersten fünf Jahre schaffen. Dabei fallen zunächst Unterschiede zwischen den Bildungsniveaus auf. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein vergleichs-

Abbildung 1 / Übergangswahrscheinlichkeiten in Ausbildung/Studium in den ersten fünf Jahren nach erstmaligem Schulabgang mit Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife bzw. Abitur – nach Schulabgangskohorte



Datenbasis: AID:A II, ungewichteter Datensatz. 6.240 Personen. Zeiten von verpflichtendem Grundwehrdienst/Zivildienst wurden abgezogen. Kaplan-Meier-Methode über den gesamten Beobachtungszeitraum. Die Darstellung zeigt die ersten 5 Jahre nach erstmaligem Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems. Signifikanter Unterschied in beiden Kohorten zw. den Schulabschlüssen ($p < .001$). Unterschied zw. Schulabgangskohorten ist für Abitur signifikant ($p < .05$), für Haupt- und Realschulabschluss aber nicht signifikant.

weise direkter Übergang gelingt, nämlich vor Ablauf des ersten Jahres nach Schulabgang, liegt für Abgänger(innen) mit Hauptschulabschluss deutlich unter 40%, für Schulabgänger/innen mit Mittlerer Reife bei ca. 50% und für Abiturient(inn)en bei gut 70%. Fünf Jahre nach Schulabgang haben sich diese Unterschiede nivelliert. Die Übergangswahrscheinlichkeiten liegen dann bei etwa 80% (Hauptschulabschluss), 90% (Mittlere Reife) bzw. knapp 100% (Abitur).

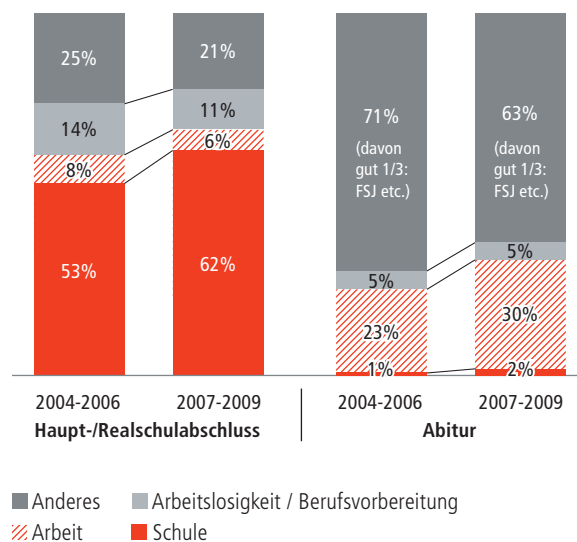
Bezogen auf Kohortenunterschiede wurde angenommen, dass Schulabgänger/innen, die seit 2007 die Schule erstmals verlassen haben, aufgrund der guten Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage bzw. aufgrund der Verdichtung institutioneller Bildungsprozesse schneller den Übergang in Ausbildung und Studium vollziehen und einen höheren Anteil an Direkteinstiegen aufweisen als Schulabgänger/innen früherer Jahrgänge. Diese Entwicklung bestätigt sich jedoch nicht! Im Gegenteil: Wer in den letzten Jahren die Schule verlassen hat, benötigt tendenziell mehr Zeit um eine Berufsausbildung oder ein Studium zu beginnen als frühere Schulabgangskohorten. Auch der Anteil der Direkteinstiege ins Berufsbildungssystem nimmt trotz der seit 2007 günstigeren demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht zu, sondern eher ab. Dieses gilt sowohl für Schulabgänger/innen, die (zunächst) mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife abgehen, als auch für Schulabgänger/innen mit Abitur. Für Letztere ist der Kohortenunterschied außerdem statistisch signifikant. Die vermuteten beschleunigten Übergänge späterer Schulabgangskohorten zeigen sich somit für keine der Bildungsgruppen. Vielmehr ähnelt sich die Übergangsdauer zwischen den Kohorten. Tendenziell dauert der Eintritt in eine berufliche Erstausbildung oder ein Studium inzwischen länger, insbesondere für Abiturient(inn)en.

Mehr Qualifizierungsphasen in der Übergangszeit

Da ein steigender Anteil der Jugendlichen nicht direkt nach Verlassen der Schule in eine Ausbildung oder ein Studium einmündet, stellt sich die Frage, was in der Zwischenzeit passiert. Warum resultieren aus den vorteilhaften wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen und dem allgemeinen Beschleunigungstrend keine schnelleren Übergänge?

Ein Blick darauf, wie häufig in der Übergangszeit Schulphasen, Arbeitsphasen, Phasen von Arbeitslosigkeit bzw. Berufsvorbereitungsmaßnahmen oder anderweitige Zwischenstationen vorkommen, zeigt: Die von den späteren Schulabgangskohorten in der Übergangszeit durchlaufenen Stationen haben zunehmend den

Abbildung 2 / Relative Häufigkeit durchlaufener Stationen in dem Zeitraum zwischen erstmaligem Schulende und Ausbildungs-/ Studienbeginn – nach Schulabgangskohorte und Schulabschluss



Datenbasis: AID:A II, ungewichteter Datensatz. 1.025 Episoden (ohne Wehr-/Zivildienst), die nach Schulende und vor Ausbildungsbeginn starten und auch enden (Personen mit maximal fünfjähriger Übergangsdauer). Pro Person gegebenenfalls mehrere Stationen. FSJ = Freiwilliges Soziales Jahr.

Lesehilfe: Bei Personen, die zwischen 2004 und 2006 erstmals das allgemeinbildende Schulsystem mit einem Haupt- oder Realschulabschluss verlassen haben, waren 53% der zwischen Schulabgang und Ausbildungsbeginn durchlaufenen Stationen Schulepisoden.

Charakter von Qualifizierungs- und Orientierungsphasen, immer seltener sind hingegen „erzwungene“ Überbrückungsphasen zu beobachten (vgl. Abbildung 2). Dies soll im Folgenden zunächst für Schulabgänger/innen mit geringen oder mittleren Schulabschlüssen verdeutlicht werden: So ist die Schullaufbahn für Haupt- und Realschulabgänger/innen sehr häufig noch nicht beendet. Bei mehr als der Hälfte ihrer Zwischenstationen handelt es sich um Schulepisoden. Die Phase bis zum Ausbildungsbeginn wird von denjenigen, die zwischen 2007 und 2009 das Schulsystem mit maximal mittlerem Abschluss verlassen haben, erheblich *häufiger* und – wie zusätzliche Analysen ergeben haben – auch etwas *länger* mit schulischer Weiterqualifizierung verbracht als von den Schulabgänger(inne)n der vorangegangenen drei Jahre. Arbeitsloskeitsphasen sowie Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die überwiegend eine ungeplante Notlösung darstellen (vgl. für Hauptschulabsolvent(inn)en Hofmann-Lun/Gaupp 2008), werden

im Zeitverlauf hingegen deutlich seltener durchlaufen. Auch Arbeitsphasen verlieren offenbar für diese Gruppe vor Ausbildungsbeginn an Bedeutung.

Für diejenigen, die das Schulsystem direkt mit der allgemeinen Hochschulreife verlassen haben, gewinnen Arbeitsphasen hingegen an Bedeutung: Erwerbstätigkeit, Jobben, Praktika etc. prägen die Übergangszeit der späteren Abgangskohorten zunehmend, wobei sich deren durchschnittliche Dauer pro Erwerbsepisode im Zeitvergleich erkennbar reduziert. Die Ergebnisse erwecken den Eindruck, dass die „vorgezogene“ Erwerbstätigkeit (etwa in Form von mehrmonatigen Praktika oder kurzfristigen Jobs) für die späteren Abiturientenjahrgänge vor allem der Sammlung von Berufserfahrung dient. Zwar dominieren in beiden Kohorten der Abiturient(inn)en weder schulische noch erwerbliche Stationen den Übergang, sondern andere Formen der Auszeit (z.B. Freiwilliges Soziales/Ökologisches Jahr). Es ist aber ein deutlicher Trend dahingehend zu erkennen, dass die Zwischenzeit geplant wird und Stationen eingelegt werden, die sich in die Bildungs- und Erwerbsbiografie sinnvoll einfügen und auch

der Kompetenzerweiterung dienen sollen. Der mögliche Altersvorsprung, der für die G8-Jahrgänge entstanden ist, relativiert sich also teils dadurch, dass die gewonnene Zeit häufig anderweitig – als allgemeine oder berufliche Orientierungsphase – genutzt wird.

Beschleunigungstendenzen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Studium können somit insgesamt aktuell nicht bestätigt werden. Junge Erwachsene vollziehen diesen Übergang fast alle, jedoch nicht unbedingt auf Anhieb. Zwischenzeiten werden von Schulabgänger(inne)n mit geringen oder mittleren Schulabschlüssen zunehmend genutzt, um sich schulisch weiter zu qualifizieren. Von Abiturient(inn)en werden sie zunehmend dafür verwendet, um sich beruflich auszurichten. Gleichwohl darf nicht aus dem Blick verloren werden, dass es auch unter sehr günstigen äußeren Rahmenbedingungen junge Menschen gibt, die längere Zeit oder gar dauerhaft ohne Ausbildung bleiben und ungelernten Tätigkeiten nachgehen bzw. erwerbslos sind. Denn nach wie vor ist der Anteil an Ausbildungslosen unter jenen mit geringen Schulabschlüssen vergleichsweise hoch. ✕

Literatur

- Beicht, Ursula / Friedrich, Michael / Ulrich, Joachim Gerd (2008): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Berichte zur beruflichen Bildung. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bielefeld
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2015): Berufsbildungsbericht 2015
<http://www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php>
- Hofmann-Lun, Irene / Gaupp, Nora (2008): Geplanter Zwischenschritt oder Warteschleife? Zugänge in und Anschlüsse an Berufsvorbereitung. In: Reißig, Birgit / Gaupp, Nora / Lex, Tilly (Hrsg.): Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt. Übergänge in Arbeit, Band 9. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut, S. 82-98
- Kleinert, Corinna und Marita Jacob (2013): Demographic changes, labor markets and their consequences on post-school-transitions in West Germany 1975–2005. In: Research in Social Stratification and Mobility, Bd. 32, S. 65-83
- Kutscha, Günter (1991): Übergangsforschung – Zu einem neuen Forschungsbericht. In: Beck, Klaus / Kell, Adolf (Hrsg.): Bilanz der Bildungsforschung. Stand und Perspektiven. Beiträge zur Theorie und Geschichte der Erziehungswissenschaft, Band 10. Stuttgart: Deutscher Studienverlag, S. 113-155
- Lenz, Karl / Schefold, Werner / Schröder, Wolfgang (2004): Entgrenzte Lebensbewältigung. Sozialpolitik vor neuen Herausforderungen. In: Lenz, Karl / Schefold, Werner / Schröder, Wolfgang (Hrsg.): Entgrenzte Lebensbewältigung. Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe. Weinheim/München: Beltz Juventa, S. 9-18
- Olk, Thomas (1985): Jugend und gesellschaftliche Differenzierung – Zur Entstrukturierung der Jugendphase. In: Heid, Helmut / Klafki,

Dr. Melanie Böwing-Schmalenbrock ist wissenschaftliche Referentin im Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) München und arbeitet aktuell im Rahmen des AID:A-Surveys im „Kompetenzteam Jugend“.

Dr. Tilly Lex ist stellvertretende Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Übergänge im Jugendalter“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) München.

Wolfgang (Hrsg.): Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit. Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft 19. S. 290-301

- Raab, Erich (1996): Jugend sucht Arbeit. Eine Längsschnittuntersuchung zum Berufseinstieg Jugendlicher. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut
- Reißig, Birgit / Gaupp, Nora / Lex, Tilly (Hrsg.) (2008): Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt. Übergänge in Arbeit, Band 9. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag
- Schröder, Wolfgang (2004): Befreiung aus dem Moratorium? Zur Entgrenzung von Jugend. In: Lenz, Karl / Schefold, Werner / Schröder, Wolfgang (Hrsg.): Entgrenzte Lebensbewältigung. Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe. Weinheim/München: Juventa S. 19-74
- Solga, Heike (2005): Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive. Opladen: Verlag Barbara Budrich

Ohne Moos nix los?

Wann und warum junge Erwachsene zum ersten Mal aus dem Elternhaus ausziehen

Anne Berngruber

55

Ein Vergleich unterschiedlicher Bildungsgruppen legt nahe, dass sich junge Erwachsene in ihrem Auszugsverhalten unterscheiden. Während diejenigen mit niedriger und mittlerer Bildung erst von zu Hause ausziehen, wenn sie finanziell selbständig sind, verlassen Abiturientinnen und Abiturienten demgegenüber häufiger zur Ausbildung bzw. zum Studium das Elternhaus und sind dabei durchschnittlich jünger als die anderen Bildungsgruppen. Das Zusammenziehen mit einem Partner bzw. einer Partnerin ist vor allem bei denjenigen mit maximal Hauptschulabschluss ein wichtiger Auszugsgrund.

Meilensteine auf dem Weg zum Erwachsenen

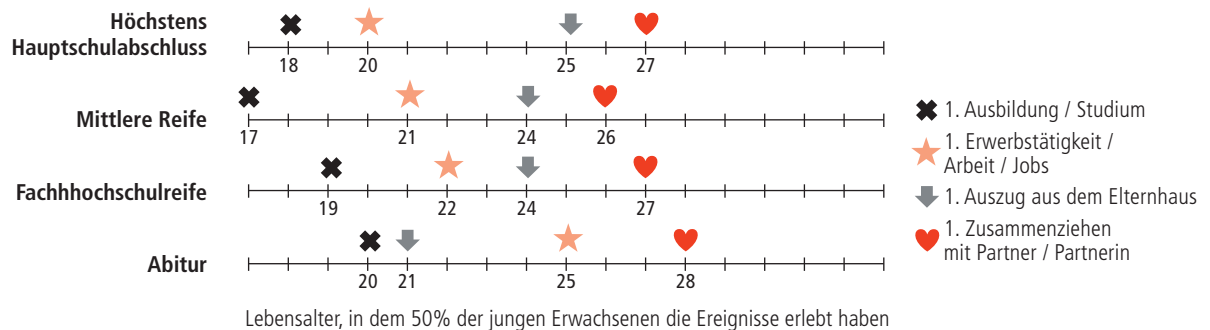
Junge Erwachsene vollziehen wichtige Schritte der Verselbständigung, die in Summe das Ende der Jugendphase und das Erreichen des Erwachsenseins markieren. Klassischerweise sind dies die räumliche Ablösung von den Eltern, die Heirat, die Geburt von Kindern und die finanzielle Selbständigkeit durch eigene Erwerbstätigkeit. Dieser Verselbständigungsprozess erstreckt sich über einen längeren Zeitraum. Während die Schule – je nach Bildungsabschluss – in der Regel spätestens mit Anfang Zwanzig beendet wird (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014), erfolgt eine Heirat und die Geburt von Kindern heutzutage im Durchschnitt erst mit Ende Zwanzig oder Anfang Dreißig (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a, b).

Beim ersten Auszug aus dem Elternhaus sind junge Frauen in Deutschland im Durchschnitt 21 Jahre, junge Männer 23 Jahre alt (vgl. Statistisches Bundesamt 2009,

S. 29). Im europäischen Vergleich findet die räumliche Ablösung damit früh statt. Insgesamt ist innerhalb Europas ein deutliches Nordwest-Südost-Gefälle erkennbar. Aufgrund unterstützender wohlfahrtsstaatlicher Leistungen sowie günstigerer Bedingungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt ziehen junge Menschen in nord- und westeuropäischen Ländern (z.B. Schweden, Dänemark, Großbritannien, Frankreich) früher von zu Hause aus als in süd- und osteuropäischen Ländern (z.B. Griechenland, Italien, Slowenien).

Der Zeitpunkt des Auszugs junger Erwachsener ist vielfach mit anderen Statusübergängen verknüpft, die als Anlass für den Auszug gelten können. Während in früheren Generationen vor allem die Heirat einen Auszug bedingte, ziehen junge Erwachsene heutzutage vor allem dann von zu Hause aus, wenn sie eine Ausbildung bzw. ein Studium beginnen oder erwerbstätig werden (vgl. Konietzka 2010). Dieser Befund legt nahe, dass für

Abbildung 1 / Alter beim ersten Erreichen verschiedener Lebensereignisse junger Erwachsener (in Jahren) nach dem angestrebten bzw. erreichten Schulabschluss



Quelle: DJI-Survey AID:A II 2014/15; n = 9.375 – 9.412; Zielpersonen: 18- bis 32-Jährige; Kaplan-Meier-Schätzer, ungewichtete Daten; eigene Berechnungen.

den Zeitpunkt eines Auszugs das schulische Bildungsniveau eine zentrale Rolle spielt.

Der folgende Beitrag untersucht das Auszugsverhalten junger Erwachsener im Alter zwischen 18 und 32 Jahren. Er möchte Vorbedingungen und Motive für einen Auszug erkunden. Dabei gilt das Interesse besonders dem Vergleich unterschiedlicher Bildungsgruppen, differenziert nach Schulabschluss (erreicht bzw. angestrebt¹).

In einem ersten Schritt soll anhand von AID:A II-Daten der Zeitpunkt eines ersten Verlassens des Elternhauses im Verhältnis zum Zeitpunkt verschiedener anderer Übergänge, die junge Menschen (differenziert nach schulischer Bildung) zum ersten Mal erleben, herausgearbeitet werden. Als Schritte zur ökonomischen Selbstständigkeit werden der Beginn der Erwerbstätigkeit als Indikator für die Integration in den Arbeitsmarkt sowie der Beginn der Ausbildung bzw. des Studiums als Indikator für den Erwerb der dazu notwendigen Qualifikationen verstanden. Als Indiz zunehmender sozialer Verselbstständigung wird das Zusammenziehen mit einem Partner bzw. einer Partnerin untersucht. In einem zweiten Schritt werden daraufhin die persönlichen Motive des Auszugs junger Erwachsener beschrieben.

Zeitpunkte erster Verselbständigungsschritte junger Erwachsener

Abbildung 1 zeigt – mit Hilfe von Kaplan-Meier-Schätzungen² – wann junge Erwachsene bestimmte Statusübergänge zum ersten Mal durchlaufen (zur Anwen-

dung dieser Methode vgl. z.B. Blossfeld u.a. 2007, S. 72-86). Angegeben ist für jeden Statusübergang das Lebensalter, in dem die Hälfte der jungen Erwachsenen den jeweiligen Statusübergang bereits bewältigt hat (Altersmedian).

Der Zeitpunkt, zu dem junge Erwachsene zum ersten Mal aus dem Elternhaus ausziehen, ist stark von ihrer schulischen Bildung abhängig (vgl. Abb. 1). Während diejenigen mit höchstem Bildungsabschluss Fachhochschulreife erst mit durchschnittlich Mitte Zwanzig das Elternhaus verlassen (Zeitpunkt bei höchstem Bildungsabschluss Hauptschule: 25 Jahre; bei mittlerem Schulabschluss und Fachhochschulreife: 24 Jahre), liegt das Erstauszugsalter bei Abiturientinnen und Abiturienten bei nur 21 Jahren, also merklich früher.

Betrachtet man die zeitliche Reihenfolge räumlicher, ökonomischer und sozialer Verselbständigungsschritte, so zeigt sich bei den drei niedrigeren Bildungsgruppen ein identisches Muster: Die jungen Erwachsenen beginnen zunächst eine Ausbildung, werden erwerbstätig, ziehen dann aus dem Elternhaus aus und gründen schließlich mit einem Partner oder einer Partnerin einen gemeinsamen Haushalt. Finanzielle Selbstständigkeit ist also für diese Bildungsgruppen eine wichtige Voraussetzung für einen Auszug.

Anders sieht es bei Abiturientinnen und Abiturienten aus. Hier sind räumliche und ökonomische Selbstständigkeit zeitlich „vertauscht“. Junge Erwachsene mit Abitur bzw. solche, die das Abitur anstreben, ziehen im Durchschnitt vier Jahre vor der ersten Erwerbstätigkeit

¹ In der vorliegenden Altersgruppe hat die Mehrheit der jungen Erwachsenen die Schule bereits abgeschlossen. Nur die jüngeren Jahrgänge sind häufiger noch in der Schule, wobei es sich hier meist um Abiturientinnen und Abiturienten handelt. Während der Schulzeit bleiben die meisten noch bei den Eltern wohnen.

² Die Besonderheit dieser Methode ist, dass in die Berechnungen sowohl diejenigen einfließen, die das Ereignis bereits erlebt haben, als auch diejenigen als rechtszensierte Fälle berücksichtigt werden können, die bis zum Befragungszeitpunkt diesen Übergang noch nicht vollzogen haben. Grundlage der Berechnungen sind jahresgenaue zeitliche Angaben, die retrospektiv erfragt wurden. Die Angaben zum Zeitpunkt der ersten Ausbildung bzw. des ersten Studiums sowie zur ersten Erwerbstätigkeit wurden in AID:A II monatsgenau erfragt (vgl. Boewing-Schmalenbrock/Lex in dieser Broschüre). Im vorliegenden Beitrag werden sie allerdings nur jahresgenau verwendet, um sie mit den anderen Ereignissen vergleichbar zu halten.

von zu Hause aus, also zeitlich sehr nah am Ausbildungs- bzw. Studienbeginn.

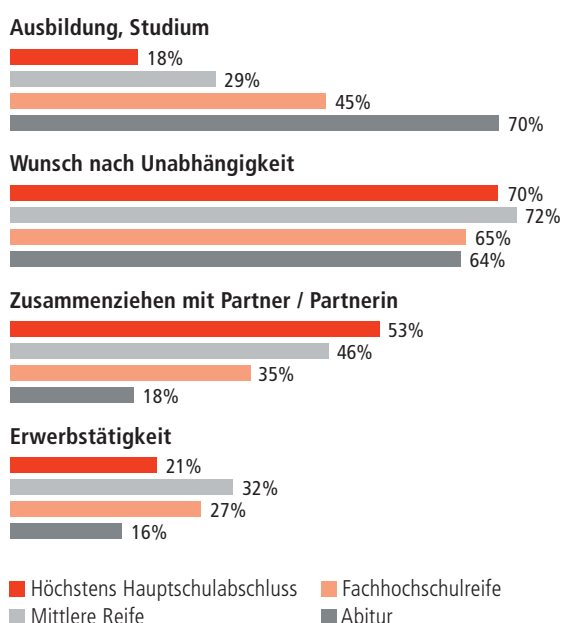
Gemeinsam ist allen Bildungsgruppen hingegen die zeitliche Position des Zusammenziehens mit dem Partner. Diesen sozialen Verselbständigungsschritt gehen junge Erwachsene erst nach der ökonomischen und der räumlichen Verselbständigung.

Die zeitliche Nähe des ersten Auszugs zu den anderen Statusübergängen gibt zudem Hinweise auf mögliche Gründe des unterschiedlichen Auszugsverhaltens der verschiedenen Bildungsgruppen. So zeigt sich bei jungen Erwachsenen, die einen Hauptschulabschluss oder die Mittlere Reife besitzen bzw. anstreben, dass der erste Auszug mit nur zwei Jahren zeitlichem Abstand sehr nah an der ersten gemeinsamen Haushaltsgründung mit einem Partner bzw. einer Partnerin liegt. Besonders auffällig ist außerdem, dass die Dauer zwischen der ersten Erwerbstätigkeit und dem ersten Auszug bei jungen Erwachsenen mit angestrebter oder bereits erreichter Fachhochschulreife am kürzesten ist, wohingegen sie zunehmend länger wird, je niedriger der Bildungsabschluss ist. Bei Abiturientinnen und Abiturienten zeigt sich hingegen mit nur einem Jahr zeitlichem Abstand eine enge Verknüpfung von erstem



57

Abbildung 2 / Gründe für den ersten Auszug aus dem Elternhaus nach dem angestrebten bzw. erreichten Schulabschluss (Mehrfachnennungen)



Quelle: DJI-Survey AID:A II 2014/15; n = 5.725 – 5.733; 18- bis 32-Jährige; Befragte sind schon einmal aus Elternhaus ausgezogen; ungewichtete Daten; eigene Berechnungen.

Auszug und dem Beginn einer ersten Ausbildung oder eines Studiums.

Darüber hinaus bestätigt sich, dass mit zunehmender schulischer Bildung der Erwerbseinstieg später erfolgt und damit zeitlich näher an das erste Zusammenziehen mit einer Partnerin oder einem Partner rückt. Mit Blick auf die gesamte zeitliche Spanne zwischen erster Ausbildung bzw. Studium und erstem Zusammenziehen mit einem Partner bzw. einer Partnerin zeigt sich, dass es zwischen den Bildungsgruppen kaum Unterschiede gibt (Fachhochschulreife und Abitur: 8 Jahre; Hauptschule und Mittlere Reife: 9 Jahre).

Persönliche Motive für eine Auszugsentscheidung

Die genannten Gründe für eine Auszugsentscheidung derjenigen jungen Erwachsenen, die schon einmal von zu Hause ausgezogen sind, ergeben ein passgenaues Bild zu den vorangegangenen Ergebnissen, indem Bildungsniveau und Motive deutlich zusammenhängen (vgl. Abb. 2).

Wie schon die zeitliche Nähe zwischen dem Beginn einer Ausbildung bzw. eines Studiums und dem Auszug aus dem Elternhaus bei Abiturientinnen und Abiturienten nahe legt, führen diese in erster Linie eine Ausbildung oder ein Studium als Auszugsgrund an. Je niedriger der Bildungsabschluss der jungen Erwachsenen ist, umso seltener wird dieser Grund benannt. In niedrigeren Bildungsgruppen ist vor allem das Zusammenziehen mit dem Partner bzw. der Partnerin ein ausschlaggebender Grund für einen Auszug: Je niedriger der Schulabschluss, umso häufiger wird dieser Grund von den jungen Erwachsenen angeführt.

Die mit dem Erwerbsbeginn verbundene finanzielle Selbstständigkeit spielt für die Auszugsentscheidung bei jungen Menschen mit Mittlerer Reife oder Fachhochschulabschluss eine entscheidendere Rolle als bei den anderen Bildungsgruppen. Dies spiegelt sich auch darin wieder, dass diese häufiger zeitnah von zu Hause ausziehen, sobald sie erwerbstätig sind.

Der Wunsch nach Unabhängigkeit wird über alle Bildungsgruppen hinweg von über zwei Dritteln der jungen Erwachsenen als wichtiger Auszugsgrund benannt. Der Drang nach selbständigem Wohnen scheint bei allen jungen Erwachsenen annähernd gleich stark ausgeprägt zu sein.

Der Wunsch nach Unabhängigkeit und die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bestimmen die Auszugsentscheidung

Insgesamt zeigen die Analysen von AID:A II, dass der Auszug aus dem Elternhaus je nach schulischer Bildung unterschiedlich stark mit sozialen und ökonomischen Statusübergängen im Lebenslauf verknüpft ist. Die soziale Verselbstständigung durch das Zusammenziehen mit einem Partner bzw. einer Partnerin ist zentral für die Auszugsentscheidung junger Erwachsener mit maximal Hauptschulabschluss. Demgegenüber ist finanzielle Selbstständigkeit dem ersten Auszug in den niedrigeren Bildungsgruppen zeitlich am weitesten vorgelagert. Für die mittleren Bildungsschichten scheint die erste Erwerbstätigkeit eine wichtigere Rolle für die räumliche Selbstständigkeit zu spielen als in den anderen Bildungsgruppen. Abiturientinnen und Abiturienten ziehen insbesondere zur ersten Ausbildung bzw. zum ersten Studium aus. Da die überwiegende Mehrheit der Abiturientinnen und Abiturienten ein Studi-

um aufnimmt, passen diese Ergebnisse zu Befunden, dass Studierende häufig in eine andere Stadt ziehen – zu über einem Drittel sogar ihr Bundesland verlassen (vgl. Middendorff u.a. 2012, S. 63) – und eher am Wochenende zu ihren Eltern pendeln. Auszubildende hingegen bleiben während ihrer Ausbildung meist noch bei ihren Eltern wohnen und ziehen erst dann aus, wenn genügend eigene finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Abiturientinnen und Abiturienten sind im Schnitt drei bis vier Jahre jünger als die anderen Bildungsgruppen, wenn sie aus dem Elternhaus ausziehen. Allerdings stellt sich bei diesen die Frage, ob der erste Auszug aus dem Elternhaus gleichzeitig auch der letzte ist. Denn trotz Auszug bleiben Studierende meist von ihren Eltern finanziell abhängig. Das kann bedeuten, dass eine längere Übergangszeit zwischen Studienende und Erwerbsbeginn aufgrund von Arbeitssuche entsteht und mit einer Rückkehr ins Elternhaus verbunden ist, die von den jungen Erwachsenen als eine Form familialer Unterstützung in finanziell schwierigen Situationen in Anspruch genommen wird.

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich das Auszugsverhalten, die relevanten Rahmenbedingungen sowie Handlungsmöglichkeiten und damit auch die subjektiven Auszugsgründe in den verschiedenen Bildungsgruppen unterscheiden. Unabhängig von ihrer Schulbildung hingegen möchten junge Erwachsene in Deutschland autonom von ihren Eltern leben. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zur weit verbreiteten Meinung, dass junge Erwachsene so lange wie möglich die Vorzüge des „Hotel Mama“ genießen wollen und nicht ausziehen möchten. Ihre Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss es allerdings auch erlauben, dass sie den Schritt der räumlichen Verselbstständigung gehen können. ✕

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag
- Blossfeld, Hans-Peter/Golsch, Katrin/Rohwer, Götz (2007): Event History Analysis with Stata. Mahwah, New Jersey / London: Lawrence Erlbaum Associates
- Konietzka, Dirk (2010): Zeiten des Übergangs. Sozialer Wandel des Übergangs in das Erwachsenenalter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Middendorff, Elke / Apolinarski, Beate / Poskowsky, Jonas / Kandulla, Maren / Netz, Nicolai (2012). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung. o.O.

Dr. Anne Berngruber, geb. 1981, ist wissenschaftliche Referentin in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher“ in der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ des DJI. Ihr Forschungsschwerpunkt ist das Auszugsverhalten junger Erwachsener und andere Statusübergänge vom Jugend- ins Erwachsenenalter.

- Statistisches Bundesamt (2009): Im Blickpunkt: Jugend und Familie in Europa. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2015a): URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Eheschliessungen/Tabellen/EheschliessungenHeiratsalter.html>
- Statistisches Bundesamt (2015b): URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenMutterBiologischesAlter.html>

Ist die Inanspruchnahme institutionalisierter Hilfen sozial selektiv?

Zu den Effekten des Bildungsniveaus der Eltern auf die Inanspruchnahme je nach Problembelastung der Kinder und Jugendlichen

Gerald Prein / Eric van Santen

59

Manchmal sind Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder auf externe Hilfe angewiesen. Die Inanspruchnahme solcher Hilfen ist für einen nicht unerheblichen Teil der Eltern zur Normalität geworden. Anders als Bildungs-, Betreuungs- oder Präventionsangebote scheint die Inanspruchnahme institutioneller Hilfen im Kontext familialer Problemlagen nur eine geringe soziale Selektivität aufzuweisen.

Der Sozialstaat und die Sozialversicherungen unterstützen Individuen und Familien bei der Lebensbewältigung durch die Bereitstellung von monetären Leistungen sowie die Bereitstellung von Einrichtungen und Diensten. Während einige Leistungen wie das Kindergeld oder Bildungsangebote auf die Sicherung von Lebenslagen und die Förderung von Personen abzielen, sollen andere wie z. B. Transferzahlungen oder Beratungs- und Therapieangebote Hilfe und Unterstützung in einer schwierigen Lebenslage geben (vgl. Gottschall/Pothmann 2011, S. 16).

In diesem Beitrag wird die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten in den Mittelpunkt gerückt, die durch öffentliche Mittel oder durch Solidarsysteme finanziert werden und auf Problemlagen reagieren. Exemplarisch werden hierbei die Beratung in Familien- oder Erziehungsfragen in einer Beratungsstelle, die schulpсихologische Beratung, Kinder- und Jugendpsychotherapie, die sozialpädagogische Familienhilfe sowie die Beratung oder Hilfe durch das Jugendamt in den Blick genommen. In AID:A II wurde für alle Zielpersonen unter 18 Jahren ein Elternteil gefragt, ob

eine dieser Leistungen mindestens einmal für die Zielperson in Anspruch genommen wurde.

Es ist eine Frage sozialstaatlicher Gerechtigkeit, ob solche Hilfen die Menschen, die diese am dringendsten benötigen, auch erreichen oder ob nicht andere Gruppen von ihnen wesentlich stärker profitieren. Insbesondere sollten die Hilfen keine soziale Selektivität erzeugen. Untersuchungen zu öffentlich finanzierten Angeboten im Bereich von Prävention, allgemeiner Förderung und Bildung haben allerdings gezeigt, dass zahlreiche Leistungen überproportional stark von Personen mit hoher Bildung und besseren materiellen Ressourcen genutzt werden (vgl. z. B. Prein/Santen 2012; Santen/Prein 2013; Lampert u.a. 2010; Rattay u.a. 2014). Vor diesem Hintergrund steht im Mittelpunkt dieses Beitrags die Frage, ob dies bei der Inanspruchnahme institutionalisierter Hilfen durch Eltern auch der Fall ist.

Angesichts des Wandels von Leitbildern in der Erziehung ist es für Eltern immer weniger eindeutig, welche Erziehung für welches Kind in welcher Situation „gut“ und

„richtig“ ist. Sie stehen vor der Schwierigkeit, auf komplexe Herausforderungen reagieren zu müssen, dabei aber ihren Kindern möglichst optimale Entwicklungsbedingungen bieten zu wollen. In einer solchen Situation bewirkt das Erodieren von Gewissheiten eine zunehmende Verunsicherung, die den Bedarf nach Hilfestellung erhöht.

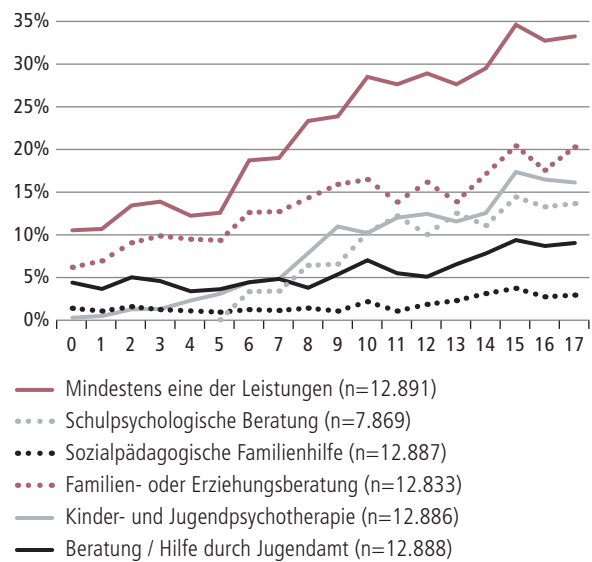
Dies führt dazu, dass Rat in Fragen der Erziehung nicht mehr nur im privaten Bereich – bei den eigenen Eltern oder Freunden – gesucht wird. Eltern greifen zunehmend auf spezialisierte professionelle Angebote zurück. Solche Angebote haben sich in den vergangenen Jahrzehnten durch die wachsende Nachfrage bedarfsorientiert entwickelt (vgl. Fendrich/Pothmann/Tabel 2014, S. 12). Der zunehmende Unterstützungsbedarf von Eltern ist also nicht nur Ausdruck veränderter Lebensverhältnisse und Erziehungsnormen, die vermehrten Unterstützungsbedarf entstehen lassen, sondern auch eine Folge davon, dass eine Inanspruchnahme außerfamiliärer, öffentlicher Hilfen zunehmend als gesellschaftliche Normalität empfunden wird. Verstärkt wird dies dadurch, dass Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Familien zunehmend an bestehende Einrichtungen (z. B. Kitas) angebunden und dort angeboten werden (vgl. Schoyerer/van Santen 2015).

Die Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen

Die nachfolgenden Analysen beziehen sich auf die Inanspruchnahme von Familien- oder Erziehungsberatung, schulpyschologischer Beratung, Kinder- und Jugendpsychotherapie, sozialpädagogischer Familienhilfe sowie Beratung oder Hilfe durch das Jugendamt von der Geburt bis zum Erhebungszeitpunkt („Lebenszeitprävalenz“). Wie zu erwarten war, steigt der Anteil der Eltern, die angegeben, die genannten Angebote jemals in Anspruch genommen zu haben, mit dem Alter der Kinder (vgl. Abb. 1). In den letzten Jahren vor dem Erreichen der Volljährigkeit des Kindes gibt etwa ein Drittel der Eltern an, mindestens eines der fünf Hilfeangebote in Anspruch genommen zu haben. Die Inanspruchnahme institutionalisierter Hilfeformen ist damit alles andere als ein Randphänomen, sondern gehört für viele Familien zur Realität des Aufwachsens. Neben eigenen oder in den eigenen sozialen Netzwerkbeziehungen enthaltenen Problemlösungskompetenzen haben die öffentlich finanzierten Hilfeleistungen einen besonderen Stellenwert erlangt.

Die Familien- und Erziehungsberatung wird unabhängig vom Alter des Kindes am häufigsten in Anspruch genommen. Die Eltern etwa jedes fünften Jugendlichen

Abbildung 1 / Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach Alter



Quelle: AID:A II, eigene Berechnungen, Alter 0 bis 17 Jahre, ungewichtete Daten

im Alter von 17 Jahren geben an, mindestens einmal eine Familien- oder Erziehungsberatung genutzt zu haben.¹ Überraschend hoch ist auch die Inanspruchnahme der Kinder- und Jugendpsychotherapie mit einem Anteil von bis zu 17%.

Differenziert man die Inanspruchnahme der Leistungen nach dem Bildungsniveau der Eltern², so zeigt sich, dass Eltern mit niedriger Bildung alle Hilfen häufiger in Anspruch nehmen als Eltern mit hoher Bildung: Während etwa ein Viertel der Eltern mit niedriger Bildung mindestens eine der Leistungen nutzt oder genutzt hat, gilt dies nur etwa für ein Fünftel der Eltern mit hoher Bildung. Insofern widersprechen diese Befunde dem gängigen Bild eines besseren Zugangs zu Hilfsangeboten seitens der ressourcenstarken Familien. Allerdings sind hierbei auch Unterschiede im Belastungsgrad der Familien in Rechnung zu stellen. Institutionelle Hilfen werden in der Regel dann in Anspruch genommen, wenn Eltern nicht (mehr) in der Lage sind, die Probleme des Kindes bzw. mit dem Kind selbst oder mit Unterstützung des persönlichen sozialen Umfeldes zu lösen. Die Unterschiede nach Bildung wären deshalb nur dann aussagekräftig, wenn Problembelastungen von Kindern nichts mit der Bildung der Eltern zu tun hätten. Dies ist aber nach vorliegenden Befunden anderer Studien nicht zu erwarten.

1 Wie bei allen Hilfen ist allerdings zu beachten, dass es sich um Selbstauskünfte zur Inanspruchnahme von Leistungen handelt. Deren institutionelle Definition muss sich nicht mit dem Verständnis der Befragten decken.

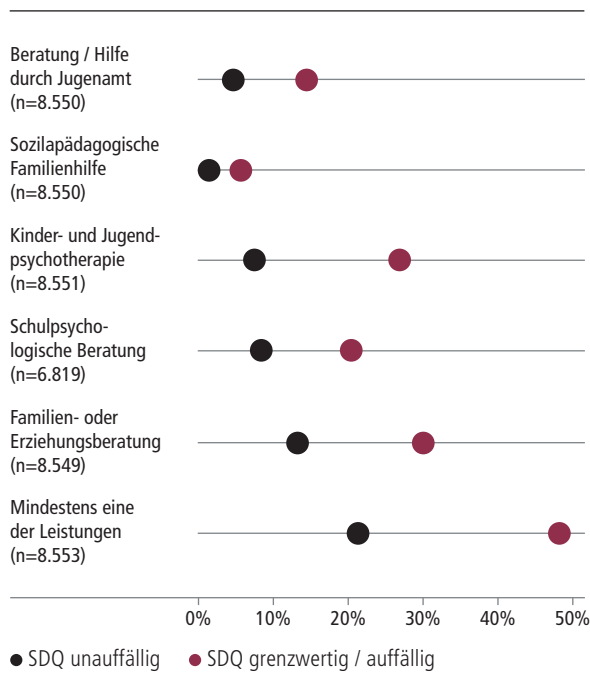
2 Wenn kein Elternteil die Hochschulreife besitzt, wird im Folgenden von niedriger Bildung gesprochen. Besitzt mindestens ein Elternteil die Fachhochschulreife, das Abitur oder einen Hochschulabschluss, wird dies als hohe Bildung bezeichnet.

Die Inanspruchnahme nach der Problembelastung der Kinder

Auch unsere Daten sprechen für eine höhere Problembelastung von Kindern aus Familien mit geringeren Bildungsressourcen. Ein generelles Maß für die Problembelastung von Kindern und Jugendlichen wurde in AID:A I und II mit der deutschen Version des Strength and Difficulties Questionnaire (SDQ) erhoben, der kritische Werte in mehreren Bereichen der emotionalen und Verhaltensentwicklung aufzeigt (vgl. Klasen u.a. 2003). Kinder und Jugendliche aus Familien mit hoher Bildung zeigen in AID:A I und AID:A II zu etwa 7% grenzwertige oder auffällige Werte beim SDQ, während Kinder von Eltern mit niedriger Bildung mit Anteilen von 13% (AID:A I) bzw. 11% (AID:A II) stärker problembelastet sind.

Wie zu erwarten war, zeigen sich deutliche Zusammenhänge zwischen dem SDQ und der Inanspruchnahme institutionalisierter Hilfen (vgl. Abb. 2).³ Eltern von Kindern mit einem grenzwertigen oder auffälligen SDQ-Wert geben durchgängig eine stärkere Inanspruchnahme an als

Abbildung 2 / Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach Problembelastung



Quelle: AID:A II, eigene Berechnungen, Alter 3 bis 17 Jahre, ungewichtete Daten

Eltern von Kindern mit unauffälligen Werten. Allerdings wurde auch rund die Hälfte der problembelasteten Kinder bislang nicht durch eines dieser Angebote erreicht.

Vergleicht man belastete mit unauffälligen Kindern⁴, so sind die Unterschiede bei der Inanspruchnahme einzelner Hilfeformen stark ausgeprägt. Der größte absolute Unterschied findet sich bei der Inanspruchnahme der Kinder- und Jugendpsychotherapie mit einer Prozentsatzdifferenz von 19%, wohingegen die Differenz bei der sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) mit 4% deutlich geringer ausfällt. Allerdings wurde und wird SPFH auch insgesamt deutlich seltener in Anspruch genommen. Dass auch hier die Problembelastung der Kinder eine Rolle spielt, zeigt sich, wenn man nicht nur die reine Differenz betrachtet, sondern das Verhältnis der Inanspruchnahme von SPFH mit und ohne Problembelastung der Kinder. Immerhin ist die Inanspruchnahme beim Vorliegen grenzwertiger oder auffälliger SDQ-Werte viermal so hoch wie bei unauffälligen Werten. Gleichwohl haben von den problembelasteten Kindern nur knapp 6% die SPFH genutzt, aber 30% eine Familien- oder Erziehungsberatung. Offensichtlich beziehen sich die Hilfen auf unterschiedliche Problemkontexte, d.h. nicht immer stehen Verhaltensprobleme von Kindern im Vordergrund.

Bildungsdisparitäten bei der Inanspruchnahme?

Aus den berechneten Verteilungen der Inanspruchnahme nach Problembelastung (vgl. Abb. 2) sowie der Problembelastung nach Bildung der Eltern lässt sich berechnen, welche Werte bei der Inanspruchnahme nach Bildung zu erwarten wären, wenn die Unterschiede der Inanspruchnahme nur auf die Unterschiede der Problembelastung der Bildungsgruppen zurückzuführen wären.

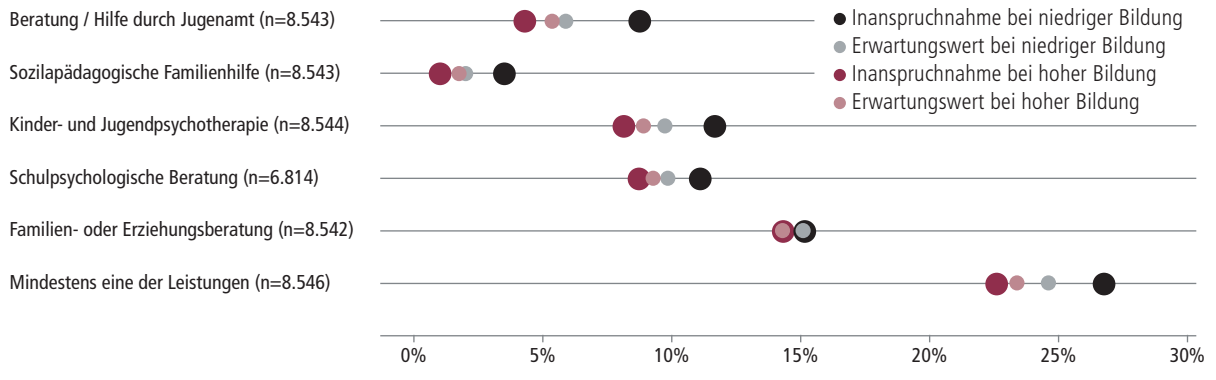
Dabei zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen Erwartungswerten und realisierten Werten bei den verschiedenen Leistungen unterschiedlich ausfallen (vgl. Abb. 3): Während die faktische Nutzung von Familien- und Erziehungsberatungsstellen nahezu identisch ist mit den Erwartungswerten, zeigen sich bei den anderen Leistungen Unterschiede. Dort fällt die reale Inanspruchnahme bei den höher Gebildeten aber nicht höher, sondern etwas geringer aus als erwartet, während sie bei den niedriger Gebildeten durchgängig über den Erwartungswerten liegt.

Demnach hat der Bildungshintergrund einen zusätzlichen Effekt, so dass Kinder aus Familien mit niedriger Bildung zum Beispiel häufiger Beratung und Hilfe durch

³ Die vorliegenden Daten erlauben es nicht, den Beginn und die Dauer der Inanspruchnahme von Hilfen und die Messzeitpunkte des SDQ zeitlich zu ordnen.

Um zumindest Anhaltspunkte für kausale Zusammenhänge liefern zu können, wurden alle Analysen mit dem SDQ aus AID:A I und AID:A II gerechnet und lieferten vergleichbare Ergebnisse.

⁴ Bei der Interpretation ist zu bedenken, dass nur jeweils ein Kind im Mittelpunkt der AID:A-Befragung stand. Insofern ist nicht auszuschließen, dass in einer Familie ein weiteres Geschwisterkind Belastungen aufweist.

Abbildung 3 / Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach Bildung mit Erwartungswerten

Quelle: AID:A II, eigene Berechnungen, Alter 3 bis 17 Jahre, ungewichtete Daten

62

das Jugendamt erhalten haben, als aufgrund der aktuellen Problembelastung dieser Gruppe zu erwarten wäre. Ob es sich hierbei um Hilfen bei früheren, inzwischen bewältigten Problemen handelte oder ob diese Familien aufgrund anderer Probleme Hilfe erhalten (haben), lässt sich auf Basis unserer Daten nicht klären. Allerdings sind auch hier Abweichungen von den Erwartungswerten eher klein. Somit sind bei der Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen entweder keine Bildungsunterschiede erkennbar oder Gruppen mit niedriger Bildung werden in geringfügig höherem Maße erreicht. Ob dieses Ergebnis auch Bestand hat, wenn Faktoren wie die Einbettung in soziale Netzwerke und die Problemlösungskompetenz der Eltern berücksichtigt werden, werden weitergehende Analysen zeigen.

Fazit: Die Inanspruchnahme öffentlich (mit)finanzierter Leistungen in Problemlagen ist nach unseren Befunden kein Randphänomen. Ein Drittel der Eltern nimmt bis zur Volljährigkeit ihrer Kinder eine solche Hilfe in Anspruch. Die hier vorgestellten Analysen liefern Anhaltspunkte dafür, dass die Inanspruchnahme institutionalisierter Hilfen in schwierigen Lebenslagen – im Unterschied zu anderen öffentlich finanzierten Leistungen – die Ansprüche sozialer Gerechtigkeit erfüllen: Es liegt keine soziale Selektivität vor oder, wenn dies der Fall ist, dann wurden und werden diese Hilfen eher durch benachteiligte Gruppen in Anspruch genommen. ✖

Literatur

- Fendrich, Sandra / Pothmann, Jens / Tabel, Agathe (2014): Monitor Hilfen zur Erziehung 2014. Dortmund: Forschungsverbund DJI/TU Dortmund an der Fakultät 12 der Technischen Universität Dortmund
- Gottschall, Karin / Pothmann, Jens (2011): Eine Frage der Gerechtigkeit. In: DJI-Impulse, H. 92/93, S. 16-18
- Klasen, Henrikje / Woerner, Wolfgang / Rothenberger, Aribert / Goodman, Robert (2003): Die deutsche Fassung des Strengths and Difficulties Questionnaire (SDQ-Deu) – Übersicht und Bewertung erster Validierungs- und Normierungsbefunde. In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. 52. Jg., H. 7, S. 491-502
- Lampert, Thomas / Hagen, Christine / Heizmann, Boris (2010): Gesundheitliche Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Berlin: Robert Koch-Institut
- Prein, Gerald / Santen, Eric van (2012): Wie verteilt der Sozialstaat seine Angebote? Zu den Effekten der Ausgestaltung sozialstaatlicher Angebote auf deren Inanspruchnahme. In: Rauschenbach, Thomas / Bien, Walter (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A Der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 68-84
- Rattay, Petra / Starker, Anne / Domanska, Olga / Butschalowsky, Hans / Gutsche, Johanna / Kamtsiuris, Panagiotis (2014): Trends in der Inanspruchnahme ambulant-ärztlicher Leistungen im Kindes- und

Dr. Gerald Prein, geb. 1956, arbeitet in der Abteilung „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ und koordiniert im Rahmen des AID:A-Surveys das Kompetenzteam „Sozialberichterstattung“.

Dr. Eric van Santen, geb. 1961, ist wissenschaftlicher Referent im Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“ der Abteilung Jugend und Jugendhilfe und arbeitet im Kompetenzteam „Sozialberichterstattung“ mit.

Jugendalter Ergebnisse der KiGGS-Studie – Ein Vergleich von Basiserhebung und erster Folgebefragung (KiGGS Welle 1). In: Bundesgesundheitsblatt, 57. Jg., H. 7, S. 878-891

- Santen, Eric van / Prein, Gerald (2013): Effekte der Angebotsdichte sozialstaatlicher Leistungen und Angebote auf die soziale Selektivität der Inanspruchnahme – Empirische Hinweise an den Beispielen Kinderbetreuung und Jugendzentren. In: Zeitschrift für Sozialreform, 59 Jg., H. 1, S. 85-110
- Schoyerer, Gabriel / Santen, Eric van (2015): Kindertagesbetreuung im Lichte sozialer Heterogenität und Ungleichheit. Empirische Anmerkungen zu einer interdisziplinären Herausforderung. In: Neue Praxis, 45. Jg., H. 2, S. 107-120

Methodische Grundlagen von AID:A II

Stichprobe und Fallzahlen

Walter Bien / Ulrich Pötter / Holger Quellenberg

63

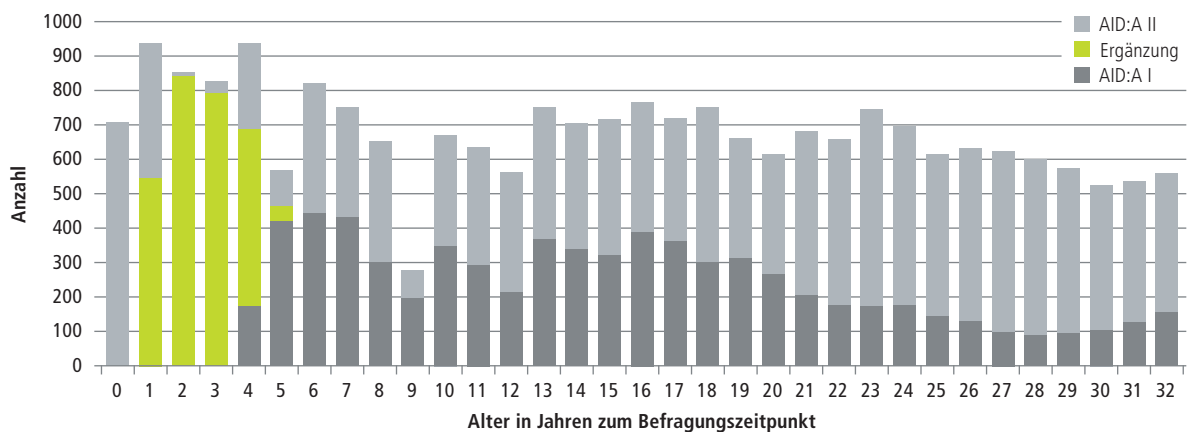
Die Studie „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) des Deutschen Jugendinstitutes knüpft an die Reihe der DJI-Surveys und DJI-Panels der vergangenen Jahre an und integriert thematisch und methodisch die Befragungen verschiedener Altersgruppen in einer Studie. Als repräsentative Stichprobe von Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden ermöglicht die Studie Analysen ihrer Lebensverhältnisse. Auf Basis der Angaben können verlässliche Aussagen über ihre soziale Lage, private Lebensgestaltung, familiäre Lebensführung, soziale Teilhabe sowie ihr Wohlergehen gewonnen werden.

Eine erste Befragung wurde 2009 als Repräsentativbefragung von Menschen durchgeführt, deren Alter zwischen Geburt und dem 55. Lebensjahr liegt (AID:A I; vgl. Rauschenbach/Bien 2012). Die Studie AID:A II, die zwischen 2013 und 2015 durchgeführt wurde, umfasst zum Einen Personen, die bereits an der AID:A I Studie teilgenommen hatten. Für diesen Teil der Befragten können individuelle Verläufe nachgezeichnet werden, deren Analysen Aufschluss über Prozesse des Aufwachsens und des Selbstständigwerdens von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen geben werden, wie auch über die sozialen Bedingungen dieser Prozesse. Zum Anderen wurde AID:A II so aufgefrischt, dass eine repräsentative Stichprobe von Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden für die Jahre 2013 bis 2015 entstand. Daher können Fragen des sozialen Wandels durch die Gegenüberstellung vergleichbarer Altersgruppen zu unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten in Form von Kohortenvergleichen analysiert werden.

Design und Fallzahlen

An der AID:A I Befragung nahmen 25.337 Personen teil. Diese Daten ermöglichen einen Überblick über die soziale Situation in Deutschland im Jahr 2009. In den Jahren 2013/2015 wurden ergänzend wiederum vergleichbare Angaben zu 22.424 Personen erhoben (AID:A II). Nach den Erfahrungen aus der ersten Welle wurde die erneute Erhebung thematisch enger gefasst und die Altersspanne auf 0 bis 32 Jahre reduziert. Für die wiederholte Befragung konnten 9.894 Personen gewonnen werden, die bereits ab dem Jahr 2009 an der AID:A-Befragung teilgenommen haben. Dazu gehören auch 2.744 Kinder aus Ergänzungsstichproben, die zwischen 2009 und 2013 geborene Kinder erfassten. Trotz der hohen Beteiligung ist aber die Übertragbarkeit einzelner Anteilswerte auf die Gesamtbevölkerung nicht mit einer Genauigkeit möglich wie es z.B. der Mikrozensus erlaubt.

Auch für die Analyse sozialen Wandels ist der Bezug auf AID:A I (2009) zentral. Um entsprechende Kohortenvergleiche zu ermöglichen, wurde die Längsschnittstichprobe durch eine Auffrischungsstichprobe ergänzt. Dazu wurden von 12.488 weiteren Personen – ebenfalls im Alter von 0 bis 32 Jahren – Auskünfte über ihre soziale Lage, Einstellungen und Erfahrungen erhoben, sodass hinreichende Informationen für einen Vergleich der Lebenssituation zu beiden Erhebungszeitpunkten 2009 und 2013/2015 verfügbar sind. Die Auswahl dieser Personen erfolgte unabhängig von der Erreichbarkeit der wiederholt Befragten, so dass beide Teilstichproben auch unabhängig voneinander ausgewertet werden können.

Abbildung 1 / Stichprobenzusammensetzung

Quelle: AID:A 2015.

Die Abbildung 1 zeigt die Anzahl der ausgewählten Personen je Altersjahr unterschieden nach erstmals, ergänzend und wiederholt Befragten. Für die Befragung in AIDA II wurden aus der Gruppe der bis unter Neunjährigen möglichst alle Familien der ersten Erhebungswelle erneut befragt. Der Anteil wiederholt Befragter in dieser Altersgruppe wurde dadurch maximiert. Für die Altersgruppe der 9- bis 32-Jährigen wurde dagegen von vornherein angestrebt, nur etwa die Hälfte der realisierten Befragungen als Wiederholungsbefragung zu realisieren, die andere Hälfte als Neubefragung.

Auswahlverfahren

Die Auswahl dieser altersdefinierten Stichprobe erfordert die Verfügbarkeit einer Liste von Personen eben dieser Altersgruppen. Solche Daten gibt es nur auf Gemeindeebene aufgrund der Angaben der Einwohnermeldeämter. Deshalb erfolgte im Jahr 2009 die Auswahl der Personen nach dem Zufallsprinzip aus den Listen der Einwohnermeldeämter. Bei der Auswahl der jüngsten Kinder ging man bei weiteren Ziehungen von Adressen bis zum Jahr 2013 analog vor. Es wurde ein gestuftes Verfahren verwendet, in dem nicht alle Gemeinden – deutschlandweit immerhin mehr als 12.000 – kontaktiert wurden. Vielmehr wurde für AID:A zunächst eine Stichprobe von 295 Gemeinden gezogen, in denen dann die Personen nach einem Zufallsverfahren ausgewählt wurden. Dabei wurde

für AID:A bereits bei der Gemeindeziehung die Gemeindegroße berücksichtigt, sodass einige große Gemeinden mehrfach auf der ersten Auswahlstufe berücksichtigt wurden. Insgesamt wurden so 342 Auswahlseinheiten für die Ziehung definiert. Innerhalb der Auswahlseinheiten und Altersgruppen wurde eine annähernd gleiche Anzahl von Befragungen angestrebt. Wäre dieses Ziel perfekt realisiert worden, würden sich unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten von Gemeinden auf Grund ihrer Bevölkerungszahl und die unterschiedlichen Anteile Befragter in den Altersgruppen je Gemeinde gerade ausgleichen. Abweichungen von diesem Ziel waren insgesamt recht gering. Sie können zudem durch die unten beschriebenen Gewichtungswahrscheinlichkeiten bei Analysen ausgeglichen werden.

Das Auswahlverfahren garantiert, dass Verteilungsaussagen über Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb der Altersgruppen repräsentativ sind. Es generiert eine Personenstichprobe, die eine Analyse von Lebenslagen aus Kinderperspektive erst ermöglicht. Ein vergleichbares Vorgehen zur Rekrutierung von bestimmten Altersgruppen wurde auch bei Großstudien der älteren Bevölkerung, wie dem „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ (Börsch-Supan 2005) oder dem Alterssurvey des Deutschen Zentrums für Altersfragen (Motel-Klingenberg 2010) gewählt.

Im Gegensatz dazu finden sich in Haushaltsstichproben wie etwa dem Sozioökonomischen Panel (Wagner u.a. 2007) oder allgemeinen Bevölkerungsbefragungen

Die Studie „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) des Deutschen Jugendinstituts ermöglicht die Analyse der Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden.

wie dem Allbus (Wasmer u.a. 2014) deutlich weniger Kinder, zu denen außerdem relativ wenig erfragt wird. Und in Erhebungen wie dem Nationalen Bildungspanel (Blossfeld u.a. 2009) werden wegen des Bezugs auf Ausbildungsstufen individuelle Entwicklungsdynamiken nur am Rande erfasst. Andererseits sind auf der Grundlage von AID:A nur sehr eingeschränkt Aussagen über Verteilungen von Familienkonstellationen zu gewinnen, weil aufgrund des Auswahlprozesses in AID:A Familien mit mehreren Kindern überrepräsentiert sind.

Durchführung der Befragung

Angaben zu den unter Neunjährigen und zu älteren Personen wurden aus pragmatischen Gründen in zwei Erhebungswellen erhoben: Die unter Neunjährigen bzw. deren Eltern wurden zwischen September 2013 und März 2014 befragt, die über Achtjährigen zwischen Juni 2014 und April 2015. Diese Aufteilung hat als eine Konsequenz, dass die Altersgruppen der fünfjährigen und die der Neunjährigen deutlich geringer besetzt sind: Grob gesprochen sind die Neunjährigen der Jahre

2014/15 schon 2013/14 als Achtjährige in die erste Erhebungswelle eingegangen. Und ein Teil der Fünfjährigen im Jahr 2013/14 war zur Zeit der Adressziehung 2009 noch nicht geboren, gehörte aber auch keiner Auffrischungstichprobe an.

Selektivität des Auswahlverfahrens

Da die meisten Befragungen aus Kostengründen telefonisch erfolgen mussten, ergab sich bei der Stichprobenziehung über Einwohnermeldeamtsdaten der Nachteil, dass die Meldeämter zwar die Namen und Adressen der Personen liefern können, nicht aber die dazugehörigen Telefonnummern. Die Ermittlung der Telefonnummern musste deshalb in einem weiteren Schritt von dem Erhebungsinstitut geleistet werden. Hierfür wurden die gezogenen Adressen mit allen verfügbaren Telefonbüchern abgeglichen, um aktuelle, korrekte Telefonnummern zu ermitteln. Der Abgleich wurde dadurch erschwert, dass zu den Adressen und Namen der Kinder die entsprechenden Telefonnummern der Eltern ermittelt werden mussten, da nur die Namen der Kinder gelistet wurden, diese aber natürlich nicht über einen eigenen Telefonanschluss verfügen. Um möglichen Ausfalleffekten bei diesem Vorgehen (vgl. Schnell 2012) entgegen zu wirken, sind bei AID:A II für einen kleinen Teil der Stichprobe auch persönliche und online Interviews (vgl. Gensicke/Tschersich 2014) ermöglicht worden.

Um das Ausmaß möglicher Verzerrungen auf Grund von Variationen in den Auswahlwahrscheinlichkeiten je Gemeinde, den Anteilen erfolgreich recherchierter Telefonnummern oder auf Grund differentieller Teilnahmebereitschaft zu bestimmen, wurden von Infas Selektivitätsanalysen im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße berechnet (vgl. Aust u.a. 2015). Besonderheiten zeigen sich insbesondere bei jungen Erwachsenen, die mobiler sind und häufig nicht über einen Festnetzanschluss verfügen, so dass die Telefonnummern schwieriger zu ermitteln waren und die Ausfall-

65

Tabelle 1 / Geschlecht von Ziel- und Auskunftspersonen nach Altersgruppen

	Altersgruppe der ausgewählten Person				
	0-5	6-12	13-17	18-24	25-32
Geschlecht der Zielperson					
männlich	2489	2262	1928	2465	2466
weiblich	2348	2121	1742	2353	2248
Geschlecht der Auskunftsperson					
männlich	241	140	121	-/-	-/-
weiblich	4596	4243	3549	-/-	-/-
Insgesamt	4837	4383	3670	4818	4714

Quelle: AID:A 2015.

quoten geringfügig höher sind. Außerdem gibt es einige regionale Besonderheiten, die im Verhältnis zur Gesamtpopulation aber nur geringe Auswirkungen haben. Erste Analysen zeigen, dass sich Abweichungen zwischen bekannten Merkmalsverteilungen etwa aus dem Mikrozensus und den entsprechenden AID:A II-Verteilungen im normalen Rahmen für diese Art von Erhebungen halten, dass allerdings, wie schon bei AID:A I, deutlich mehr Interviews mit höher gebildeten Personen realisiert wurden, was zur Vorsicht in der Übertragbarkeit nichtbildungsdifferenzierter Anteilswerte auf die Gesamtpopulation mahnt.

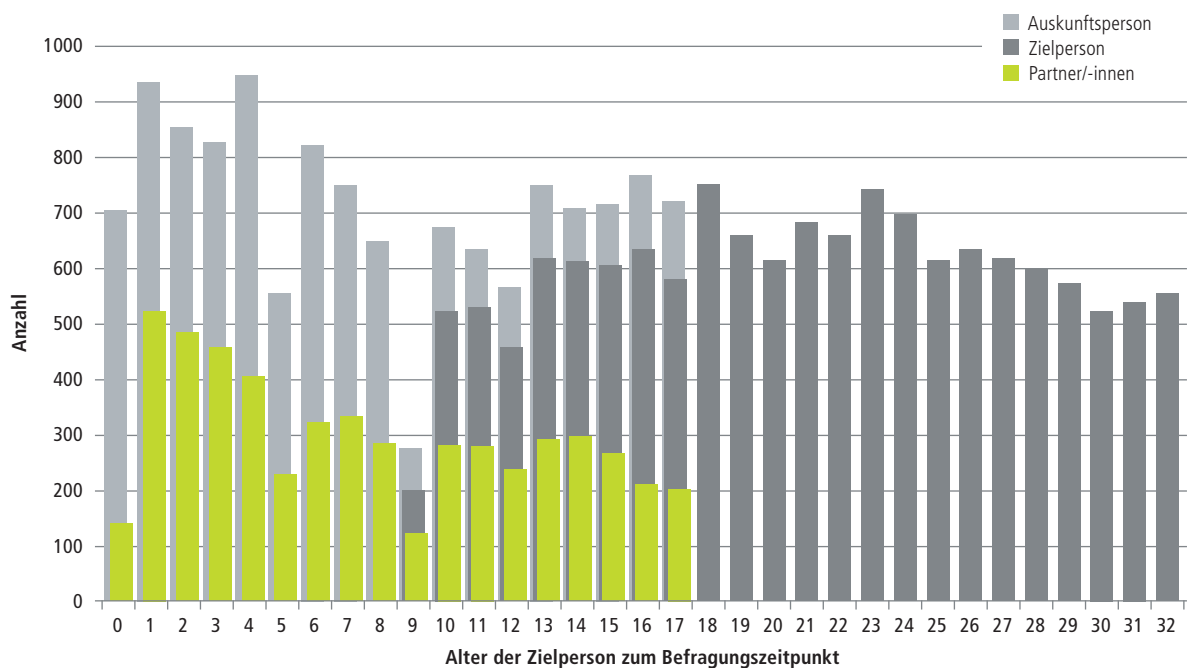
Ziel- und Auskunftsperson

Befragungen von Kindern und Jugendlichen stellen besondere Anforderungen an die Organisation und Durchführung der Erhebung. Da nicht alle Kinder ein Interview eigenständig führen können, sollte nach Möglichkeit ihre Mütter befragt werden, ersatzweise die Väter oder andere erziehungsberechtigte Personen. Diese Per-

sonen werden als „Auskunftspersonen“ (AP) bezeichnet, die Kinder als „Zielpersonen“ (ZP) oder als „Zielkinder“. Für die Zielkinder zwischen neun und zwölf Jahren und die jugendlichen Zielpersonen zwischen 13 und 17 Jahren wurde jeweils ein eigenes zusätzliches Fragenmodul eingesetzt, welches mit Zustimmung der Auskunftspersonen von 4.777 Zielpersonen beantwortet wurde.

Darüber hinaus wurde in AID:A II nach Möglichkeit auch der Vater bzw. der im Haushalt lebende Partner der Mutter mit einem kürzeren Befragungsprogramm befragt. Für 5.421 Kinder und Jugendliche liegen auch Angaben der Väter vor. Insgesamt haben zu 22.424 Zielpersonen 32.580 Personen Auskunft gegeben. Die Anzahl der durchgeführten Interviews übersteigt also die der Zielpersonen, wie man auch den überlappenden Säulen der Abbildung 2 entnehmen kann. In Ergänzung des methodischen Zugangs und des inhaltlichen Konzepts wird in AID:A II also ein erweiterter Multi-Actor-Ansatz verfolgt. Durch die Befragung mehrerer Personen im Haushalt zu gleichen Themenstellungen können deren Sichtweisen aufeinander bezogen werden.

Abbildung 2 / Befragte Personen nach Alter der Zielperson



Quelle: AID:A 2015.

Tabelle 2 / Ungewichteter und gewichteter Anteil der Zielpersonen von 9-32 Jahre im Vergleich zum Mikrozensus nach Region und Altersgruppen

	Ungewichtet		Gewichtet		Mikrozensus 2011	
	n	%	n	%	n	%
Regionen						
Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	2.358	15,7	2.436	16,2	3.456.146	16,2
Nordrhein-Westfalen	4.354	29,0	3.328	22,2	4.720.507	22,2
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	2.104	14,0	2.051	13,7	2.908.358	13,7
Baden-Württemberg	2.242	15,0	2.090	13,9	2.963.156	13,9
Bayern	2.216	14,8	2.424	16,2	3.438.630	16,2
Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt	889	5,9	1.658	11,1	2.352.726	11,1
Sachsen, Thüringen	830	5,5	1.005	6,7	1.423.790	6,7
Altersgruppen						
9-11 Jahre	1.586	10,6	1.525	10,2	2.161.629	10,2
12-17 Jahre	4.021	26,8	3.346	22,3	4.746.758	22,3
18-32 Jahre	9.386	62,6	10.122	67,5	14.354.926	67,5

Quelle: Aust u.a. 2015.

Fragenmodule

AID:A ist als Mehrthemenstudie angelegt. Die einzelnen Themen sind in entsprechenden Modulen des Fragenprogramms zusammengefasst. Übergreifend wurden für alle Altersgruppen Angaben zur Haushaltsstruktur, zu den Eltern, Generationenbeziehungen und zur sozialen Lage erhoben. Innerhalb der beiden Teilerhebungen der unter Neunjährigen und der Älteren wurden altersspezifische Fragenprogramme entwickelt. Insbesondere in der Kohorte der Jüngsten sind die Differenzierungen sehr groß, da hier kleine Altersunterschiede bereits große Entwicklungsdifferenzen bedeuten können. Zudem wurden für diese Altersgruppen die Auskunftspersonen und Partner zur Gestaltung der täglichen Routinen befragt. Andere Module sind vorwiegend für Jugendliche entwickelt worden, etwa die Fragen zum Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf. Für die volljährigen Zielpersonen, die bereits eigene Kinder haben, wurde ein spezielles Elternmodul entwickelt, welches eng an die Befragung von Eltern zu den Zielkindern angelehnt ist und unter anderem Einstellungsfragen zur Erziehung umfasst.

Je nach Befragungsmodul variierte die Dauer der telefonischen Befragung. So betrug die Interviewdauer für

Alle AIDA Datensätze können für wissenschaftliche Vorhaben über das Forschungsdatenzentrum des DJI (<http://surveys.dji.de>) bezogen werden.

ein Hauptinterview etwa eine Stunde. Die Befragung der Neun- bis Zwölfjährigen Zielkinder betrug etwa zehn Minuten, bei den 12- bis 17-Jährigen etwa 30 Minuten. Die zusätzliche Partnerbefragung war ebenfalls mit etwa zehn Minuten veranschlagt.

Rücklauf und Ausfallquoten

Gemessen an den Rücklaufquoten weist die Studie angesichts des langen Zeitraums zwischen AID:A I und AID:A II eine hohe Qualität aus (vgl. Blasius/Reuband 1995; Martin u.a. 2014). So liegt die Ausschöpfungsquote bei den Panelfällen der unter 9-Jährigen bei 53,7%, bei über 8-Jährigen beträgt sie 44,8% (vgl. Aust et al. 2015). Der Rücklauf der neu rekrutierten Auffrischungstichprobe von Zielpersonen bis unter neun Jahren beträgt 34,2%; bei den über Achtjährigen liegt der Rücklauf bei 20,4% (vgl. Aust u.a. 2015). Auch die Bereitschaft, nochmals befragt zu werden, ist mit einer Einverständnisquote von 85% erfreulich groß.

Gewichtung der Daten

Um Vergleiche zwischen den Erhebungen 2009 und 2013/15 innerhalb gegebener Altersgruppen zu erleichtern, sind für die Daten von AID:A I und II sogenannte Poststratifizierungsgewichte (vgl. Thompson 1997) gebildet worden, die Besonderheiten des Auswahlprozesses in AID:A I und II berücksichtigen. Insbesondere gibt es für die Daten der Befragung AID:A I Gewichte für die Altersgruppen 0-12, 13-32 und 18-55, die die Abweichungen zwischen der in AID:A realisierten Altersverteilung

zum Mikrozensus ausgleichen sowie regionale und andere räumliche Unterschiede berücksichtigen. Für die beiden Teilstichproben von AID:A II liegen vorläufige Gewichte vor, die sich zum Einen an den Mikrozensusergebnissen 2011 orientieren und zum Anderen versuchen, Befragten- und Befragungsmerkmale aus der ersten Erhebung für die Teilnahmebereitschaft in der Wiederholungsbefragung zu berücksichtigen.

Verfügbarkeit

Alle AIDA Datensätze können für wissenschaftliche Vorhaben über das Forschungsdatenzentrum des DJI (<http://surveys.dji.de>) bezogen werden. Die Daten und Fragenprogramme von AID:A I sind verfügbar; die von AID:A II werden voraussichtlich ab Frühjahr 2016 zum Download bereit stehen. ✕

Literatur

- Aust, Folkert / von der Burg, Julian / Giza, Adam / Jesske, Birgit (2015): Methodenbericht – Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten II. Bonn
- Blasius, Jörg/Reuband, Karl-Heinz (1995): Telefoninterviews in der empirischen Sozialforschung: Ausschöpfungsquoten und Antwortqualität; In: ZA-Information 37, S. 64-87
- Gensicke, Miriam / Tschersich, Nikolai (2014): Methodenexperiment im Rahmen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2011/2012: Ein Vergleich von CATI, CAPI und CAWI. Dortmund
- Börsch-Supan, Axel / Jürges, Hendrik (Hrsg.) (2005): The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe – Methodology. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA)
- Rauschenbach, Thomas / Bien, Walter (Hrsg.) (2012): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel: Beltz Juventa
- Blossfeld, Hans-Peter / Maurice, Jutta von / Roßbach, Hans-Günther / Weinert, Sabine / Schneider, Thorsten (2009): Das Nationale Bildungspanel als neue Datenbasis für die Kindheits- und Jugendforschung. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 4. Jg. H. 4, S. 563-568

Dr. Walter Bien, geb. 1950, leitet das „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“.

PD Dr. Ulrich Pötter, geb. 1956, arbeitet als wissenschaftlicher Referent im „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“.

Dipl.-Soz. Holger Quellenberg, geb. 1969, arbeitet als wissenschaftlicher Referent im „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“.

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-335127>

- Schnell, Rainer (2012): Survey-Interviews: Methoden standardisierter Befragungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Silke, Martin / Helmschrott, Susanne / Rammstedt, Beatrice (2014): The Use of Respondent Incentives in PIAAC: The Field Test Experiment in Germany. In: Methods, Data, Analyses, 8. Jg. H.2, S.223-242
- Thompson, Mary E. (1997): Theory of Sample Surveys: London: Chapman and Hall, London
- Motel-Klingebiel, Andreas / Wurm, Susanne / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2010): Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: W. Kohlhammer
- Wagner, Gert G. / Frick, Joachim R. / Schupp, Jürgen (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. In: Schmollers Jahrbuch, 127. Jg. H. 1., S. 139-169
- Wasmer, Martina / Blohm, Michael / Walter, Jessica / Scholz, Evi / Jutz, Regina (2014): Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2012. GE-SIS Technical Report 2014/22. Mannheim

Bezug nur
über den
Buchhandel

Zum Weiterlesen:

Arbeiten, deren empirische Grundlagen
der DJI-Survey AID:A bildet:

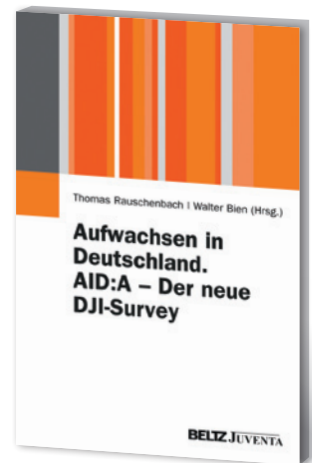
Thomas Rauschenbach, Walter Bien (Hrsg.)

Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey

Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2012

248 Seiten | 25,– Euro | ISBN: 978-3-7799-2259-9

Der DJI-Survey Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten – AID:A ist eine Large-Scale-Erhebung, also eine standardisierte Großbefragung, die Ausschnitte der Alltagswelten junger Menschen und ihrer Familien unter der Perspektive des Aufwachsens ins Blickfeld rückt. Neu an AID:A ist, dass die gesamte Phase des Aufwachsens betrachtet wird. So erfasst die Erhebung alle Altersjahrgänge von der Geburt bis zum Alter von 55 Jahren. Damit wird die in vielen Studien und Projekten getrennte und meist unverbundene Analyse einzelner Lebensabschnitte und Stationen des Lebenslaufs – Frühe Kindheit, Schulkindheit, Jugend, junge Erwachsene, Familien – durch eine verschränkte Betrachtung aller Altersphasen des Aufwachsens ersetzt.

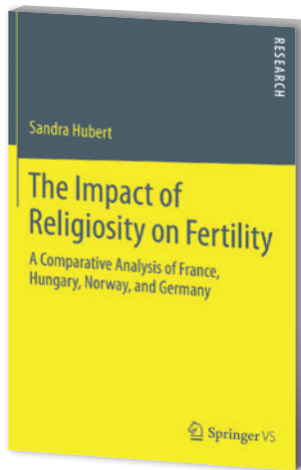


Anne Berngruber

Von Nesthockern und Boomerang Kids

Der Auszug aus dem Elternhaus als ein Schritt im Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen
Berlin: Mensch und Buch Verlag 2013 | 300 Seiten | 39,90 Euro | ISBN: 978-3-86387-409-4

In dieser Arbeit ist einerseits von Interesse, wann junge Menschen faktisch von Zuhause ausziehen und welche Determinanten zu einem zeitlich früheren oder späteren Auszug sowie zu einer Rückkehr ins Elternhaus führen können. Als Determinanten werden soziodemographische Merkmale und die Verknüpfung mit anderen Statusübergängen im Lebensverlauf betrachtet. Andererseits wird berücksichtigt, welche Folgen ein erster Auszug oder eine Rückkehr für die Ablösung von der Herkunftsfamilie haben können. Es besteht zum einen die Annahme, dass der Auszug zugleich mit einem stärkeren Gefühl des Erwachsenseins einhergeht. In diesem Kontext ist von besonderem Interesse, ob eine Rückkehr ins Elternhaus gleichzeitig auch die Reversibilität dieses Selbstverständnisses bedeutet. Das heißt, ob sich junge Menschen dann auch wieder eher als Jugendliche fühlen. Zum anderen wird untersucht, ob ein Auszug und eine Rückkehr die Beziehung zwischen Eltern und erwachsenen Kindern verändert.



Sandra Hubert

The Impact of Religiosity on Fertility

A Comparative Analysis of France, Hungary, Norway, and Germany

Wiesbaden: Springer VS 2014 | 376 Seiten | 48,59 Euro | ISBN: 978-3-65807007-6

The work investigates the impact of religiosity of women and men on their completed fertility in an international comparison considering a long time period. Sandra Hubert aims at uncovering all mechanisms through which religiosity and religious institutions can affect fertility. Hence, both the micro- and the macro-level of each country are explicitly integrated, and theoretically as well as empirically dealt with. The selection of differing countries rests upon the expectation that religiosity influences fertility decisions independently of the institutional context, social norms, state-church-relations, and the national degree of religious vitality. These factors are intensively compared with each other at the country level. At the micro-level the impact of religiosity on fertility is tested by means of regressions and based on the Generations and Gender Survey. Results depend on gender, country, the diverse religious affiliations, and more.

Claudia Zerle-Elsäßer

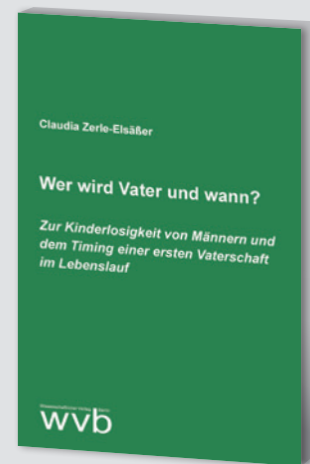
Wer wird Vater und wann?

Zur Kinderlosigkeit von Männern und dem Timing einer ersten Vaterschaft im Lebenslauf

Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin 2015

299 Seiten | 44,- Euro | ISBN 978-3-86573-844-8

Das Familiengründungsverhalten in Deutschland verändert sich: Mehr Menschen bleiben dauerhaft kinderlos, es werden weniger Kinder pro Frau oder Familie geboren und mehr Frauen und Männer werden erst spät im Lebenslauf zum ersten Mal Eltern. Warum dies so ist, ist zwar vielfach untersucht, noch lange aber nicht geklärt. Einer der Gründe hierfür ist, dass sich Fertilitätsanalysen und -theorien der Thematik bislang nahezu ausschließlich aus der Perspektive der Frauen nähern. Die vorliegende Arbeit nimmt die Familiengründung von Männern in den Blick. Die Realisierung sowie das Timing einer ersten Vaterschaft im Lebenslauf stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses.



Xuan Li, Claudia Zerle-Elsäßer, Christine Entleitner-Phleps, Michaela Schier

Väter 2015: Wie aktiv sind sie, wie geht es ihnen und was brauchen sie?

Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts

München: DJI 2015 | 152 Seiten | kostenlos | ISBN 978-3-86379-169-8

Nur digital verfügbar (Download www.dji.de)

Die Mehrheit der Väter würde sich gern noch mehr für die Familie engagieren, kommt aber auf Grund langer Arbeitszeiten und beruflicher Belastung nicht so wie gewünscht dazu. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Deutschen Jugendinstituts, der „Väterreport“. Danach arbeiten die meisten Väter unabhängig vom Alter ihrer Kinder in Vollzeit, während die Mütter meist in Teilzeit beschäftigt sind. Die Väter geraten deshalb zunehmend unter Druck. So macht die Studie ein deutliches Missverhältnis zwischen den Arbeitszeitwünschen und der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit aus. Je mehr Arbeitsstunden die Mütter leisten, umso aktiver können die Väter in der Familie sein.

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2
81541 München

Tel.: +49 (089) 62306-0
Fax: +49 (089) 62306-162

www.dji.de